

AGF

Arbeitsgemeinschaft der deutschen
Familienorganisationen e.V.

EAF

Evangelische
Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen



Deutscher
Familienverband



Verband Alleinerziehender
Mütter und Väter

Internationales Jahr der Familie - 10 Jahre danach - Familie als Spiegel gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen

**Dokumentation des
Internationalen Symposiums**

**15. - 16. November 2004
Nikolaisaal, Potsdam**

© Februar 2005

Herausgeberin: Arbeitsgemeinschaft der Deutschen
Familienorganisationen (AGF) e.V.
Courbièrestr. 12
10787 Berlin
Fon: 030 / 219 62-513
Fax: 030 / 219 62-638

Federführung 2003/2004: Deutscher Familienverband (DFV) e.V.
Luisenstraße 48
10117 Berlin
Fon: 030 / 308 829 60
Fax: 030 / 308 826 61

Bericht: Claudia Lissewski, Berlin
Brigitte Winkler, Geschäftsführerin, AGF

Technische Redaktion: Simone Nagel, AGF

Redaktion und
Verantwortlich: Brigitte Winkler, AGF
info@ag-familie.de

**Das Fachseminar wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ)**

Inhalt

Übersicht Tagungsprogramm	Seite 4
Dr. Albin Nees Begrüßung	Seite 6
Beate Blechinger Grußworte	Seite 7
Prof. Dr. Siegfried Keil Grußworte	Seite 9
Marieluise Beck Familienpolitik in Deutschland – Rückblick auf Erreichtes und Herausforderungen für die Zukunft	Seite 12
Prof. Dr. Uta Meier Risiko Familie? – Die soziale Wirklichkeit von Familien	Seite 23
Prof. Dr. Lob-Hüdepohl Gerechtigkeit und Solidarität als Grundprinzipien sozialer Sicherung und sozialer Förderung von Familien	Seite 33
Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis Bildungspolitische Qualität außerfamiliärer Kinderbetreuung - Konzepte und Forschungsergebnisse im internationalen Vergleich	Seite 42
Dr. Vojtěch Belling Perspektiven für die Familienpolitik nach der EU-Osterweiterung	Seite 57
Prof. Dr. László Márki Perspektiven für die Familienpolitik nach der EU-Osterweiterung	Seite 64
Prof. Dr. Ute Gerhard Perspektiven für eine Familienpolitik in Europa	Seite 69
Podiumsdiskussion	Seite 80
Referent/innen /Teilnehmer/innen	Seite 91
Anhang	Seite 94
<i>Folien Vortrag Prof. Dr. Uta Meier</i>	<i>Seite 94</i>
<i>Folien Vortrag Prof. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis</i>	<i>Seite 97</i>

PROGRAMM

Montag, 15. November 2004

- 12.30 Uhr *Ankommen und Willkommensimbiss*
- 13.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung
Dr. Albin NEES
Erster Vorsitzender der AGF
- 13.15 Uhr Grußworte
Beate BLECHINGER
Justizministerin des Landes Brandenburg

Prof. Dr. Dr. Siegfried KEIL
Präsident des DNK, Vizepräsident Globale Familienpolitik der WFO
- 13.45 Uhr 10 Jahre Internationales Jahr der Familie
Familienpolitik in Deutschland – Rückblick auf Erreichtes und
Herausforderungen für die Zukunft

Parlamentarische Staatssekretärin Marieluise BECK
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 14.30 Uhr Risiko Familie? – Die soziale Wirklichkeit von Familie

Prof. Dr. Uta MEIER
Universität Gießen, Institut für Wirtschaftslehre der Haushalts-
und Verbraucherforschung
- 15.15 Uhr Gelegenheit zum Austausch im Plenum
- 15.30 Uhr *Kaffeepause*
- 16.00 Uhr Gerechtigkeit und Solidarität als Grundprinzipien sozialer Sicherung
und sozialer Förderung von Familien

Prof. Dr. Andreas LOB-HÜDEPOHL
Sozialethiker, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
- 16.45 Uhr Bildungspolitische Qualität außerfamiliärer Kinderbetreuung -
Konzepte und Forschungsergebnisse im internationalen Vergleich

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. FTHENAKIS
Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung, München
- 17.30 Uhr Gelegenheit zum Austausch im Plenum
- ab 18.00 Uhr gemeinsames Abendessen*

PROGRAMM

Dienstag, 16. November 2004

- 09.00 Uhr Perspektiven für die Familienpolitik nach der
EU-Osterweiterung
- Dr. Vojtěch BELLING
Leiter der Abteilung für Familienpolitik,
Ministerium für Arbeit und Soziales, Tschechische Republik
- 09.40 Uhr Perspektiven für die Familienpolitik nach der
EU-Osterweiterung
- Prof. Dr. László MÁRKI
Landesverein kinderreicher Familien, Ungarn
- 10.20 Uhr Perspektiven für eine Familienpolitik in Europa
- Prof. Dr. Ute GERHARD
Präsidentin der EAF
- 11.00 Uhr *Kaffeepause*
- 11.30 Uhr Podiumsdiskussion:
Vision einer europäischen Familienpolitik
- Moderation:
Teilnehmer/innen: Stephan LÜKE, Journalist, AGENTUR für Bildung
Prof. Dr. Ute GERHARD, Präsidentin der EAF
Dr. Martina VON BASSEWITZ, BMFSFJ
László MÁRKI, Ungarn
Dr. Vojtěch BELLING, Tschechische Republik
- 13.00 Uhr Gespräch mit dem Publikum
- 14.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Gesamtmoderation: Stephan LÜKE
Journalist, AGENTUR für Bildung
Immenburgstraße 20, 53121 Bonn
E-Mail: stephan.lueke@web.de

Tagungsorganisation: Brigitte Winkler, AGF

Dr. Albin Nees

Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF)

Begrüßung

„Internationales Jahr der Familie - Zehn Jahre danach“ ist das Thema dieses Internationalen Symposiums, zu dem ich Sie alle sehr herzlich begrüße.

Diese Tagung wird sich mit der Frage nach den Früchten des „Internationalen Jahres der Familie 1994“, mit der Quantität und Qualität der Ergebnisse beschäftigen. Für die Familienverbände ist damit auch Rechenschaft verbunden:

- Welche Erwartungen hatten wir vor zehn Jahren?
- In welchem Umfang wurden diese Erwartungen erfüllt oder nicht erfüllt?
- Beruht der Erfolg auf unserem Einsatz oder ist der Misserfolg möglicherweise auf unsere Trägheit zurückzuführen?

Aber insgesamt ist eine solche Tagung natürlich nicht gerechtfertigt, wenn man nur einen Rückblick anstellen möchte. Selbstverständlich gehört zu diesem Blick „Zehn Jahre zurück“ auch eine gründliche Analyse der Gegenwart und der Blick in die Zukunft. Wie geht es weiter? Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre sollen genutzt werden, wir können aus den Erfolgen, aber auch aus den Fehlern lernen. Deswegen ist diese gesamte Fachtagung eine Verknüpfung von Rückblick, Gegenwartsanalyse und Vorausschau.

Ich freue mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie alle den Weg hierher nach Potsdam gefunden haben. Ich begrüße ganz besonders herzlich die Justizministerin des gastgebenden Landes, Beate Blechinger, sie wird nachher ein Grußwort an uns richten.

Das zweite Grußwort wird von Herrn Prof. Siegfried Keil an uns gerichtet, dem Präsidenten des Deutschen Nationalkomitees und Vizepräsidenten „Globale Familienpolitik“ der WFO.

Das erste Fachreferat dieses heutigen Nachmittags wird die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Marieluise Beck, halten, in das sowohl Hinweise auf das, was erreicht wurde, als auch Gedanken, welche Herausforderungen wir jetzt noch zu bewältigen haben, eingeschlossen sind.

Frau Prof. Uta Meier wird den anschließenden Vortrag zum Thema „Risiko Familie? – Die soziale Wirklichkeit von Familie“ halten und nach der Kaffeepause wird als erster Herr Professor Andreas Lob-Hüdepohl reden. Er wird die Grundprinzipien „Gerechtigkeit und Solidarität“ als Prinzipien der sozialen Sicherung und der Förderung von Familien darstellen.

Prof. Wassilios Fthenakis wird sich im Abschlussvortrag des heutigen Tages mit der „bildungs-politischen Qualität von außerfamiliärer Kinderbetreuung“ beschäftigen und uns „Konzepte und Forschungsergebnisse im internationalen Vergleich“ vorstellen.

Ganz besonders herzlich begrüße ich unsere Gäste aus Tschechien und aus Ungarn, die morgen seit 200 Tagen Mitglieder der EU sind. 1994 war das Internationales Jahr der Familie und es konnten auch dort Anstöße gegeben werden. Vor allem jetzt, nach dem Beitritt, ist es wichtig, Überlegungen anzustellen, wie es gemeinsam in Europa weitergeht.

Ich bin sicher, wir alle können viel voneinander lernen, und ich bin sehr gespannt, was uns dieses Symposium für unsere Zukunft bringt.

Herr Stephan Lüke wird die Moderation der gesamten Veranstaltung übernehmen. Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Tagung.

Beate Blechinger

Justizministerin des Landes Brandenburg

Grußwort

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Beck, sehr geehrter Herr Prof. Keil, sehr geehrter Herr Dr. Nees, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie anlässlich dieses Fachseminars in unserer schönen Landeshauptstadt Potsdam begrüßen zu können. Ich hoffe, Sie haben etwas Zeit mitgebracht, um neben dem interessanten und abwechslungsreichen Programm vielleicht auch die Vorzüge Potsdams ein wenig kennen zu lernen. Potsdam ist immer eine Reise wert.

Sie haben sich vielleicht gefragt: Was hat eine Justizministerin auf dieser Familientagung zu suchen? Das lässt sich einfach erklären. Als ich die Einladung bekommen habe, war ich noch Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion. In dieser Eigenschaft habe ich mich seit Jahren intensiv mit dem Thema „Familienpolitik“ befasst. Wir haben als Fraktion mehrere Veranstaltungen mit den verschiedensten Schwerpunkten zu diesem Thema durchgeführt. Das Thema hat mir immer besonders auf den Nägeln gebrannt und deshalb wollte ich diese Einladung trotzdem wahrnehmen, auch wenn sich mein Geschäftsfeld geändert hat. Aber es gibt zwischen Justiz und Familie einige Berührungspunkte, auf die ich noch eingehen werde.

Meine Damen und Herren, die Familie ist, wie auch der Untertitel Ihrer Fachtagung zutreffend sagt, ein Spiegel gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Es ist sicher unbestritten, dass Familie, entsprechend den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, einem permanenten Wandel unterliegt. Im Moment zeichnet sich in Deutschland jedoch eine Tendenz ab, die ich für gefährlich halte: Die Scheidungsraten steigen seit Jahren ständig an, die Zahl der Eheschließungen sinkt und Deutschland zählt inzwischen zu den kinderärmsten Ländern der Welt. Die Ursachen sind vielschichtig, und es würde den Rahmen dieses Grußwortes sprengen, detailliert darauf einzugehen. Lassen Sie mich zwei Bemerkungen dazu machen.

- Eine schwerwiegende Fehlentwicklung ist sicherlich dadurch mit eingeleitet worden, dass Alterssicherung als gesellschaftliche Aufgabe, Kindererziehung aber als Privatsache gilt. Damit werden Familien in gravierender Weise benachteiligt.
- Ebenfalls ist festzustellen, dass sich die Rahmenbedingung für Erziehung zurzeit sehr viel schwieriger gestalten als vielleicht noch vor 20 oder 30 Jahren. Das hat zur Folge, dass sich eine wachsende Anzahl von Eltern aus der Erziehungsverantwortung zurückzieht, weil sie sich entweder mit der Erziehung überfordert fühlen oder arbeitsmäßig überlastet sind oder aus anderen Gründen.

Diese Entwicklungen haben Auswirkungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Nicht nur, dass die sozialen Sicherungssysteme aus den Fugen geraten, es fehlt auch zunehmend am familiären Zusammenhalt. Zerrüttete Familienverhältnisse sind nicht selten einer der Gründe für Kinder- und Jugendkriminalität. Ich habe mich sehr intensiv mit den Biografien jugendlicher Straftäter/innen befasst und kann das nur bestätigen. Doch wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist, ist es fast zu spät. Wenn wir heute nicht nachdrücklich diesen Tendenzen entgegenwirken, dann haben wir morgen das Nachsehen. Natürlich kann die Justiz solche Fehlentwicklungen nicht korrigieren, der Schwerpunkt muss bei der Prävention liegen.

Meine Damen und Herren, eine der wichtigsten Aufgaben der Politik, wenn nicht sogar die Wichtigste ist es, Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass Familie wieder als lohnens- und lebenswert erachtet wird, und Kinder kein Luxusgut mehr darstellen. Auch wenn sich dieses vordergründig als ein Problem Deutschlands darstellt, so kann das heute nicht mehr losgelöst von der Europäischen Union betrachtet werden. Dass diese Erkenntnis allerdings in Deutschland noch nicht ausreichend verbreitet ist, wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass dem Thema Familienpolitik die Medienaufmerksamkeit häufig versagt bleibt.

Es freut mich daher sehr, dass Sie eine Vorreiterrolle übernommen haben und den Schwerpunkt Ihrer Tagung auf die Perspektiven einer Europäischen Familienpolitik ausgerichtet haben. Ich erachte es als ausgesprochen wichtig, dass wir den Blick über den Tellerrand heben und gemeinsam mit unseren Europäischen Nachbarn nach tragfähigen Lösungen suchen. Das wird nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Europäische Union von großem Nutzen sein.

Erlauben Sie mir, dass ich als Justizministerin kurz auf das Familienrecht eingehe. Familienpolitik und Familienrecht sind zwei Punkte, die nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Das Familienrecht ist, um noch einmal auf den Untertitel Ihrer Fachtagung Bezug zu nehmen, der Rahmen des Spiegels; allerdings nicht unbedingt ein glänzender, goldener Barockrahmen, sondern eher ein häufig geflickter und ausgebesserter Wechselrahmen. Es dürfte jedenfalls kaum ein anderes Gebiet des Zivilrechts geben, in dem es in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu so vielen Veränderungen gekommen ist. Das gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass es in den Jahren der Teilung Deutschlands zwei unterschiedliche Familienrechtssysteme gab. In der ehemaligen DDR bestand, wie Sie wissen, seit 1965 ein eigenes Familiengesetzbuch.

Woraus ergibt sich dieser fortlaufende Reformbedarfs des Familienrechts? Die Antwort liegt auf der Hand. Es ist nicht nur die Familie selbst, die durch gesellschaftliche und politische Veränderungen bestimmt wird, sondern selbstverständlich unterliegen auch die einschlägigen Normen einem entsprechenden Änderungsprozess. Zumeist geschieht dies allerdings mit einer gewissen Verzögerung. Es dauerte beispielsweise viele Jahre, bis die Vormachtstellung des „Pater Familias“, die mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau in keiner Weise vereinbar ist, auch zivilrechtlich vollständig aufgegeben wurde. Tiefgreifende Veränderungen ergeben sich ferner im Ehe- und Kindschaftsrecht. Ein offener Punkt ist beispielsweise die gesetzliche Regelung der sog. „anonymen Geburt“. Neue Herausforderungen für das Familienrecht entstanden ferner durch die Entwicklungen in Biologie und Medizin. Die moderne Fortpflanzungsmedizin hat Fragen aufgeworfen, die von früheren Gesetzgeber/innen nicht bedacht werden konnten.

Hervorzuheben ist die Aufgabe des Familiengerichts bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Das Gewaltschutzgesetz versucht hier - seit dem Jahre 2001 - Abhilfe zu schaffen. Befragungen zeigen aber, dass es noch großen Handlungsbedarf gibt. Häusliche Gewalt betrifft alle gesellschaftlichen Schichten. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die Überlegungen, den Kinder- und Jugendschutz zu verbessern und die Befugnisse des Jugendamts bei Gefährdung von Kindern und Jugendlichen zu erweitern. Wie notwendig das ist, haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten in Brandenburg feststellen können.

Meine Damen und Herren, das Familienrecht ändert sich ständig. Nicht immer geht allerdings die Initiative vom Gesetzgeber oder der Bundesregierung aus; vielmehr wurden in der Vergangenheit Änderungen im Bereich des Familienrechts häufig vom Bundesverfassungsgericht angemahnt. So gibt es sogar ein Gesetz, das den zutreffenden, wenn auch wenig fantasievollen Namen „Gesetz zur Umsetzung familienrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ trägt. Wenn das Bundesverfassungsgericht keine Vorgaben macht, ist es die Aufgabe der Rechtspolitik, das Familienrecht nicht veralten zu lassen. Die Schwierigkeit liegt darin, zu entscheiden, wann eine Änderung wirklich notwendig ist und wann es sich lediglich um Zeitgeist in Gesetzesform handelt. Diese Verantwortung kann den Politikerinnen und Politikern niemand abnehmen. Man kann ihnen aber helfen, eine richtige Entscheidung zu finden. Diese Veranstaltung, da bin ich ganz sicher, wird dazu beitragen.

Vielen Dank!

Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil

Präsident des Deutschen Nationalkomitees (DNK), Vizepräsident Globale Familienpolitik der World Family Organization (WFO)

Grußwort

Sehr geehrte Frau Ministerin Blechinger, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Beck, lieber Herr Dr. Nees, meine sehr verehrten Damen und Herren,

als die vereinten Nationen Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts für 1994 das Internationale Jahr der Familie ausriefen, begann in Deutschland 1993 die Vorbereitung. Unter dem damaligen Staatssekretär im Familienministerium Herrn Albrecht Hasinger, der vorher Präsident des Deutschen Familienverbandes gewesen war, wurde eine „nationale Kommission“, eine „ständige Konferenz“ und eine „Koordinierungsstelle für das Internationale Jahr“ gegründet. Wir haben damals, im Verhältnis zu 2004, eine rege Tagungsaktivität entfaltet:

- eine große Eröffnung mit dem damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog,
- mehrere wissenschaftliche Begleitungen und
- in Marburg fand in der alten Aula der Universität die Abschlussveranstaltung statt.

Jetzt ist es wieder viel stiller und ruhiger geworden. Was bedeutet das eigentlich?

Diese zehn Jahre seit dem „Internationalen Jahr der Familie“ fielen in Deutschland, ein bisschen zeitversetzt, in die Jahre der Aufarbeitung von zwei wichtigen Ereignissen, die die Familienpolitik in Deutschland sicher wesentlich mehr beeinflusst und verändert haben, als das Internationale Jahr:

- Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts seit 1991
- Der Fall der Mauer und die deutsche Einheit

Beide Ereignisse haben mehr bewirkt als 40 Jahre Familienpolitik in der alten Bundesrepublik Deutschland zuvor. Galt Familie im Westen bis dahin nicht als Privatsache? Und die Gesellschaft durfte Almosen geben?

Das Steuerrecht war der Almosenlehre des großen Thomas von Aquin nachgebildet und die jeweiligen familienpolitischen Programme richteten sich zum großen Teil nach dem jeweiligen Stand der damaligen Staatsfinanzen. Das Bundesverfassungsgericht hat das zu einer verfehlten, nicht verfassungskonformen, der Vergangenheit angehörenden Familienpolitik erklärt. Die Leistungsfähigkeit der Familie ist im Steuerrecht unabdingbar zu berücksichtigen und die Leistung der Familie für die Bildung des Humanvermögens ist ein wichtiger konstitutiver Bestandteil des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland. Das gilt vor allen Dingen für den Aufbau der sozialen Sicherungssysteme, dass, so das Verfassungsgericht wörtlich: „Jeder Reformschritt eine Verbesserung der Berücksichtigung der Erziehungszeiten und Pflegezeiten in der Familie mit sich bringen muss“.

Mindestens ebenso bedeutsam für unsere Entwicklung war die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In der ehemaligen DDR war die Familie keineswegs Privatsache, sondern das Interesse des Staates war sehr groß. Man brauchte die Familie für den Nachwuchs der Bevölkerung, die Frauen für den Arbeitsmarkt und Eltern wie Kinder für das Heranwachsen sozialistischer Persönlichkeiten. Es gab einen Familienlastenausgleich, der oft unsichtbar und verborgen war, weil die Güter des täglichen Bedarfs für Kinder und Jugendliche so subventioniert waren, dass sie die Familie nichts kosteten.

Für die Infrastruktur beispielsweise für die Rundumbetreuung der Kinder und Jugendlichen, die die Erwerbstätigkeit der Frauen, auf die man angewiesen war, ermöglichte, war gesorgt.

Diese beiden Ereignisse zusammengenommen haben die neue Bundesrepublik Deutschland vorgebracht; es konnte sich keine Regierung mehr leisten, nicht darauf zu reagieren. Daher ist es für uns jetzt schwierig zu sagen, was die Folge des Internationalen Jahres und was die Folge der Verfassungsgerichtsurteile und des Vereinigungsprozesses gewesen ist.

Aber wir sind nicht alleine in der Welt, sondern wir leben in internationalen Zusammenhängen, in Europa auf ganz besondere Weise, aber auch mit den Familien der Welt. Und insofern war es - für mich jedenfalls - immer wichtig, im Rahmen des Internationalen Jahres auch bewusst zu machen, wie gut es uns geht und wie schwierig die Lebenssituation z.B. von Familien in den Flüchtlingslagern in Palästina, in vielen Krisenherden der Welt, in den Ländern der Dritten Welt generell ist. Daher ist das Internationale Jahr der Familie für mich auch ein - zumindest symbolischer - Ausdruck, Solidarität mit den Familien der Welt in das Bewusstsein zu rücken und ein Gefühl für Zusammenhänge zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang lohnt es, sich die Millenniumsziele der Vereinten Nationen kurz in Erinnerung zu rufen und zu fragen: Was davon ist bei uns Wirklichkeit geworden? Was ist, über die anderen beiden Ereignisse hinaus, in Bezug auf die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit wirksam geworden.

Das erste Ziel heißt „Stärkung der Erkenntnis oder des Bewusstseins von dem Zusammenhang des Wohlergehens der Familie und dauerhafter gesellschaftlicher Entwicklung.“ Der entscheidende englische Satz heißt: „to take into account the central role of families in society“. Familie ist keine Privatsache, sondern spielt eine zentrale Rolle in der Gesellschaft und ihr Wohlergehen ist unabdingbare Voraussetzung für eine kontinuierliche, zuverlässige Entwicklung, das englische Wort, das hier steht heißt „sustainable development“.

Das zweite Ziel heißt „Schaffung eines familienfreundlichen Klimas“. Es ist notwendig, eine „parenting society“ zu entwickeln, eine Gesellschaft, die ihre Familien in ihr Bewusstsein rückt, mit ihnen umgeht, wie Eltern mit ihren Kindern umgehen: sie beschützt, fördert und voranbringt. 1994 hatten wir, aufgrund der vielen Aktivitäten, auch dank des Engagements des damaligen Bundespräsidenten, das Gefühl, Familie sei stärker in das Bewusstsein - auch in das der Medien - getreten. Auch wenn die Präsenz in den Medien immer noch nicht zufrieden stellend für uns ist.

Keine gesellschaftlich relevante Gruppe, auch die Parteien, konnte sich dieser Entwicklung verschließen. Die Grünen und die SPD hatten bis dahin eher von Familie als Auslaufmodell gesprochen: Bei Karl Marx galt Familie als eine bürgerliche Institution, die Jusos haben in den Wahlkämpfen der 80er Jahre von der Fremdbestimmung der Kinder in den Familien gesprochen. In den 90er Jahren hat sich ein Paradigmenwechsel in Bezug auf die Rolle von Familie vollzogen. Gedrängt von Verfassungsgericht und Wiedervereinigungsprozess, Internationalem Jahr und der Katastrophe des demographischen Wandels, hat sich ein allmählicher Bewusstseinswandel vollzogen. Die Erkenntnis, dass ohne eine Familie, die eine freundliche, eine „parenting society“ hat, diese „society“ keine Zukunft mehr hat, ist nicht neu. Sie rückte in das Bewusstsein.

Der dritte Punkt der UNO war „building families based on partnership“, Familien können nur basierend auf der Partnerschaft von Mann und Frau im familiären Alltag leben und existieren. Das ist sicher als UNO-Ziel für viele, noch grundlegend patriarchalisch strukturierte Gesellschaften dieser Welt eine besondere Herausforderung. Aber wir können nicht sagen, dass Partnerschaft von Mann und Frau in Deutschland bereits verwirklicht ist, wir sind immer noch dabei, dieses Ziel der Vereinten Nationen umzusetzen.

Das vierte Ziel der Vereinten Nationen ist die Weiterentwicklung der Infrastruktur von Bildung und Beratung. Es ist auch eine wichtige Voraussetzung, um Partnerschaft im familiären Alltag zu entwickeln.

Was die Themen „Familienlastenausgleich“ und „Steuergerechtigkeit“ angeht, sind wir, gerade in der gegenwärtigen Legislaturperiode, nach den Verfassungsgerichtsurteilen auf dem richtigen Weg. Es besteht noch Nachholbedarf, auf den die Familienverbände immer wieder aufmerksam machen, in Bezug auf die materielle Sicherung der untersten Einkommensgruppen, die nicht von der Steuererleichterung profitieren. Ein kleiner Einstieg wurde an diesem Punkt gemacht. Aber der wichtige Punkt, durch die Ergebnisse der Pisa-Studie von außen angeschoben, besteht nach wie vor in der Weiterentwicklung der Infrastruktur. Die Notwendigkeit des Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern ist eine Erkenntnis, die inzwischen alle Parteien

haben. Bei uns in Hessen z.B. rührt im Augenblick die CDU besonders laut die Trommel für eine Tagesbetreuung der Kinder. Ich kann mich darüber nur wundern, dass etwas, das seit den 70er Jahren bekannt ist, so lange braucht, um gesellschaftlicher Konsens zu werden. Dass aber zu einem Zeitpunkt, an dem alle gesellschaftlichen Gruppen sagen, dass die Entwicklung dieser Infrastruktur notwendig sei, die öffentlichen Haushalte alle Viere von sich strecken und sagen: „Wir können das nicht bezahlen“, zeigt den Nachholbedarf und beschreibt das Problem. Das gilt, noch stärker als für die Tagesbetreuung der Kinder, für Familienbildung und Beratung.

In diesem vierten Ziel der Vereinten Nationen ist ausführlich formuliert, was notwendig ist, wenn die Familie ihre Aufgaben wahrnehmen soll: Ein „understanding of children’s needs, motivations, qualities and skills.“ Der wissenschaftliche Beirat (für Familienfragen beim BMFSFJ) hat sein Gutachten fertig, das in den nächsten Tagen das Licht der Welt erblicken wird und über die Erziehungsstärkung und die Verbesserung der Erziehungsfähigkeit der Eltern berichtet. Wir haben zum ersten Mal, seit unserer Kulturrevolution von 1968, einheitliche Erkenntnisse auf wissenschaftlichem Niveau über das, was Kinder brauchen und das, was man Eltern sagen könnte, wie sie mit ihren Kindern umgehen sollen. An dieser Stelle wird der Zusammenbruch der Infrastruktur von Kirchen, Kommunen und Ländern besonders sichtbar. Partnerschaftsberatung und Elternbildung waren freiwillige Leistungen, außer der Erziehungsberatung und der Schwangerschaftskonfliktberatung im engeren Sinne, die im Augenblick, aufgrund der finanziellen Situation, radikal gekürzt werden. Darin sehe ich eine Katastrophe. Wenn wir nicht in der Lage sind, die Infrastruktur für Familien, sowohl auf den Kinderbetreuungsbereich als auch auf den Elternbildungs- und Beratungsbereich bezogen, zu verbessern, werden wir noch mehr übergewichtige, bewegungsunfähige, nicht-mehr-am-Sportunterricht-teilnehmende Kinder haben, als das jetzt schon der Fall ist.

Bei dem letzten Ziel der Vereinten Nationen ist eine „strengthening partnership in support of families“, die Stärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen vorgesehen, die sich in einer Gesellschaft für Familie einsetzen. Wir haben das Glück, dass in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für eine Kooperation gegeben sind. Aufgrund der Aktivitäten, die wir mit dem damaligen Staatssekretär Herrn Albrecht Hasinger zusammen als AGF und DNK und in den Folgejahren mit Frau Marion Thielenhaus, entfaltet haben, gab es zum Übergang unserer Politikwende 1989 ein System der Zusammenarbeit: eine auf Dauer gestellte Koordinierungsstelle, eine Familienkonferenz und die Zusammenarbeit mit den politischen Instanzen.

Was wir als Familienverbände manchmal beklagen, vielleicht nehmen Sie das mit, Frau Beck, in Ihrer Funktion als parlamentarische Staatssekretärin: Wir sind in der Vergangenheit häufiger und rechtzeitig zu den Anhörungen der zuständigen Bundestagsausschüsse geholt wurden. Stellungnahmen sollen heute möglichst immer schon gestern abgegeben sein. Viele Gesetzgebungsverfahren gehen an den Familienverbänden vorbei. Da gibt es ein Verbesserungspotential. Ich weiß, dass auch Sie selbst im Ministerium unter Zeitdruck stehen, weil Entscheidungen kurzfristig nötig sind. Ich denke aber, eine kurzfristige Politik kann keine gute Politik sein. Die Politik muss wieder lernen, nachzudenken, bevor sie redet. Das gilt sowohl für die einzelnen Politiker/innen als auch für den Entwurf von Gesetzen.

Ich wünsche unserer Tagung einen guten Verlauf, sowohl für Überlegungen in unserer eigenen Gesellschaft, als auch für Ideen, die die Zukunft der Vereinigten Staaten von Europa betreffen.

Marieluise Beck

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

10 Jahre Internationales Jahr der Familie Familienpolitik in Deutschland – Rückblick auf Erreichtes und Herausforderungen für die Zukunft

Zentrale Botschaften

Familien brauchen Aufmerksamkeit

Familie ist ein wichtiges Thema auf VN-Ebene

Paradigmenwechsel in der Familienpolitik: Zielgenaue Familienförderung und Verbesserung der Infrastruktur für Familien

Grenzen der Politik, deshalb Allianz für die Familie und Lokale Bündnisse für Familie

Herausforderungen für die Zukunft: Demographische Veränderung, moderne Integrationspolitik und Austausch mit EU-Partnern

Sehr geehrte Frau Ministerin Blechinger,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dr. Keil,
sehr geehrter Herr Dr. Nees,

I. Begrüßung / Dank

ich freue mich, Sie – auch im Namen von Frau Ministerin Renate Schmidt – zu diesem internationalen Symposium begrüßen zu können. Ich danke der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, dass sie dieses Symposium initiiert hat. Und ich freue mich, dass wir diese Veranstaltung und das Jubiläum „10 Jahre Internationales Jahr der Familie“ heute und morgen zusammen mit einigen von unseren neuen EU-Nachbarn im Osten begehen.

II. Bedeutung von Familie

Die Familie lebt und Familie hat Zukunft. Sie ist und bleibt für die allermeisten Menschen die gewünschte Lebensform. In der Familie übernehmen Eltern und Großeltern, Kinder und Geschwister füreinander Verantwortung. Familie gibt den Menschen Geborgenheit, Zusammenhalt und privates Glück trotz der Konflikte, die zum menschlichen Zusammenleben dazugehören. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Familien ist ein wesentlicher Bestandteil unseres sozialen Gefüges.

In Zeiten beschleunigter gesellschaftlicher Veränderungen bleibt davon auch die Familie nicht gänzlich unberührt. Wir wissen von höheren Scheidungszahlen, von einer wachsenden Zahl an Elternteilen, die ihre Kinder alleine großziehen und von so genannten Patchworkfamilien.

So mag es fast erstaunen, dass 78 Prozent der Kinder nach wie vor mit ihren beiden leiblichen Eltern und Geschwistern aufwachsen.

Wertschätzung junger Menschen gegenüber Familie

Gerade in der jungen Generation ist die Wertschätzung der Familie eindrucksvoll gewachsen. Die große Mehrzahl ist nicht nur mit ihrer Herkunftsfamilie sehr zufrieden. Die meisten streben vielmehr auch für die Zukunft eine eigene vergleichbare Familie an. 75 Prozent der jungen West- und 76 Prozent der jungen Ostdeutschen erklären heute Familie zu ihrem wichtigsten Rückhalt. Dies belegen verschiedene Studien. Die Gründung einer Familie wird als eine Bereicherung des Lebens, als Orientierung und Halt betrachtet.

Deutschland ist nicht auf dem Weg zu einem Kosmos von bindungslosen Singles. Heute wohnen die unterschiedlichen Generationen zwar meist getrennt, aber nicht isoliert voneinander. Der Zusammenhalt der Generationen ist haushaltsübergreifend: Zwischen Geschwistern, zwischen Eltern und Großeltern, vor allem aber zwischen den erwachsenen Kindern und ihren Eltern.

Familien brauchen Aufmerksamkeit

Familien gehören als Leistungsträger und als soziale Mitte in das Zentrum gesellschaftlichen Interesses. Familien stabilisieren Gesellschaft, gerade in Zeiten großer Veränderungen. Auch deshalb brauchen Familien mehr aktive Aufmerksamkeit. Familie ist erfreulich stabil, bei allen Veränderungen.

III. Ausgangspunkt 1994 Internationales Jahr der Familie

Die Vereinten Nationen erklärten das Jahr 1994 zum „Internationalen Jahr der Familie“, um darauf aufmerksam zu machen, dass für alle Gesellschaften die Familie von großer Bedeutung ist. Das Thema seinerzeit lautete: „Die Familie: Ressource und Aufgaben in einer sich wandelnden Welt“. In den damaligen Veranstaltungen und Aktionen wurden die Bedürfnisse und Wünsche von Familien artikuliert. Zum Abschluss des Jahres kündigten die Vereinten Nationen für 2004 ein „follow up“ an.

Thema „Familie“ bei den Vereinten Nationen

In den Handlungsfeldern der Vereinten Nationen haben familienpolitische Themen in den letzten 10 Jahren an Gewicht zugenommen. In den verschiedenen Gremien werden Familienthemen regelmäßig behandelt. Jeder, der diese Verhandlungen verfolgt, weiß, wie mühsam es manchmal ist, alle unter einen Hut zu bringen. Vertreterinnen und Vertreter aus anderen Kulturen diskutieren über Familie mit unterschiedlichem Blick. Aber es ist gut, dass wir miteinander sprechen. Es ist wichtig, im Gespräch zu sein und zu bleiben.

Forderungen des Deutschen Nationalkomitees an die Politik 1994

Das Deutsche Nationalkomitee hat 1994 Forderungen an die deutsche Politik erhoben:

- mehr soziale Gerechtigkeit für Familien,
- Überwindung des Gegensatzes zwischen den Anforderungen der Arbeitswelt und den Bedürfnissen der Familien,
- Mehr Rücksichtnahme gegenüber Familien im konkreten Lebensalltag,
- Familien- und Kinderfreundlichkeit in allen Lebensbereichen,
- Förderung der Partnerschaft von Männern und Frauen.

Diese Themen haben bis heute Brisanz und Aktualität. Dennoch kann man sagen, wir sind – zusammen mit den Familienorganisationen – ein gutes Stück vorangekommen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den deutschen Familienorganisationen meinen Dank für die seit Jahren fruchtbare und kritische Zusammenarbeit mit dem Ministerium sagen.

IV. Zwischenbilanz der Familienpolitik der letzten Jahre

Ich möchte mit Ihnen auf das Erreichte zurückblicken, bevor wir die Herausforderungen für die Zukunft erörtern.

Verbesserung der Einkommenssituation von Familien

In der letzten Legislaturperiode haben wir die Einkommenssituation von Familien verbessert. Unsere Maßnahmen waren steuerpolitischer und familienpolitischer Natur. Wir haben damit auch wichtige Forderungen der deutschen Familienverbände hinsichtlich der Ausgestaltung eines familienfördernden Familienlastenausgleichs aufgegriffen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt. Insgesamt stieg das Volumen der familienpolitischen Leistungen und steuerlichen Maßnahmen für Familien, an denen der Bund finanziell beteiligt ist, von rund 40 Milliarden Euro (1998) bis zum Jahr 2003 auf nahezu 59 Milliarden Euro an.

Paradigmenwechsel in der Familienpolitik

Aber Geld ist nicht alles. Hinsichtlich der materiellen Transfers stehen wir im europäischen Vergleich nicht schlecht dar (im oberen Drittel). Aber trotzdem bleiben die gewünschten Konsequenzen hinsichtlich z.B. der Geburtenrate und der Frauenerwerbstätigkeit aus. Die Bundesregierung hat deshalb einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik eingeleitet: Wir wollen die Familienförderung zielgenauer ausgestalten und neue Akzente setzen.

Zielgenaue Familienförderung

Wir wollen die Familien unterstützen, die unsere besondere Förderung brauchen.

Freibetrag Alleinerziehende

Für „echte“ Alleinerziehende gilt ab 1. Januar 2004 ein dauerhafter Steuerentlastungsbetrag in Höhe von 1.308 Euro pro Jahr. Dieser neue Steuerentlastungsbetrag berücksichtigt den haushaltsbedingten Mehraufwand, den tatsächlich Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben. Der frühere Haushaltsfreibetrag hätte aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1998 in 2004 nur noch 1.188 Euro betragen. Im Jahr 2005 wäre er komplett entfallen. Der neue Steuerentlastungsbetrag von 1.308 Euro gilt hingegen auf Dauer.

Kinderzuschlag

Für Familien mit geringem Einkommen wurde mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zum 1. Januar 2005 ein Kinderzuschlag von bis zu monatlich 140 Euro für jedes Kind eingeführt. Familien sollen nicht wegen ihrer Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sein. Den Kinderzuschlag gibt es für diejenigen Eltern, die zwar mit eigenem Einkommen ihren eigenen Bedarf abdecken, jedoch ohne den Kinderzuschlag wegen des Bedarfs der Kinder Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten.

Verbesserung der Infrastruktur für Familien

Der Blick auf die Bedürftigsten soll auch zur Verbesserung der Infrastruktur für Familien führen. Wir haben uns folgende Schwerpunkte gesetzt: Der Ausbau der ‚Kinderbetreuungsangebote, insbesondere für die unter Dreijährigen‘ und Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt.

Ausbau der Kinderbetreuung

In Deutschland besteht Konsens darüber, dass wir eine bessere Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder brauchen. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Kommunen und Ländern die Kinderbetreuung auszubauen. Sie setzt dabei auf differenzierte Angebote für Kinder aller Altersgruppen in guter Qualität, zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig. Ganztagskindergärten und Kleinkindbetreuung in Krippen oder durch Tagespflegepersonen / Tagesmütter sollen sich ergänzen.

Die Verbesserung der Kinderbetreuung wird von allen gesellschaftlichen Kräften als ein wichtiger Bestandteil des notwendigen Innovationsschubes für unser Land gesehen. Die kommunalen Spitzenverbände, die Wohlfahrtsverbände, die großen Kirchen, die Wirtschaft und Gewerkschaften und ein großer Teil der Bevölkerung betonen die Wichtigkeit einer bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Kinderbetreuung und unterstützen den Ausbau. Und vor allem von den Familienverbänden haben wir für dieses Projekt viel Unterstützung erfahren.

Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung

Die Leistungsfähigkeit der Kommunen darf bei diesem Vorhaben nicht überfordert werden. Der Ausbau der Betreuungskosten für die unter Dreijährigen setzt eine Entlastung der Kommunen voraus. Der Bund hat, im Rahmen von Hartz IV, eine Entlastung der Länder in Höhe von 2,5 Mrd. Euro zugesagt, von denen dann bis zu 1,5 Mrd. Euro für die Kinderbetreuung verwendet werden sollen. Den Kommunen bleibt die nötige Flexibilität, den Ausbau von 2005 bis 2010 vorzunehmen. Und sie können sich an den lokalen Bedingungen und am Bedarf orientieren. Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote gehören schon seit zwölf Jahren zu den Pflichtaufgaben der Kommunen. Der Bund stellt die Finanzierungsgrundlagen für diesen Ausbaus schrittweise bereit, um in einer überschaubaren Frist zu einer spürbaren Verbesserung für Familien

mit Kindern zu gelangen. Damit wird der Bund seiner Verantwortung für dieses politische Vorhaben gerecht.

Grenzen der Politik

Politik kann jedoch nicht alles richten. Der Politik sind für die bessere Balance von Familie und Arbeitswelt und für die größere Familienfreundlichkeit im Alltag Grenzen gesetzt. Gesellschaftliche Kräfte und jeder einzelne müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber einem familienfreundlichen Land bewusst sein.

Allianz für die Familie

Unter dem Dach der „Allianz für die Familie“ hat das Bundesfamilienministerium mittelfristig angelegte Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt. Starke Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Politik setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine Unternehmenskultur und Arbeitswelt ein, die für alle Beteiligten Gewinn bringt.

Die „Allianz für die Familie“ setzt Zeichen für eine nachhaltige Familienpolitik. Sie basiert auf folgendem Konsens:

- unsere Gesellschaft braucht eine höhere Geburtenrate
- unsere Wirtschaft braucht qualifizierte Arbeitskräfte, d. h. auch die Frauen
- unsere Wirtschaft ist angewiesen auf eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und
- unsere Kinder benötigen eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung.

Die „Allianz für Familie“ bietet eine Plattform, um Informationen zu verbreiten, tragfeste Argumente zu vermitteln und neue Akteure zu gewinnen. Die Partner haben vereinbart, sich für eine familienfreundliche Arbeitswelt und Unternehmenskultur einzusetzen. Im Mittelpunkt stehen dabei folgende Handlungsfelder:

- Unternehmenskultur,
- Arbeitsorganisation,
- Arbeitszeit,
- Personalentwicklung und
- Familienunterstützende Dienstleistungen.

Für die Ziele der Allianz konnten prominente Unterstützer gewonnen werden, u.a. der Präsident der DIHK, Ludwig Georg Braun, der Personalchef VW, Peter Hartz, der Vorsitzende der IG BCE, Hubertus Schmoldt und der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer.

Lokale Bündnisse

Die Umsetzung hin zu mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft muss in erster Linie vor Ort erfolgen. Daher hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Das Ministerium arbeitet mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kommunen und Verbänden sowie in Kooperation mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung zusammen. Die lokalen Bündnispartner setzen sich für konkrete Verbesserungen von Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden ein. Familienfreundlichkeit stoppt die Abwanderung junger, kaufkräftiger Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und sie erhöht die Attraktivität einer Kommune als Wirtschaftsstandort.

Die groß angelegte Initiative wurde Anfang 2004 bundesweit gestartet. Es engagieren sich Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, Kommunen, Kammern, Verbänden, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ will bestehende Aktivitäten stärken und zur Initiierung von neuen Bündnissen anregen. Wesentlicher Baustein ist das vom Ministerium eingerichtete Servicebüro in Berlin. Es bietet seit Januar 2004 bis Ende 2006 Beratung beim Aufbau von Bündnissen sowie Unterstützung laufender Arbeit. Derzeit wird schon an über 223 Standorten beraten. Es haben sich bislang deutschlandweit 95 Lokale Bündnisse verbindlich zur Mitarbeit bereit erklärt.

Förderung der Partnerschaft von Männern und Frauen

Zu einer modernen Familienpolitik gehört auch eine Gleichstellungspolitik.

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming war vor 10 Jahren ein frisch erfundener Begriff. Nur Eingeweihte konnten und benutzten ihn. Inzwischen ist Gender Mainstreaming ein roter Faden nicht nur unserer Politik, sondern wir versuchen, diesen Blick auch in anderen Ressorts zu verankern. Wir wollen bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig berücksichtigen.

Chancengleichheit im Erwerbsleben

Die Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Privatwirtschaft und der Bundesregierung zur Förderung von Chancengleichheit von Frauen und Männern ist ein guter Anfang. Damit sind wir der Chancengleichheit im Erwerbsleben ein bisschen näher gekommen.

Elternzeit

Ein wesentliches Element zur Förderung der Partnerschaft von Männern und Frauen sehen wir in der neuen Konzeption der Elternzeit. Erstmals können Eltern die bis zu 3-jährige Elternzeit bis zum letzten Tag gemeinsam nehmen. Dabei kann jeder von ihnen bis zu 30 Stunden in der Woche arbeiten. Damit erhalten Eltern deutlich verbesserte Rahmenbedingungen. Sie können sich gemeinsam sowohl der Erziehung ihres Kindes als auch ihrem Beruf widmen. Mehr Flexibilität erhalten Eltern durch das Angebot, mit Zustimmung des Arbeitsgebers, ein Jahr der Elternzeit zwischen dem 3. und 8. Geburtstag des Kindes zu nehmen. So kann beispielsweise das 1. Schuljahr oder Ausfall von Großeltern etc. begleitet werden.

Die Möglichkeit der neuen flexiblen Elternzeit ist auch für junge Väter interessant. Väter können sich besser Zeit nehmen für ihre Familien. Väter tauchen in Elternseminaren und Krabbelgruppen auf. Sie werden damit zu aktiven Vätern und lernen was es heißt, ein Kind /ein Kleinkind großzuziehen. Dies ist nicht nur für das Kind ein Gewinn, sondern kann auch für die Partnerschaft förderlich sein. Bisher waren Väter nur mit rund 1,5% am alten Erziehungsurlaub beteiligt. Wie der im Juni von der Bundesregierung vorgelegte Bericht zur Elternzeit zeigt, sind es nunmehr 5%.

V. Herausforderungen für die Zukunft

Einiges von dem, was 1994 diskutiert wurde, ist heute nicht mehr aktuell. Anderes hat seine Aktualität auch nach 10 Jahren nicht verloren. Darüber hinaus gibt es neue Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Demographische Entwicklung

Eine große Herausforderung ist die demographische Entwicklung mit einem veränderten Altersaufbau. Sie alle kennen diese Diskussion. Die Änderung der Altersstruktur hat zwei wesentliche Ursachen. Eine davon ist erfreulich: Die Menschen in Deutschland leben länger. Unser längeres Leben verdanken wir einem besseren Gesundheitssystem und unserem insgesamt erfolgreichen Sozialstaat. Die andere Ursache ist – insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme -besorgniserregend: Aufgrund der geringen Geburtenrate wird es immer weniger junge und immer mehr alte Menschen geben.

Dennoch: Deutschland hat nicht zu viele alte Menschen, sondern Deutschland hat zu wenige Kinder. Der Kinderwunsch steht in den Prioritäten der jungen Leute zwar ganz weit oben. Er wird aber von zu wenigen Frauen, vor allem von gut qualifizierten Frauen, umgesetzt. Zu viele Frauen bleiben kinderlos. Deutschland liegt bei der Geburtenrate auf einem der letzten Ränge weltweit. Weniger Kinder bedeuten aber auch in Industrieländern weniger Wohlstand.

Folgen des demographischen Wandels

Renten- und Gesundheitssystem stoßen durch diese demographische Aufweichung des Generationsvertrags an ihre Grenzen. Eine schrumpfende Bevölkerung beeinträchtigt unser Wirt-

schaftssystem: Immobilien verlieren an Wert, wenn Wohnungen leer stehen. Unternehmen verkaufen weniger Produkte, die Kundschaft geht zurück. Auch der Bildungssektor schrumpft und verringert sein Angebot. Unternehmen rechnen schon in den nächsten Jahren mit einem spürbaren Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Wir brauchen außerdem junge Menschen für die Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Möglichkeit von gesteuerter Zuwanderung

Zuwanderung kann ein Baustein im Umgang mit dem demografischen Wandel sein, niemals aber die eine und einzige Lösung. Wir werden Zuwanderung in einer überalternden Gesellschaft dringend brauchen. Sowohl die Rürup- als auch die Herzogkommission rechnen mit einem Bedarf an ca. 200.000 Nettozuwanderern pro Jahr als Basis für die sozialen Sicherungssysteme. Von diesen Zahlen sind wir derzeit weit entfernt. Zuwanderung kann den Alterungsprozess einer Gesellschaft allerdings nicht aufhalten, sondern ihn nur verlangsamen. Denn die zumeist jungen Neuzuwanderer passen ihr generatives Verhalten über die Zeit der einheimischen Bevölkerung an.

Gestaltung von demographischer Entwicklung

Wir müssen in Zukunft die demographische Entwicklung stärker gestalten. Konkret geht es dabei einerseits um Impulse für Dienstleistungen und Produkte in einer alternden Gesellschaft. Andererseits geht es um die Förderung des Humankapitals insgesamt: die bessere Nutzung von Potenzialen älterer Menschen, die frühe Förderung und bessere Bildung unserer Kinder. Familienpolitische Maßnahmen sollen Frauen und Männern helfen, ihre Kinderwünsche zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen sie sicherstellen, dass Frauen und Männer ihre Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit voll entfalten können.

Moderne Integrationspolitik

Familienpolitik wird in Zukunft auch stärker damit umgehen müssen, dass sich unsere Gesellschaft religiös und ethnisch verändert hat. Moderne Gesellschaft heißt Zunahme von Heterogenität, und das wird beschleunigt durch Einwanderung. Jede 5. in Deutschland geschlossene Ehe ist mittlerweile binational. In vielen großstädtischen Gebieten haben ca. 30-40% der Kinder einen Migrationshintergrund.

Wir betonen in den Debatten um Integration immer wieder: Integration ist keine Einbahnstraße. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die Zugewanderten und die Aufnahmegesellschaft gleichermaßen betrifft, verändert und Veränderungen erforderlich macht. Was heißt das für eine moderne Familienpolitik? Auch Familienpolitik muss den Umgang mit Vielfalt lernen und sich der Heterogenität der Familien stellen. Lange wurde an der ethnischen Homogenität der deutschen Gesellschaft festgehalten. Dies hat sich als Illusion herausgestellt. Das Festhalten an dieser Illusion hat letztendlich auch zu einer Konzeptionslosigkeit im Umgang mit Heterogenität und Vielfalt in allen Gesellschaftsbereichen geführt.

Akzeptanz von Vielfalt heißt für die Familienpolitik: Wir müssen die Belange von Familien mit Migrationshintergrund in allen Leitlinien, Gesetzesvorhaben und Maßnahmen mit berücksichtigen. Ich plädiere für einen Ansatz des „migrant mainstreaming“. Wir brauchen interkulturelle Öffnung in allen gesellschaftlichen Bereichen, die im Kreißaal beginnt und mit der Friedhofsordnung endet. Familien mit Migrationshintergrund müssen stärker als bisher in die Regelangebote integriert werden.

Bei den Verbänden und Organisationen wachsen das Verständnis und die Bereitschaft für solche kulturellen Veränderungen. Ein gutes Beispiel für die Zunahme von Bewusstsein ist das Memorandum vom Oktober 2004 des Bundesforums Familie, zur familienorientierten Integrationspolitik mit einer Selbstverpflichtung der Organisationen zur interkulturellen Öffnung. Denn Ziel einer modernen Integrationspolitik ist die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben. Dies setzt die Herstellung von Chancengleichheit und weitgehende Rechtsgleichheit in allen zentralen Bereichen der Gesellschaft voraus. Familien- und Integrationspolitik müssen Hand in Hand greifen.

Austausch mit EU-Partnern

Die demographischen Veränderung und eine moderne Integrationspolitik sind große Herausforderungen an die Zukunft. Dabei ist der Blick über die eigenen Grenzen hilfreich. Wir können uns orientieren an dem, wie es z.B. unsere europäischen Nachbarn machen. Beispiele wie Frankreich und Schweden zeigen, dass ein Geburtenniveau wie in Deutschland nicht zwangsläufig ist, sondern beeinflusst werden kann. Ich halte es deshalb für sehr wichtig, dass wir uns austauschen. Es freut mich, dass heute Gäste aus unseren östlichen Nachbarländern vertreten sind. Beide Seiten können voneinander lernen.

EU-Familienministerkonferenz am 2.12.04

Frau Ministerin Renate Schmidt hat ihre Kolleginnen und Kollegen für den 2. Dezember 2004 nach Berlin zur EU-Ministerkonferenz „Zukunft Familie – Familienpolitischer Aufbruch in der EU“ eingeladen. Die Situation der Familien in Europa und die demographische Entwicklung werden im Mittelpunkt der Konferenz stehen. Am Beispiel der Kinderbetreuung und der Balance zwischen Familie und Arbeitswelt werden die Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert. Es wird die Frage nach einer nachhaltigen Familienpolitik gestellt und erörtert, welche Erfahrungen in Europa für Allianzen für Familien gemacht werden.

Neben den EU-Mitgliedstaaten werden an der Konferenz Kolleginnen und Kollegen aus den benachbarten Ländern und von der Europäischen Kommission teilnehmen. Darüber hinaus sind familienpolitische Nichtregierungsorganisationen und einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeladen. Diese Konferenz und die heutige Veranstaltung sind gute Beispiele dafür, wie wir uns über die Grenzen hinweg austauschen können, um voneinander zu lernen.

Ich wünsche Ihnen eine gelungene Veranstaltung, anregende Gespräche und baue auch in der Zukunft auf fruchtbare Zusammenarbeit mit den Verbänden und Organisationen, die sich für die Interessen von Familien stark machen.

Vielen Dank

Diskussionsrunde

Stephan Lüke, Moderator

Ich möchte zwei Dinge fragen. Bei allem, was Sie dargestellt haben: Wie erklären Sie sich, dass in der Öffentlichkeit immer noch geglaubt wird, den Schwächeren, den Familien, denen es nicht so gut geht, wird am ehesten in die Tasche gegriffen? Und wie erklären Sie sich, dass über die Gelder, aus denen Sie sich erhoffen Betreuung der unter Dreijährigen finanzieren zu können, gesagt wird: „Die stehen hinterher gar nicht zur Verfügung.“ Ist das ein Mangel an Öffentlichkeitsarbeit?

Marieluise Beck

Ich glaube, wir haben es zum Teil, gerade wenn es um Finanzverteilung geht, mit so komplexen Fragen zu tun, dass es sehr schwer ist, sie so zu erklären, dass das Gefühl von Gerechtigkeit vorhanden ist. Umgekehrt gedacht: Ich glaube es gibt kaum einen Bereich, wo Bevölkerungen mit einfachen Antworten so leicht verführbar sind, die sich immer in der Frage „unten“ und „oben“ bewegen. Heute Morgen auf meinem Weg hierhin hatte ich ein Gespräch, in dem mir jemand sagte, er würde mich bedauern. Was wir alles in der Bundesregierung machen würden, das wäre als Linke bestimmt schwierig. Ich antwortete, dass wir in der Tat überall Finanzlöcher haben. Das müsste nicht sein, wenn man die Reichen besteuern würde, meinte mein Gesprächspartner. Die Reichen würden überall befreit. Ich sollte mir Russland anschauen, da würde Herr Putin das machen. Auf meinen Einwand, dass dort die Demokratie über den Jordan gehe, sagte er, dort würde Demokratie entstehen, bei uns nicht.

Ich möchte nicht abwiegeln, die Verteilungsfrage und die Gerechtigkeitsfrage sind wichtig und legitim. Dennoch: Es ist leicht zu sagen „die da oben“ und „wir da unten“, ohne weiter genau hin zu schauen. Ich habe Ihnen Zahlen genannt, für die Jahre 1998 bis 2003, sind die Ausga-

ben im Bereich Familienlastenausgleich von 40 auf 58 Milliarden gestiegen. 18 Milliarden in einem Bundeshaushalt umzuverteilen, ist ein Kraftakt. Bevor Sie gleich mit den Zahlen zur Kinderarmut argumentieren, die unbestreitbar groß ist und sogar zunimmt, wie wir an den Statistiken sehen können: Letztlich ist das Hauptproblem die Frage des Zugangs zum Erwerbsarbeitsmarkt, denn Armut und auch Kinderarmut entstehen bei uns über den Ausschluss vom Arbeitsmarkt. Das ist ein Problem mit dem sich alle Industriegesellschaften beschäftigen müssen. Wir müssen uns in Deutschland zusätzlich mit den Veränderungen in Ostdeutschland auseinandersetzen. Soweit zur Frage von Armut.

Zu Hartz möchte ich sagen - klappern gehört schließlich zum Geschäft: Das HartzIV-Paket ist im Vermittlungsausschuss, das heißt zwischen Ländern und Bund, vereinbart worden. Im Vermittlungsausschuss ist die Rechnung über HartzIV und die Entlastung der Kommunen akzeptiert worden: 2,5 Milliarden verbleiben bei den Ländern, weil Sozialhilfeempfänger/innen nicht mehr von ihnen finanziert werden müssen, so dass von den 2.5 Milliarden 1,5 Milliarden für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen sollen. Das wurde gemeinsam unterzeichnet. Wenn jetzt die Trommeln gerührt werden, ist das ein Stück das Klaffen von Hunden, die schon mal vorsorglich sagen wollen: „Hat alles nicht gestimmt.“ Das eigentliche Problem wird sein, diese 1,5 Milliarden von den Länderregierungen zu den Kommunen zu bekommen, weil wir als Bund keine Durchgriffsfinanzierung machen können und dürfen.

Beate Blechinger

Ich will nicht darauf reagieren, ich hatte mich vorher schon gemeldet, um zwei Anmerkungen zu machen. Ich kann mit vielem, was Sie gesagt haben, mitgehen. In zwei Punkten habe ich eine andere Wahrnehmung.

Der erste Punkt:

Sie sagten: „Die Kommunikation in den Familien hat zugenommen.“ Möglicherweise liegt das an der unterschiedlichen Sozialisation. Ich stelle fest, dass die Kommunikation gravierend abgenommen hat, und zwar nicht nur ich als Person, sondern auch im Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung stellen wir fest, dass 25% der Kinder, die eingeschult werden, über Sprachdefizite, motorische Defizite und anderes verfügen. Kinder weisen erhebliche Defizite in der Kommunikation auf, weil zu Hause schlicht und einfach nicht mehr gesprochen wird. Dabei beträgt der Anteil der Kinder, die Kindergärten besuchen, 93 %. Ich warne vor der Illusion, dass das die Lösung dieses Problems wäre. Ich würde mir wünschen, dass man in den westdeutschen Ländern die positiven, aber auch die negativen Erfahrungen, die man in den neuen Ländern in diesem Bereich gemacht hat, zur Kenntnis nehmen würde, um festzustellen: Das ist nicht die Lösung. Die Frage der Auswirkungen auf Familie durch die Medien habe ich in Ihrem Vortrag vermisst. Im positiven Falle schauen Eltern und Kinder in die gleiche Richtung. Meistens haben Kinder jedoch den eigenen Fernseher im Kinderzimmer, leider in ostdeutschen Ländern mehr als in den westdeutschen, insgesamt aber zu einem großen Prozentsatz. Welche negativen Auswirkungen hat das? Und das sind nicht die Probleme der Familien mit Migrationshintergrund, wir haben nur 2% Kinder mit Migrationshintergrund. Bei uns können viele deutsche Kinder nicht sprechen, die in die Schule kommen.

Der zweite Punkt:

Der Armutsbegriff. Es ist ein weites Feld, ob man Armut mit dem Abstand vom Durchschnittseinkommen definieren kann? Dann steigt die Armut in Deutschland, wenn zum Beispiel Michael Schumacher seine Einkommen in Deutschland versteuert und sie sinkt, wenn er sie woanders versteuert. Das kann es nicht sein. Aber die Erfahrungen besagen nicht, dass man durch Kinder in Armut gerät, sondern, dass in Familien unterhalb eines bestimmten Familieneinkommens mehr Kinder geboren werden. Es gibt zum Beispiel eine Studie aus Thüringen, dass der Geburtenknick nach der Wende, der in allen ost-deutschen Ländern gravierend war, ausschließlich bei bildungsnahen Elternhäusern bzw. bei gut qualifizierten Frauen stattgefunden hat und nicht bei Frauen im Sozialhilfebereich. Obwohl alle gleichermaßen das Angebot an Kinderbetreuung haben. Hier muss man über neue Konzepte nachdenken. Dass es den Stein der Weisen nicht gibt, haben Sie schon deutlich gemacht, das kann ich nur unterstreichen. Aber ich warne ich vor der Illusion, bei einem hohen Angebot an Kinderbetreuung würde sich

dieses Problem ändern. Wir haben in Brandenburg für berufstätige Frauen mit Kindern von 0-12 Jahren einen uneingeschränkten Anspruch auf Kindertagesbetreuung und wir haben trotzdem eine der niedrigsten Geburtenrate in Deutschland.

Stephan Lüke

Sie haben vorhin zum Thema Elternzeit gesagt, dass sie mittlerweile von 5 % der Männer in Anspruch genommen wird. Ich kann mir vorstellen, dass viele Männer inzwischen dazu bereit sind, aber: Was muss man in den Betrieben tun, damit sie das mittragen?

Marieluise Beck

Zunächst ist es eine Frage der Arbeitsorganisation. Dieses Erschrecken: „Hoppla, das geht nicht, wenn sich jemand für eine Zeit rauszieht oder Arbeitszeit reduziert.“, ist ein normaler Impuls, weil es lästig ist, wenn über neue Formen des Arbeitens nachgedacht werden muss. Aber offensichtlich gibt es mehr Spielräume als man denkt.

Es gibt einen Punkt, einen ganz eindeutigen und glasklar auszumachenden Punkt, warum Männer - und zwar oft mit Zustimmung ihrer Partnerin - nicht in die Familienzeit einsteigen. Das ist die Frage des finanziellen Transfers. Es ist vollkommen klar, dass wenn ich eine Familie habe, in der der Mann das Familieneinkommen, also ein relativ höheres Gehalt, einbringt und die Frau das eher geringere Einkommen hat, sich die Frage stellt: „Wer von uns beiden geht jetzt in die Elternzeit? Mit einem festgelegten, sehr bescheidenen Transfereinkommen?“ In der Regel werden die beiden sich hinsetzen und sagen: „Klar, ökonomisch ist die Rechnung völlig eindeutig. Du, Mann bleibst im Betrieb. Ich, Frau, nehme die Elternzeit.“ Deswegen gibt es die Debatte über das schwedische Modell des Elterngeldes. Da geht um eine Lohnersatzleistung und der Lohn wird prozentual ersetzt. Das ist vermutlich einer der Schlüssel jenseits von kulturellen Wertvorstellungen bei Männern, die sich verändern müssen und verändert haben. Aber es gibt auch einen materiellen Grund und das werden wir solange nicht in den Griff bekommen, solange wir uns nicht in Richtung Lohnersatzleistung orientieren. Und es dann - in einer materiellen Logik - vernünftig und logisch ist, dass der Mann sagt: „Okay, ich ziehe mich eine Zeit lang aus dem Erwerbsleben raus.“

Stephan Lüke

Ich muss nachhaken. Sie haben mir noch nicht beantwortet, was wir tun müssen, damit die Betriebe die Beteiligung von Vätern an der Elternzeit offensiv mittragen.

Marieluise Beck

Ich kann Ihnen jetzt kein Zusatzreferat über Unternehmensstrukturen und Zeitmanagement in Unternehmen halten. Aber es geht um die Frage: „Was für ein Zeitmanagement machen Unternehmen?“ Es gibt viele Unternehmen, die sich inzwischen bewegen, nicht nur weil sie ein humanes Herz haben, sondern weil sie merken: Wir brauchen die qualifizierten Leute in unseren Betrieben, wir brauchen auch die Frauen. Gesellschaftspolitisch sieht - glaube ich - inzwischen jeder ein, dass eine gesellschaftliche Entwicklung, in der gut ausgebildete Frauen sich entscheiden, kinderlos zu bleiben, weil sie auf ein Erwerbsleben in der Zukunft sehen, von dem sie wissen, dass es mit Kindern nicht vereinbar sein wird. Das ist auf Dauer ein unhaltbarer Zustand.

Fragen aus dem Publikum (gesammelt)

Was wird in der Familienpolitik unter familienfreundlichem Klima gemeint? Und gibt es eine Möglichkeit, eine Allianz mit den Medien für Familie zu schließen? Denn Sie wissen, die Wirkungen der Medien auf das Familienleben und die Kinder sind verheerend.

Ich möchte den Vorschlag machen, dass sich die Familienverbände oder das Familienministerium in die Diskussion über die Verlängerung der Arbeitszeit einmischen. Mir erscheint es mehr als kontraproduktiv, wenn wir wieder 40 Stunden arbeiten. Das heißt: Man kann noch weniger für die Familie da sein. Wenn beide berufstätig sind und 40 Stunden arbeiten, dann sind es mindestens 5-8 Stunden, die den Kindern fehlen. Das kann ein weiterer Grund für die Entscheidung gegen ein Kind sein.

Professor Siegfried Keil

Ich wollte anknüpfen an die Bemerkung über die Kommunikation oder Nicht-Kommunikation in den Familien. Ich denke, Sie haben auf verschiedenen Ebenen argumentiert. In Bezug auf die Sprachunfähigkeit der Kinder, wenn sie zur Schule kommen, hängt es sicher damit zusammen, dass in den Familien zu wenig geredet wird. Während ich Sie so verstanden habe, Frau Beck, dass eher die heranwachsenden Kinder, wenn sie anfangen Fragen zu stellen, wenn Sexualität, Partnerschaft, Lebensplanung und solche Sachen Themen sind, kann heute offener in Familien geredet werden als früher. Aber der Sprachlosigkeit in Familien stimme ich zu. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in Familienbildung und Familienberatung intensivieren. Meine Frage oder Bitte an Sie, ob Sie nicht, obwohl Sie nicht zuständig sind im föderalistischen System, ähnlich weich aber hartnäckig, wie Sie sich für die Kinderbetreuung der unter 3-jährigen eingesetzt haben, sich auch für Familienbildung und Beratung einsetzen könnten. Könnten Sie in diesem Bereich ebenfalls ein bisschen Druck machen, dass Länder und Kommunen diese sog. freiwilligen Leistungen mehr als Pflichtaufgaben ansehen.

Marieluise Beck

Ich danke Ihnen für die Richtigstellung. Es ist ein kommunikatives Missverständnis gewesen. Es ist in der Tat so, das kann man nach wie vor doch eindeutig sagen, dass der Erziehungsstil sich deutlich in Richtung Partnerschaftlichkeit und mehr Kommunikation entwickelt hat, bis hin, zum Recht auf gewaltfreie Erziehung. Natürlich gibt es nach wie vor viel Gewalt in Familien, dennoch gibt es ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein, dass Gewalt als Erziehungsmittel nicht in Ordnung ist.

Zum zweiten Bereich: Was findet in Familien noch an Kommunikation statt? Das ist auch Ihr Thema, weil Sie sich mit der Frage der Medien und dem Einfluss von Medien beschäftigen. Ich weiß aus Sprachstandsuntersuchungen aus dem Migrantensbereich, dass sie mit einem großen Problem behaftet sind: Es ist weit verbreitet zu sagen, dass die Migrantenkinder immer schlechter Deutsch sprechen. Es ist eine der Behauptungen, wie die der Parallelgesellschaften, die ständig wiederholt werden, ohne damit richtiger zu werden, weil sie nicht unbedingt belegt sind. Wir hatten hier in Berlin die Studie „Bärenstark“ mit in der Tat beunruhigenden Ergebnissen, sowohl für die Migrantenkinder also auch für die deutschstämmigen Kinder, aber: Wir haben zumindest im Bereich der Migrantenkinder keine Vergleichsmaßstäbe aus früheren Jahren. Also man kann sagen: Die kommunikative Kompetenz ist schlecht. Man kann aber nicht sagen: Sie ist schlechter geworden, da wir nicht wissen, wie sie vor zehn Jahren ausgesehen hat. Es gibt das weit verbreitete Gefühl, das jeder hat, über die zunehmende Dominanz von Medien und elektronischen Medien in den Familien, in den Kinderzimmern, im Tagesablauf der Kinder, die – wie ich glaube – einen verheerenden Einfluss auf die Entwicklung von Kindern nimmt. Wir wissen, dass angefangen von der Motorik bis hin zur Herausbildung von sprachlicher Kompetenz ein Zusammenhang besteht und wenn wir sehen, dass Kinder in „Kinderwelten“ leben, die es fast nicht mehr möglich machen, sich motorisch überhaupt noch auszuleben, dann haben wir in der Tat einen riesigen Bereich vor uns, den man dann anfangen muss, klein zu klopfen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Wenn Sie fragen: „Wo ist das familienfreundliche Klima?“ würde ich sagen: „Wo ist das kinderfreundliche Klima?“ Ich sage als Grüne: Ich kenne in jeder Stadt und in jeder Gemeinde die Auseinandersetzung, wenn man versucht eine Wohnstraße zur Tempo 15- oder Tempo 20-Straße zu machen. Strassen sind verloren gegangene öffentliche Räume für Kinder. Ich bin früher im Wäldchen spielen gegangen. Meine Mutter hat uns den ganzen Tag über nicht gesehen. Wir sind ab und zu nach Hause gekommen zum Naseputzen oder um ein Butterbrot abzuholen. Meine Kinder konnte ich schon keine Minute mehr unbewacht auf die Straße lassen, weil der Tritt heraus aus der Tür bedeutet hat: Da kann als nächstes ein Auto kommen und damit ist Ende der Veranstaltung. Man muss sich bewusst machen, welche Auswirkungen das auf Kinderleben hat. Eingesperrt in einem Haus oder in einer 2- oder 3-Zimmer-Wohnung, von morgens bis abends zusammen mit einer Mutter und einem Fernseher. Das kann nicht gut gehen. Weder in der psychischen noch in der kommunikativen, noch in der kognitiven Entwicklung von Kindern. Dieser Themenbereich ist so groß, dass wir bis übermorgen diskutieren müssten. Einige Maßnahmen aus der Politik habe ich genannt, vieles geht jedoch außerhalb

der Politik. Wie Sie vielleicht mitverfolgt haben, versuchen wir aus dem Ministerium mit der Kampagne „Schau hin“ mit den Medien, (Hörzu und andere Medien) ein bisschen zumindest in einen selbstreflexiven Prozess einzutreten: Was strahlen wir eigentlich aus in die Kinderzimmer? Was passiert mit den armen Kinderseelen über unsere Medienpolitik?

Nun zur Frage der Arbeitszeit, ich will mich nicht drücken, obwohl das natürlich wieder ein Riesenfeld ist. Wir haben über den Zusammenhang von Kinderarmut und Erwerbstätigkeit gesprochen. Die ökonomische Frage dahinter: Wie, mit welchen Mitteln und welchen Instrumenten kommt Deutschland aus diesem unglaublichen Tal heraus, in dem ein so hoher Teil der Bevölkerung vom Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen ist? Das ist die entscheidende Frage und darauf gibt es viele unterschiedliche Antworten. Nur von vorneherein zu sagen: „Diesen Weg prüfen wir nicht“, „die Debatte über die 40-Stunden-Woche muss zum Tabu erklärt werden“ halte ich für kontraproduktiv und in einer demokratischen Gesellschaft auch nicht für vernünftig. Ein Vorschlag sollte zumindest geprüft und abgewogen werden, zum Beispiel unter dem Gesichtspunkt: Wie schaffen wir Kinderarmut ab? Indem wir aus der ökonomischen Depression, in der wir uns befinden, wieder rauskommen. Da kann man zu unterschiedlichen Antworten kommen. Streiten Sie für Ihre Position, sagen Sie: Aus Familiengesichtspunkten ist die Arbeitszeitverlängerung ungut. Man kann zum Beispiel auch über Arbeitszeitflexibilität reden. Es müssen nicht alle 40 Stunden in allen Lebensphasen ihres Lebens arbeiten. Meine Kinder sind inzwischen erwachsen. Sie können damit leben, dass ihre Mutter mehr als 40 Stunden arbeitet. Als sie klein waren, ging das nicht gut. Die Frage: „Was passiert bei uns ökonomisch?“ muss gestellt werden. Das muss jeder, der ehrlich ist, zugeben, dass die Situation, in der wir uns im Augenblick bewegen, nicht sehr positiv ist.

Stephan Lüke

Frau Beck. Ganz herzlichen Dank. Wir könnten noch Stunden diskutieren, aber ich möchte jetzt das Wort an Frau Professor Dr. Uta Meier weitergeben.

Prof. Dr. Uta Meier

**Institut für Wirtschaftslehre der Haushalts- und Verbraucherforschung, Universität
Giessen**

Risiko Familie? – Die soziale Wirklichkeit von Familie

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gespannt die Diskussion verfolgt und ich freue mich über diese Einladung anlässlich des Rückblicks „zehn Jahre nach dem internationalem Jahr der Familie“.

Ich habe ich mir bei der Vorbereitung überlegt, dass ich diese Zeit seit 1994 als eine biographisch sehr aufregende Zeit erlebt habe. Ich bin in Ost-Berlin aufgewachsen und habe 1994 meine Lehre an der Universität in Gießen begonnen. Für mich war diese Zeit deshalb interessant, weil ich nach dem Fall der Mauer die Entwicklung in Deutschland als eine Neuauflage eines ideologischen Schlagabtausches erlebt habe über angemessene Familienformen und die Frage: Was ist eine gute Mutter? Ich erinnere mich sehr gut an eine Broschüre mit dem Titel „Elternnähe oder Krippe“. Sie wurde der letzten Volkskammer und dem Bundestag von Herrn Pechstein und seinen Mitstreitern zur Verfügung gestellt. In dieser Broschüre wurde allen Ernstes im Jahre 1990 die Forderung aufgestellt, dass „die ostdeutschen Frauen lernen sollten, Mutter zu sein.“ Sie haben es als eine vordringliche familienpolitische Aufgabe betrachtet, die Kinderkrippen in Ostdeutschland abzuschaffen. Da stand ich mit meinem halbwüchsigen, wie ich finde wohlgeratenen, Krippenkind und habe die Erfahrung gemacht, dass es in diesen beiden Gesellschaften mit ihren unterschiedlichen Modellen sehr schwer war, eine gemeinsame Verständigung in Gang zu bringen. Diese Erfahrung verbinde ich mit dieser Zeit.

Es war für mich daher erfreulich, in Vorbereitung auf den fünften Familienbericht Rosemarie von Schweizer, meine Vorgängerin auf dem Lehrstuhl in Giessen, kennen zu lernen. Sie war als Vorsitzende der Sachverständigenkommission zur Erstellung des fünften Familienberichts gemeinsam mit ihren Mitstreiter/innen in die Situation gekommen, einen Familienbericht zu schreiben, der auf West-Deutschland ausgerichtet war. Sie bekamen, mitten in dieser Periode zur Erstellung des fünften Familienberichts, die Aufgabe, einen Familienbericht für Gesamt-Deutschland zu schreiben. Ich arbeitete damals am Deutschen Jugendinstitut und konnte mein Know-how bei einem Expertenhearing für diesen fünften Familienbericht zur Verfügung stellen. Ich war angenehm überrascht von Frau von Schweizers Reaktion, die als Vorsitzende der Sachverständigenkommission eine sehr offene Haltung zu dem Thema hatte. Sie hat in der Federführung des fünften Familienberichts etwas Fantastisches - wie ich finde - zustande bekommen: Über familiäre Lebensformen in ihrer Vielfalt nachzudenken und von der - lange Zeit üblichen - Defizit- und Problemorientierung weg, zur Anerkennung unterschiedlicher Familienformen als den grundlegenden Leistungsträgern von Wirtschaft und Gesellschaft zu kommen. Dieser Familienbericht, der 1994 erschienen ist, hat grundlegende Botschaften der bundesdeutschen Gesellschaft mit auf den Weg gegeben. Eine der zentralen Aussagen des fünften Familienberichts war:

„Diese Gesellschaft muss pfleglicher mit ihrem Humanvermögen umgehen und mit den Prozessen, die zur Bildung von Humanvermögen führen.“

Der Sachverständigenkommission war deutlich, dass Humanvermögen sehr viel mehr meint als das rein am Arbeitsmarkt verwertbare Humankapital. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu nennt es das „kulturelle und soziale Kapital“, das zu allererst in Familien gebildet wird. Das war einer der wichtigen Punkte, die im fünften Familienbericht aufgegriffen und entwickelt worden sind.

Ebenfalls eine sehr wichtige Botschaft war eine der Formeln der Sachverständigenkommission, die - glaube ich - von Franz Xaver Kaufmann stammt: die bundesdeutsche Gesellschaft praktiziert eine allgegenwärtige, strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Leben mit Kindern und gegenüber den Personen, die sich für Familie entscheiden. Ich möchte das in Erinnerung rufen, da ich jetzt Mitglied in der Sachverständigenkommission für den siebten Familienbericht

bin. Ich votiere sehr dafür und bin mir mit meinen Kolleginnen und Kollegen einig, dass bei diesem siebten Familienbericht bestimmte Kontinuitätslinien, die wert sind bewahrt zu werden, nicht fallengelassen werden. Wir haben eine Situation, in der wir, gestützt auf dieses Konzept, ohne Abgrenzung zu den Ergebnissen des fünften Familienberichts, heute unsere eigenen Vorstellungen weiterentwickelt haben.

Man kann viel darüber nachdenken, warum die Diskussion über Familie, bis sie im Zentrum der Politik stand, noch einige Jahre auf sich warten lassen hat. Bis aus dem „Gedöhns“ Chefsache geworden ist.

- Die dramatischen demographischen Entwicklungen sind schon von Marie-Luise Beck angesprochen worden.
- Wir haben eine sehr differenzierte Kindheits- und Jugendforschung, die deutlich gemacht hat, dass Kinderpersönlichkeiten, die Persönlichkeiten von Mädchen und Jungen, in ihrer ganz eigenen Art und Weise als eigener Lebensabschnitt und nicht lediglich als kleine Erwachsene wahrzunehmen sind. Das hat mit dazu geführt, dass dieses Thema heute eine große Rolle spielt.
- Ein dritter Grund, der uns allen - denke ich - sehr geläufig ist: Die Pisa-Studie mit dem internationalen Vergleich hat die Debatte ebenfalls befördert.

Der Vergleich zwischen den 32 Ländern hat uns vor Augen geführt hat, dass in der bundesdeutschen Gesellschaft die soziale Herkunft beinahe eine schicksalhafte Bedeutung für die Bildungs- und Lebenschancen eines Kindes hat. Das hat zu einem Aufschrei in dieser Gesellschaft geführt. Man hat sich mit dem Selbstbild, dass die deutsche Gesellschaft sozial und gerecht ist, auseinandersetzen müssen. Ich bin der Meinung: Es hat sich was bewegt. Ich arbeite seit über zwanzig Jahren zu diesem Thema und bin zum Beispiel Ende des Monats eingeladen auf der Vorstandsebene der deutschen Telekom, um über das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie - was muss eine moderne Unternehmenskultur berücksichtigen?“ zu referieren. Eine solche Einladung wäre vor drei Jahren noch undenkbar gewesen. Für mich ist das ein optimistisches Zeichen, dass sich in dieser Republik etwas bewegt, dass ein Ruck durch die Gesellschaft geht.

Vielfalt familialer Lebensformen ist immer auch generell die Vielfalt von Lebensformen. Diese Vielfalt ist mehr und mehr Normalität. Wir haben Kernfamilien, wir haben Ein-Elternfamilien, wir haben Patchworkfamilien, wir haben Adoptionsfamilien, Pflegefamilien und eine neue Entwicklung, Inseminationsfamilien, das sind Familien, die durch die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin zustande kommen. Ich beziehe auch gleichgeschlechtliche Paare mit ein. Es geht darum eine Politik zu gestalten, die diese Vielfalt familialer Lebensformen in Rechnung stellt und entsprechende Unterstützungsstrukturen schafft, statt weiter dem Prinzip der Gießkanne zu folgen.

Wenn man sich fragt: Was ist an Entwicklung in den letzten Jahren geschehen, dass wir so eine gravierende Veränderung von Familienbildungsprozessen haben? Einer der wichtigen Punkte ist die Entkoppelung von Fruchtbarkeit und Sexualität, die durch die modernen Verhütungsmittel eingeleitet worden ist: Wir haben heute eine relative Entscheidungsfreiheit über Zeitpunkt und Geburt eines Kindes und das ist auch gut so. Ein zweiter fundamentaler Wandel stellt die stetig steigende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen dar. Wenn man sich Trends der Familienentwicklung anschaut, kann man sagen: Zumindest diese Trends kennzeichnen die Entwicklung seit einigen Jahren. Ich brauche auf vieles an dieser Stelle nicht weiter einzugehen, es ist schon angesprochen worden.

Erfreulich ist zunächst, dass wir, quer durch alle Altersgruppen, nach wie vor eine ausgeprägte Familienorientierung haben. Ich habe allerdings den Eindruck, dass vielfach diese Lebens- und Existenzformen emotional überfrachtet wird - alles, was man gegebenenfalls woanders nicht glaubt, einlösen zu können - wird auf die Lebensform Familie projiziert. Das birgt in gewisser Weise auch Gefahren in sich, ich werde noch darauf zurückkommen.

In einem erklärungsbedürftigen Gegensatz zu dieser ausgeprägten Familienorientierung steht die viel diskutierte Tatsache, dass Kinderlosigkeit in unserer Gesellschaft dramatisch zunimmt. Es ist - denke ich - ein Spezifikum der bundesdeutschen Gesellschaft ist, dass wir eine sehr starke Spaltung im Fertilitätsverhalten haben. Ausgerechnet diejenigen verzichten auf die Gründung von Familien, die von ihrem Bildungshintergrund, von ihren späteren Berufsperspektiven und damit auch vom Anregungspotential, das sie ihren potentiellen Kindern bieten könnten, prädestiniert wären. Wir verzeichnen nach wie vor Familienbildungsprozesse, die in wachsendem Maße in Verhältnissen stattfinden, in denen die Herkunftsbedingungen vergleichsweise ungünstig sind, so dass wir das Phänomen von Kindern als Armutsrisiko haben. Ich möchte hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass sich das Armutsrisiko „Kind“ keineswegs auf die finanzielle Dimension verkürzen lässt. Wir haben in einer groß angelegten Studie bei uns und durch Studien anderer Kolleg/innen, zum Beispiel vom ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt), gezeigt, dass es einen starken Zusammenhang zwischen finanzieller Armut, Bildungsarmut, die in Familien besteht, aber auch einer schlechten Gesundheit gibt.

Ein weiterer Aspekt, auf den ich immer nachdrücklich hinweise und der mir bis jetzt in den Diskussionen zu kurz kommt ist: Wir können einen Prozess der zunehmenden Ehe-Homogenität verzeichnen. Das heißt, im Unterschied zu den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, ist der Beziehungs- und der Heiratsmarkt zunehmend sozial homogen strukturiert. Männer und Frauen begegnen sich heute von ihrem Ausbildungs- und Qualifikationsniveau mehr und mehr auf gleicher Augenhöhe. Das bedeutet, dass die Vorstellung oder Haltung, die ich oftmals höre: „Wenn Frauen Karriere machen wollen, haben wir noch die Akademikermänner, die dafür sorgen können, dass in Deutschland Kinder zur Welt kommen, weil sie Frauen aus anderen Gruppen heiraten,“ heute nicht mehr stimmt. Wir hatten in den 60er und 70er-Jahren in sieben von zehn Ehen eine Zusammensetzung, die sozial heterogen war, das heißt, die Männer hatten ein höheres Ausbildungsniveau als die Frauen. Das trug dazu bei, dass herkömmliche Arbeitsteilungsmuster in der Familie eine andere Akzeptanz erfuhren als das heute der Fall ist.

Es gibt zwei Seiten. Auf der einen Seite ist es Gruppen der Gesellschaft, in denen zum Beispiel der Arzt die Ärztin heiratet, ein erheblicher Anlass für Konflikte und das bekannte Verschieben der Realisierung von Kinderwünschen. Für die Partner besteht die Frage: Wie sollen wir das regeln? Die eine hat ihr praktisches Jahr hinter sich und ist mit dem Berufseinstieg beschäftigt. Die Kinderfrage verschiebt sich immer weiter nach hinten, bis irgendwann die biologische Uhr abläuft. Wir haben aber auf der anderen Seite der gesellschaftlichen Bildungspyramide den Umstand zu verzeichnen, dass Frauen aus benachteiligten oder aus bildungsarmen Familien mit einem vergleichsweise geringen Bildungsniveau sich heute kaum noch über den Heirats- und Beziehungsmarkt in eine bessere Situation für sich und ihre Kinder versetzen können, wie das früher der Fall war. Sie bleiben unter sich. Damit trägt der Beziehungs- und Heiratsmarkt zur Verstärkung von sozialer Ungleichheit bei. Dieser Prozess ist nicht politisch hergestellt, sondern ein Effekt der Bildungsexpansion. Wir müssen ihn mit in Rechnung stellen, wenn wir darüber nachdenken, wie wir dieser Entwicklung gegensteuern können.

Ein weiterer Punkt auf den Marieluise Beck bereits eingegangen ist: Familien ausländischer Herkunft sind Teil unserer Gesellschaft. Sie müssen nur in eine Grundschule gehen, um zu sehen, wie sehr sich unsere Gesellschaft diesbezüglich verändert hat. Die Zahlen: (vgl. *Grafik 1 im Anhang*) 62% aller 30- bis 35-jährigen Akademikerinnen haben noch keine Kinder. Das führte dazu, dass an etlichen Studienstandorten, mit Unterstützung der Universitätsleitungen, Modellversuche im Zusammenschluss mit den lokalen Bündnissen in Gang gesetzt wurden, die über Lösungen nachdenken, wie bereits die Phase der Ausbildung mit der Familiengründung vereinbart werden kann. Diese Grafik zeigt deutlich, dass zum Ende der sog. fertilen Phase bei Frauen der Anteil derer, die ohne Kinder bleiben, in den Schichten mit hoher Bildung besonders hoch ist. Ansonsten sehen wir, dass über die Jahre ein enormer Anstieg von Frauen zu verzeichnen ist, die keine Kinder haben.

Dem gegenüber schwächt sich der Anteil von Frauen, die sich für zwei Kinder entscheiden nur allmählich ab und auch die Drei-Kind-Familie ist doch noch erstaunlich präsent (vgl. *Grafik 2 im Anhang*). Das heißt, wenn wir in unserer Gesellschaft die Diskussion haben, die Bundesrepu-

blik wäre auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie, ist das der Effekt dieses gespaltenen Fertilitätsverhaltens. Ein statistischer Effekt in Wirklichkeit, der den Frauen ohne Kinder statistisch eben ein Kind zuweist und den anderen eins wegnimmt. De facto hat das Auseinanderfallen im Fertilitätsverhalten mit der Bildung der Frauen zu tun.

Ich komme zu einem Themenfeld, das auf jeden Fall in diesen Kontext gehört. Die Diskussion um „entscheiden wir uns für Familie, entscheiden wir uns für Kinder“ hat viel damit zu tun, dass wir nach wie vor in unserer Gesellschaft einen enormen Umfang an unbezahlter Arbeit haben, die überwiegend - nach wie vor - in Frauenhand liegt (vgl. *Grafik 3 im Anhang*). Die moderne Technik in unseren Haushalten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die generative Sorge und Hausarbeit einen erheblichen Umfang einnimmt. Sie hat sich von der Struktur her gewandelt. Ich habe Ihnen einige Zahlen herausgegriffen, sie stammen aus den beiden Zeitbudgeterhebungen von 1991/92 und 2001/02. Als diese Zahlen das erste Mal in der Presse diskutiert worden sind, meinten Männerforscher:

„Jetzt ist die kopernikanische Wende eingeleitet. Die Frauen haben insgesamt 21 Minuten weniger pro Tag, die sie in den Haushalt investieren, in diese routinemäßig anfallenden Hausarbeiten, während die Männer 14 Minuten pro Tag zulegen.“

Ich kann nur sagen, Statistiken sollten genau gelesen werden. Das ist der Vergleich zwischen Männern und Frauen, Familienformen sind nicht berücksichtigt. Es ist ein Effekt, der dadurch zustande kommt, dass der Familiensektor insgesamt schrumpft. Das heißt, dass ein höherer Anteil von Frauen heute in Single-Haushalten lebt und folglich keinen so hohen Anteil an Backup-Arbeit für Männer zu erledigen hat. Umgekehrt müssen Männer, die alleine leben, einen Zahn zulegen, weil sie niemanden haben, der ihnen die Hausarbeit abnimmt.

Anders sieht es aus, wenn wir - im Vergleich - den Familienprototyp eines Ehepaares mit zwei Kindern, das jüngste Kind zwischen sechs und unter achtzehn Jahren, und die Zeitumfänge in den sog. Double-Income-no-Kids anschauen (vgl. *Grafik 4 im Anhang*). Wir sehen, dass Frauen, solange sie mit Männern alleine in Paarbeziehungen leben ein höheres Ausmaß an Unterstützung erfahren als zu dem Zeitpunkt, an dem zwei Kinder in der Familie leben. Das belegt sehr deutlich, dass die Entscheidung für Kinder nach wie vor für Frauen bedeutet, für diesen Lebensbereich ein enormes Verantwortungspotential zu übernehmen, das ein erhebliches Zeitkontingent ihres Lebens bindet.

Wenn wir uns anschauen, wie die Zeitverwendung von Müttern mit unterschiedlichem Erwerbsstatus auf die Einbeziehung der Kindergeneration wirkt, kann man eindeutig sagen, dass Frauen, die vollzeitig erwerbstätig sind, selber weniger in diesen Bereich investieren, dass sie ihre Töchter und Söhne stärker einbeziehen als diejenigen, die Teilzeit arbeiten. Das heißt: Teilzeit ist ein Modell, in dem die innerfamiliären Umverteilungen weniger in Gang kommen als bei einer Vollzeit oder einer vollzeitnahen Teilzeit (vgl. *Grafik 5 im Anhang*).

Interessant ist und gehört in den Kontext: Wir reden darüber, dass wir in unserer Gesellschaft wenig Zeit für unsere Kinder haben. Im Vergleich dieser beiden Zeitbudgeterhebungen zeigt sich eindeutig, dass im Jahr 2001 sowohl im Osten als auch im Westen Familien mit Kindern unter sechs Jahren mehr Betreuungszeit verwenden als noch 1991/92. In Ost-Deutschland ist das eindeutig eine Folge der höheren Arbeitslosigkeit von Frauen, in West-Deutschland eine Konsequenz der immer noch sehr desolaten Versorgung mit öffentlichen Betreuungseinrichtungen: Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Untersuchung aus dem Jahr 1998, in der Frauen mit Kindern unter sechs Jahren, die zu Hause waren, gefragt wurden, ob das ihre gewünschte Lebensform ist. Von den 48%, die zu Hause waren, hatte das nur 6% vor. Insofern - denke ich - ist die Prioritätensetzung, den Betreuungssektor auszubauen, aber bitte auf einem guten Niveau, die richtige Prioritätensetzung. Das heißt nicht, und darauf komme ich noch zu sprechen, dass deshalb Fragen eines soziokulturellen Existenzminimums für Kinder, also finanzielle Fragen außen vor bleiben. Wir sollten keine ideologische Debatte daraus machen. Das Argument „Betreuungseinrichtung ist doch nicht alles“ stimmt, aber das hat auch niemand gesagt. Wir haben diesbezüglich ein erhebliches Defizit, das wir verändern müssen. Herr Fthe-

nakis wird darüber und über nötige Qualitätsstandards nachher sicherlich seine Ausführungen machen.

Ich möchte im Vergleich dieser beiden Zeitbudget-Erhebungen auf den Umstand verweisen, dass wir beobachten, dass sowohl Mädchen als auch Jungen, im Vergleich dieser beiden Zeitpunkte, heute weniger in die alltäglich anfallende Hausarbeit, hier speziell die Beköstigung, einbezogen werden, als noch vor zehn Jahren (vgl. Grafik 6 im Anhang). Es ist eine repräsentative Untersuchung in der über drei Tage im Zehn-Minutentakt analysiert worden ist, was Männer, Frauen, Mädchen und Jungen machen. Bei jungen Männern zwischen 20 und 25 Jahren gab es über drei Tage nicht ein einziges Mal eine Aktivität, die mit dem Bereich Ernährungsversorgung zu tun hatte. Ich möchte das nicht ausschließlich als eine Schelte, wie schlecht diese jungen Männer sind, thematisieren. Das funktioniert nur, wenn Mütter mit tun bzw. sofern die jungen Männer bereits mit einer Partnerin zusammenleben übernimmt die Verantwortung nahtlos die junge Frau. Ich bin daher - auch wenn jeder/jede von uns einzelne Musterexemplare kennt - doch skeptisch mit der Überlegung, dass sich das in der jungen Männergeneration schon von selber klärt. Da muss meines Erachtens viel mehr getan werden als das momentan der Fall ist.

Neben dieser Alltagsarbeit im Umgang mit den Kindern haben wir noch eine andere Dimension. Deswegen möchte ich, Familie auch entlang des Familienzyklus, der Familienbiographie, sehen, dem nicht alleine der Begriff von „Familie ist, wo Kinder sind“ zugrunde liegt. Wir haben eine multilokale Mehrgenerationenfamilie und wissen, dass die Wohnentfernungen, jedenfalls für viele in unserer Gesellschaft, zwischen Eltern und ihren bereits außerhalb des Haushalts lebenden erwachsenen Kindern nicht so weit voneinander entfernt ist. Es gibt einen, auch wohnortmäßigen, Zusammenhalt und es sind nicht nur die Wohnentfernungen, die für die übergroße Mehrheit bei den heute vorhandenen Möglichkeiten in kurzer Zeit überwindbar sind. Zwischen Eltern und erwachsenen Kindern bestehen dichte Kontakte, es gibt sowohl monetäre als auch emotionale Unterstützung sowie Sachleistungen. Das ist ein weiteres Aufgabenpaket, das nach wie vor an Frauen adressiert wird. Frauen sind diejenigen, die diese Netze pflegen.

Nichts desto trotz werden sich Kommunalpolitiker/innen in Zukunft darauf einstellen müssen, dass das „Töchter-Pflegepotential“ nicht mehr so ohne weiteres verfügbar sein wird. Meines Erachtens haben wir nach wie vor in unserer Gesellschaft eine nicht-hinnehmbare Wahrnehmungsresistenz gegenüber der Bedeutung, die diese generative Haus- und Sorgearbeit hat. Auch im Bildungsbereich wird viel zu wenig darüber nachgedacht, z.B. im Zusammenhang mit dem Ausbau von Ganztagschulen, wie wir diese gewonnene Lebenszeit nutzen können, um beispielsweise Themen wie Alltagskompetenzen, Haushaltsführungskompetenzen, Umgang mit dem eigenen Körper und Entwicklung von Konfliktfähigkeit in diesen Einrichtungen zu verankern. Kinder verbringen einen erheblichen Anteil ihrer Lebenszeit in den Einrichtungen, die sie nicht nur mit Lernen im herkömmlichen Sinn ausfüllen sollten.

Das Forschungsteam, mit dem ich zusammen unterschiedliche Forschungsprojekte in den letzten Jahren durchgeführt habe, besteht aus Akademikerinnen. Wir haben zusammen dreizehn Kinder: Ich denke oft: „Wie schön, dass wir Kinder haben. Aber wie kriege ich das mit der Vertretung hin?“ Mittlerweile haben wir in Gießen einen Universitätspräsidenten, der selber vor drei Jahren Vater geworden ist, und der erkennt, dass die Anträge auf Vertretung gut funktionieren. Frauen, die diesen Background haben und trotzdem ihre Forschungsarbeiten und ihre Dissertationsprojekte vorantreiben, sind wichtigen Stützen im Universitätsalltag. Das könnte man allen anderen Arbeitgebern stark mit an die Hand geben.

Mit diesem Team habe ich mich in den letzten Jahren vor allen Dingen mit dem Problem der Armut von Familien beschäftigt. Das ist mein Ausgangspunkt. Ich habe bisher generalisierend über die Lebenssituation von Familien gesprochen. Zu einer nüchternen Bestandsaufnahme gehört auch, dass wir in unserer Gesellschaft - neben der zunehmenden Kinderlosigkeit - eine zunehmende Polarisierung der Lebenschancen von Kindern und Familien haben.

Auf der einen Seite sehr exklusive Bedingungen, wenn man sich für Kinder entschieden hat: Freistehendes Einfamilienhaus, Vater Rechtsanwalt, Mutter Lehrerin, meistens halbtags, Klavier- Ballett- und Reitunterricht. Die Ergebnisse der Kindheitsforschung sprechen in diesem Zusammenhang von einer Verinselung und einer Terminisierung des Alltags von Kindern. Auf der anderen Seite, und dem Problem möchte ich mich jetzt zuwenden, aber als Beispiel diejenigen: Stiefvater arbeitslos, kleine Wohnung, Mutter im Erziehungsjahr, Kinder weisen Entwicklungsverzögerungen auf, ein Kind ist asthmakrank. Dieser Gruppe müssen wir uns annehmen, weil wir einen starken Zusammenhang in unseren Untersuchungen zwischen Armut und Bildung gefunden haben. Bildung ist in unserer Gesellschaft nicht nur eine Erfolgsgeschichte. In etlichen Bundesländern haben wir bis zu 15% Kinder, die keinen Schulabschluss, geschweige einen Ausbildungsabschluss erreichen. Das ist eine ungute Situation, die zu dem Effekt führt, dass seit Anfang der 1980er-Jahre der Anteil von Kindern stetig zunimmt, bei denen beide Elternteile zeitlebens keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die Konsequenzen für die Bedingungen des Auswachsens muss ich - glaube ich - an dieser Stelle nicht weiter erklären.

Wir hatten in Giessen den Auftrag, einen kommunalen Armutsbericht für die Stadt zu erstellen und haben unterschiedliche Lebens- und Problemlagen von Individuen in Haushalten und Familien in Armut analysiert. Ziel war es, Problemquartiere möglichst schnell zu erkennen und, an diesem Nachfolgeprojekt arbeiten wir derzeit, ein aussagekräftiges Indikatoren-Set zu entwickeln, das sich nicht darauf beschränkt, materielle Indikatoren zu suchen, um Armut zu messen:

- Was sind die geeigneten aussagekräftigen Indikatoren, die uns Bildungsarmut anzeigen?
- Was sind die geeigneten Indikatoren, die uns einen schlechten Gesundheitszustand anzeigen?
- Welche Indikatoren deuten auf Exklusion, auf fehlende Teilhabe, in der Kommune hin?

Wir haben zum Beispiel inzwischen eine starke Verschränkung von Bildungsarmut und sozial-räumlicher Lokalisierung. Wir können sehen, dass wir in den dunkel schraffierten drei Stadtteilen über mehrere Jahre einen überproportionalen Anteil von Schulabgängern und Schulabgängerinnen haben, die allenfalls einen Hauptschulabschluss erlangt haben, während andere Stadtteile, die hell schraffiert sind, teilweise keinen einzigen Hauptschüler aufweisen. Das heißt, dass wir soziale Benachteiligung eindeutig lokalisieren können, wie auch auf der anderen Seite privilegierte Lebensumstände.

Ich bin an einem Lehrstuhl für Haushalts- und Ernährungswissenschaften tätig, und bilde Ökotropholog/innen aus. Vor dem Hintergrund hat uns interessiert, wie der Gesundheitszustand aussieht. Die drei Stadtteile hoher Bildungsarmut sind die Stadtteile mit überproportional hohen Kariesquoten (vgl. *Grafik 7 im Anhang*). Wir haben darüber hinaus anhand der Schulinganguntersuchung den Bodymaßindex ermittelt und konnten eine überproportionale Konzentration von übergewichtigen Kindern in eben diesen Stadtteilen feststellen. Weiterhin finden sich dort Wohngebäude mit einer überdurchschnittlich hohen Belegungsdichte und viele allein erziehende Mütter, die Sozialhilfeempfänge beziehen. Wir haben insgesamt vierzehn Indikatoren identifiziert.

Es war eine glückliche Fügung, dass wir nicht nur diese sehr dezidierten Analysen im Bereich der quantitativen Armutsforschung gemacht haben. Wir hatten zur gleichen Zeit vom Familienministerium ein Projekt genehmigt bekommen, das unter dem Titel „Steckbriefe von Armut“ veröffentlicht wurde, in dem wir in der Kommune ausführliche Tiefeninterviews in 22 Haushalte durchführen konnten. Ich möchte Ihnen anhand von zwei Ausschnitten verdeutlichen, was sich hinter diesem Alltag solcher Haushalte im Einzelnen verbirgt. Ich habe als Beispiel eine einundvierzigjährige, allein erziehende Mutter genommen. Sie sagt:

„Man bleibt immer auf dem gleichen Stand. Es lohnt sich einfach nicht, dass es ein Ansporn sein kann. Das ärgert mich und der ganze Aufwand auch.“

Sie lebt seit gut fünf Jahren mit ihren drei Kindern allein und ist nach der Scheidung von ihrem Mann in eine kleinere Wohnung umgezogen, von sich aus, wegen der billigeren Miete. Die Drei-Zimmer-Wohnung hat eine Größe von lediglich 62 m² und liegt damit 15m² unter dem Mindeststandard der Kölner Empfehlungen, einer Einstufung, die die Wohnmindeststandards enthält, das heißt, unter dem Mindestflächenbedarf. Der Aktionsspielraum in dieser Wohnung ist ausgesprochen klein. Sie selber hat einen Raum für sich, die Kinder teilen sich ein Kinderzimmer, ein kleiner Essplatz in der Küche kann nicht geschaffen werden, weil diese zu klein ist. Sie arbeitet halbtags als Schreibkraft, wenn die Kinder in der Schule und im Kindergarten sind. Vorher hat sie außerdem nachts bei einer Giessener Zeitung gearbeitet, bis zur totalen Erschöpfung. Das Resultat war: Erbrechen, Migräne und Notdienst. Jetzt hat sie weniger Geld zur Verfügung. Die Tatsache, dass sie beim Sozialamt einen Nachweis erbringen musste, warum sie diese Nacharbeit nicht mehr ausführen kann, hat sie besonders geärgert. Seit ihrer Kündigung bei der Zeitung erhält sie kein pauschaliertes Wohngeld mehr und muss für ergänzende Sozialhilfe von monatlich 34 Euro Nachweise und Abrechnungen erbringen. Konflikte ergeben sich daraus, dass der Abrechnungsmodus der ehemaligen Firma und des Sozialamts unterschiedlich sind.

„Habe ich sie einen Tag zu spät geschickt, hatte ich schon den Wisch mit der Drohung im Briefkasten. Ich kann die Abrechnung aber erst schicken, wenn ich sie habe und für alles brauchen Sie einen Termin. Sie müssen sich anstellen und warten und da sitzen Sie dann stundenlang wegen einem Papierchen und wegen 34 Euro. Da sind Sie dann irgendwann soweit, dass Sie sagen: Ich schenke euch das Geld.“

Ihr Ärger im Umgang mit den Behörden ist auch ablesbar an ihrer Beobachtung, dass sich alles überschneidet, obwohl die Ämter in einem Haus sitzen.

„Da hängen alle Computer zusammen, die bräuchten das nur abrufen und ich musste immer wieder dahingehen und Neuanträge stellen und so weiter und so fort.“

Der Vater der Kinder zahlt keinen Unterhalt und der Unterhaltsvorschuss vom Sozialamt ist ausgelaufen. Unterhaltsleistungen für Frauen machen insgesamt kaum mehr als 10% ihres Einkommens aus. Sie ermöglicht ihren Kindern wöchentlich den Kontakt zu dem Vater.

„Montags und Freitags besucht er seine Kinder. Die lieben ihren Daddy und je mehr ich da tun würde, desto mehr würde ich mir Eigentore schießen.“

Sie will das Bild, das die Kinder von ihrem Vater haben, nicht zerstören. Man sieht ihr an, wie erschöpft sie von ihrem beschwerlichen Alltag ist. Ich habe dieses Interview selber geführt und gedacht: Wenn da nicht etwas passiert, diese Frau schafft das von ihrem Gesundheitszustand keine zwei Jahre mehr. Welche Folgekosten auf die Kommune zukommen, wenn die Kinder untergebracht werden müssen, liegt auf der Hand. Das Fallbeispiel verdeutlicht ein erhöhtes Armutsrisiko von Allein Erziehenden mit mehreren Kindern, selbst bei Ausübung einer Halbtagsbeschäftigung als gelernte Bürokauffrau. Auch der Entschluss der Mutter, nach der Scheidung in eine kleinere Wohnung zu ziehen, ändert an dieser prekären Lebenslage grundsätzlich nichts. Die Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Folge antizipierter finanzieller Probleme und im Grunde genommen hätte man ihr von Seiten des Wohnungsamtes sagen müssen: „Sie können wohnen bleiben. Sie erhalten auf jeden Fall Wohngeld.“

Wir brauchen ein anderes Verständnis, auch der Behörden, sich als Dienstleister zu sehen und wir brauchen unbürokratische Unterstützung, wenigstens zur Inanspruchnahme von gesetzlichen Mindeststandards. Es gibt keine präventiven Hilfenkonzepte, die die in diesen Haushalten vorhandenen Ressourcen und Eigeninitiativen tatsächlich aufgreifen und konstruktiv einbinden würden. Am besten haben die Kinder- und Jugendhilfe und das Sozialamt bei den Familien funktioniert, die schon über mehrere Generationen beim Sozialamt bekannt sind. Wir haben sie „die verwalteten Armen“ genannt, wo die Kinder tatsächlich - bildlich gesprochen - schon in den Brunnen gefallen sind.

In Familien, die aus diesen Verhältnissen wieder rauskommen möchten, die nicht von Sozialhilfe abhängig sein wollen, funktionieren derzeit, das ist eine unserer Bilanz, diese Hilfesysteme nicht. Eigeninitiative von Haushalten in Armut und prekären Lebenslagen, wie ich sie geschildert habe, führen eher tendenziell zu einem Rückzug der professionellen Hilfesysteme. Damit wird der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und das Konzept vom „aktivierenden Sozialstaat“ konterkariert. Hier - glaube ich - ist enormes Veränderungspotential, das nicht nur mit Geld zu tun hat, sondern vor allem mit Einstellung. Es fehlen passgerechte Hilfen, die die Ressourcen dieser Familienhaushalte einbinden. Das war ein kurzer Blick in die Lebenssituation armer Familien.

Ich möchte noch mal auf die mentalen Barrieren kommen, die ich bei diesem Fall schon angedeutet habe. Mentale Barrieren finden sich quer durch alle Gruppen unserer Gesellschaft. Christine Nüsslein-Volhard, die Nobelpreisträgerin für Medizin, hat sich, bezogen auf ihre Erfahrungen im Umgang mit männlichen Entscheidungsträgern erst geoutet, nachdem sie ihren Nobelpreis hatte. Sie hat gesagt, sie hat über 20 Jahre erlebt, dass männliche Vorgesetzte fest an die Unvereinbarkeit von Mutterschaft und Wissenschaftskarriere glauben:

„Aber gleichzeitig wird in einem anderen Diskussionszusammenhang gesagt: Wissenschaftlerinnen gehören in das Labor und wenn es sein muss am Samstag und abends um 23 Uhr. In wieder anderen Diskussionen wird den Frauen vorgeworfen, dass sie ihre Intelligenz nicht weitervererben. Es sind die gleichen Leute, die einmal so und einmal so und einmal wieder so reden.“

Ich kann ihre Erfahrungen aus dem Arbeitszusammenhang meiner Universität nur bestätigen. Es gibt noch eine erhebliche kulturelle Widerständigkeit. Erstaunlicherweise wird diese dann aufgebrochen, wenn die Herren Professoren selbst Töchter haben, denen sie fest die Daumen drücken, dass sie gut durch das Studium kommen, dass sie ihre Promotion absolvieren und dann stellt sich Mitte 30 spätestens die Frage: Was ist mit Familie? Herr Stoiber ist ein berühmtes Beispiel, aber es kann nicht sein, dass Politik erst funktioniert oder sich verändert, wenn es privat individuelle Aha-Effekte gibt. Da sollten andere Mechanismen greifen und ich bin der Meinung, dass bereits einiges in Gange gekommen ist.

Es liegt nicht an einem geringeren Intelligenzquotienten von Frauen, dass wir in der Bundesrepublik z. B. bei C4 Professuren nur 6,3% Frauenanteil haben. Das hat Konsequenzen für Forschungsfragen, für die Art und Weise wie bestimmte Themen verhandelt werden. An dem Lehrstuhl beispielsweise, an dem ich tätig bin, gibt es eine Majorität von Professoren, die der Meinung sind, die Ernährungswissenschaft sollte eine biochemische Wissenschaft sein, eine reine Naturwissenschaft. Wir erleben erhebliche Widerstände, unsere Themen, die sog. „weichen“ Themen weiter zu platzieren. Ich möchte damit keine Schwarzmalerei betreiben, ich will nur sagen: Es ist ein „Dickes-Bretter-Bohren“, das wir noch vor uns haben. An anderen Studienstandorten wurde die Ökotrophologie, jedenfalls die Haushalts- und Verbraucherborschung, mit dem Hinweis, es könne schließlich jeder einen Kühlschrank öffnen und schließen, das sei nicht nobelpreisverdächtig, abgeschafft.

Den Aspekt der Lohn- und Gehaltsdifferenz kann ich abkürzen, Frau Beck ist schon darauf eingegangen. Ich würde ihn insofern gerne aufnehmen, weil es Gründe hat, warum bereits bei der Geburt des ersten Kindes - in relativ frühen Jahren der Erwerbsbiographie - Frauen weniger verdienen und auf der Entscheidungsebene des Familienhaushalts es haushälterisch ist, zu sagen: „Okay, machen wir es traditionell.“ Wie sind die Lohn- und Gehaltsstrukturen beschaffen? Wir haben männlich und weiblich strukturierte Tätigkeitsfelder, die nach wie vor eine deutliche Schlechterstellung der Frauenberufe beinhalten. Mir scheint es wichtig zu sein, über diesen Punkt auf dem Weg in eine moderne Dienstleistungsgesellschaft zu reden. An dieser Stelle zeige ich gerne im Vergleich den idealtypischen Einkommensverlauf einer durchgängig vollzeitbeschäftigten zu einer Kollegin, die fünf Jahre ihrer Erwerbstätigkeit unterbricht. Sie kann diese Entscheidung bis zum Rentenalter nicht mehr aufholen (vgl. Grafik 8 im Anhang). In der Sprache der Mikroökonomie nennt man das „den unterbrechungsbedingten Humankapitalverlust“ statt die Familienqualifikation als „weiche“ Qualifikation (Kommunikationsfähigkeit, Mana-

gemenfähigkeit) zu sehen, auf die wir in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft angewiesen sind.

Wir werden in der Zukunft, wenn man die Geschlechterdimension entlang des Lebensverlaufs sieht, auf typische Merkmalskonstellationen treffen, die Hochaltrigkeit und die Singularisierung von Pflege betreffend. Das heißt: Je schwerer der Pflegefall, desto stärker konzentriert sich dieser auf eine - in der Regel weibliche - Person. Altern selber ist in hohem Grade ein Prozess, der Frauen trifft. Wir werden in Zukunft das Problem haben: Wie wollen wir mit unseren mehr oder weniger gesunden alten Menschen umgehen? Der Gesundheitsmarkt wird als der Wachstumsmarkt bezeichnet. Wir brauchen ein Setting an ambulanten teilstationären Dienstleistungseinrichtungen, um Menschen möglichst lange zu ermöglichen, in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben und sie entsprechend zu versorgen. Ich empfinde es als Paradoxon unserer bundesrepublikanischen Entwicklung, dass wir weltweit über das dichteste Netz an technisch apparativer Versorgungsstruktur verfügen, z. B. für Schwangere. 71% aller Schwangerschaften werden als behandlungsbedürftige Risikofälle eingestuft. Wenn die Kinder das Licht der Welt erblickt haben, haben wir eine löchrige Struktur, die sich bis in das hohe Alter fortsetzt. Herr Keil hat vorhin darauf hingewiesen, wie problematisch es ist, dass gerade Bildungs- und Beratungsangebote für Familien zurückgefahren werden.

Zwischen 1992 und 1999 hatte der Bereich der personenbezogenen Dienstleistung die größten Beschäftigungszuwächse (vgl. *Grafik 9 im Anhang*). Diese Tendenz verstärkt sich. Ich glaube, dass darin eine Chance liegt, die in unserer Gesellschaft noch nicht hinreichend begriffen wird. Das bedeutet, dass wir die personenbezogenen Dienstleistungsberufe mit mindestens genau der gleichen Aufmerksamkeit verfolgen müssen wie die Debatte um die Informations- und Kommunikationstechnologien. Das ist, so weit ich sehe, im Moment nicht der Fall. Die Vorstellung, dass wir über 400-Euro-Jobs oder demnächst 1-Euro-Jobs diese Problematik zukunftsgerichtet lösen können, ist eine Illusion. Das bedeutet auch, dass wir diese modernen personenbezogenen Dienstleistungsberufe gut neu finanziell bewerten. Das Modell Abakaba (Analytische Bewertung von Arbeitstätigkeiten nach Katz und Baitsch) fördert die Entgeltgleichheit durch diskriminierungsfreiere Arbeitsbewertung. Es hört sich wie Hokusfokus aus der Schweiz an, ist aber meines Erachtens ein Modell, das in die richtige Richtung zeigt. Krankenschwestern hatten geklagt, weil sie vergleichsweise wenig verdienen. 3000 Berufe wurden daraufhin neu eingestuft und es wurden Kriterien berücksichtigt wie: Umgang mit Krankheit und Tod, ständige Unterbrechung der Arbeitsabläufe und ähnliches mehr. Die Folge war, dass 30% der personenbezogenen Dienstleistungsberufe aufgewertet worden sind. Davon haben überwiegend Frauen profitiert. Erstaunlicherweise waren sämtliche Personalagenturen sehr zufrieden. Sie verfügen bei Neueinstellungen jetzt über ein gut nachvollziehbares Modell für die Einstufungen.

Die Einstellung von Matthias Horx (Trend- und Zukunftsforscher) - die Feminisierung von Arbeitswelt und Gesellschaft - ist der Megatrend Nummer 1. Das heißt nicht: Alles wird automatisch gut, sondern diese Prozesse müssen gestaltet werden. Es bedeutet vielmehr, dass wir gut beraten sind die sog. „weichen“ Qualifikationen stärker zu berücksichtigen. Das Kompetenzspektrum, das Kinder beiderlei Geschlechts erlernen müssen, beinhaltet heute sowohl Sachkompetenz als auch soziale und personale Kompetenz.

Meines Erachtens wird momentan im Bereich der Bildungsdiskussion zu wenig darüber nachgedacht, dass wir jungen Leuten erst dann eine Beratung zur Verfügung stellen, wenn sie bereits eine eigene Familie gründen. Diese Themen und dieses Kompetenzspektrum sollte bereits im Rahmen von Schule sehr viel stärker vermittelt werden, und zwar an beide Geschlechter, an Jungen und Mädchen. Das heißt, dass wir eine familienbezogene Bildung brauchen, die vom Kindergarten über die schulische Allgemeinbildung bis hin zu verschiedenen Angeboten der Weiterbildung generationenübergreifend angelegt sein sollte. Die unterschiedlichen Angebote im Umfeld von Familien und von Kindheit müssen miteinander vernetzt werden und sollten zielgruppenorientiert und genderbewusst vorgehen. Wir wissen aus Untersuchungen, dass die Erziehung zu einem bewussten Abbau geschlechtsspezifischer Rollenbilder bereits im Kindergartenalter zu einer deutlichen Verbesserung des sozialen Klimas in den Kindergärten beiträgt.

Mit solchen Erfahrungen können auch Angebote der Familienbildung im Erwachsenenbereich anders aufgebaut werden als das heute der Fall ist. Wir haben in Gießen ein mehrschrittiges Handlungskonzept zur präventiven Familienbildung entwickelt, das die Bedeutung dieser präventiven Bildungsarbeit zur Vermittlung von Alltagskompetenzen betont. Wir haben uns beispielsweise mit den folgenden Fragen auseinandergesetzt:

- Wer führt diese Bildungsmaßnahmen durch?
- Welche Art von Öffentlichkeitsarbeit braucht man?

Fast am Schluss möchte ich dafür plädieren, dass die Familienverbände sich das Konzept von Gender-Mainstreaming intensiv anschauen. Es hat Charme und es hat Schlagkraft, weil es nicht nur um die Gleichstellung von Männern und Frauen geht, sondern die Gleichwertigkeit von männlichen und weiblichen Lebenserfahrungen, Kompetenzen und Lebensmustern betont. Das Konzept des Gender-Mainstreaming trägt auch zur Stärkung von Familie und den sie ergänzenden Infrastrukturen bei, in dem es die lange Jahre vernachlässigten, trivialisierten und gering geschätzten Alltagskompetenzen in den Mittelpunkt stellt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist tatsächlich eine strategische Thematik für eine zukunftsorientierte Institutionen-Politik. Das beinhaltet auch, dass die Vertreter/innen von Familienverbänden sich als Anwalt für Menschen fühlen, die in sehr unterschiedlichen familiären Lebensformen leben und familienergänzende Einrichtungen brauchen, die sie in ihrem Alltagsablauf unterstützen. Wir brauchen eine zeitsensible Gesellschafts- und Familienpolitik. Ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Problematik im siebten Familienbericht zu thematisieren.

Zum Schluss möchte ich ansprechen, dass wir gut beraten sind, die Diskussion über die Leitbilder in unserer Gesellschaft zu überprüfen. Solange unsere Gesellschaft das Leitbild des mobilen und flexiblen Individuums propagiert, das heute in Frankfurt und morgen in Tokio vollen Einsatz im Erwerbsleben zeigt und somit Aufgaben, die in und um Familie anfallen, nicht leisten kann, bleibt unsere Gesellschaft unglaublich bei der Antwort auf die Frage, wie die postmoderne Wissensgesellschaft in Zukunft ihre generative Sorge und Familienarbeit organisieren will.

Herzlichen Dank.

Diskussionsrunde

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Wassilios F. Fthenakis

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Katholische Fachhochschule für Sozialwesen, Berlin

Gerechtigkeit und Solidarität als Grundprinzipien sozialer Sicherung und sozialer Förderung von Familien

Herzlichen Dank für die Einladung, die ich sehr gerne angenommen habe. Mir ist bewusst, wenn ein männlicher, katholischer Moraltheologe, Rektor einer Katholischen Hochschule für Sozialwesen, zum Thema „Familie“ vortragen, bzw. Inputs für eine hoffentlich lebhafte Diskussion beisteuern soll, dass er in der Regel mit ganz bestimmten Vorerwartungen, sogar mit Vorbeurteilungen konfrontiert wird: Ich muss Sie enttäuschen, wenn Sie erwarten, dass ich über die christliche Familie, über das christliche Familienideal als die einzige und vor allen Dingen Gott gewollte Lebensform spreche. Mein Vortrag mag zwar sicherlich auch Gott gewollt sein, sonst stünde ich als Moraltheologe nicht für das, was ich sagen würde, aber er hat weniger mit christlichen Idealen zu tun, sondern ist mehr eine Erkundung der moralischen Landschaft einer demokratischen und sozialen Gesellschaft, die, das sei mir als letzter Appendix eines Moraltheologen noch zu sagen erlaubt, auch Gott gewollt ist.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Gliederung des Vortags vorliegen:

- Vorbemerkungen
- Familien heute unter Modernisierungsdruck
- Dimensionen und familienpolitische Bewährungsfelder der Gerechtigkeit
- Solidarität als Urprinzip familiärer Lebensformen
- Verlässliche Lebensführung – der Nachhaltigkeitsindex sozialer Sicherung und Förderung von Familien

Vorbemerkungen

Vielleicht sind Sie durch meine Themenstellung irritiert, denn normalerweise sind wir gewohnt, wenn wir von Familie sprechen, zu denken, dass soziale Sicherung und soziale Förderung in unserer Gesellschaft durch Familien geleistet werden. Familie gehört, neben Erwerbsarbeit und Eigentum, klassischerweise zu den drei primären Säulen der Daseinsvorsorge, und die sozialen Sicherungssysteme sind als subsidiäre, sekundäre Sicherungssysteme, jedenfalls vom Grundsatz her, nachgelagert. Ich behaupte, dass es ein Gebot von Gerechtigkeit und Solidarität ist, nicht nur Familie einzufordern, sondern Familien selbst in ihrer Sicherheit zu stabilisieren und zu fördern. Die eigentliche Säule der sekundären Sicherung, unsere sozialen Sicherungssysteme, organisieren wir überwiegend über Versicherungen und in einem Fall - die Sozialhilfe - als staatliche Fürsorgeleistung. Es ist ein Gebot der Stunde, auch für den Erhalt und die Förderung der primären Säulen der Daseinsvorsorge von Menschen in dieser Gesellschaft zu sorgen. Zu den primären Säulen gehört neben Privateigentum und Erwerbsarbeit selbstverständlich die Familie. So verstehe ich auch Art. 6 unseres Grundgesetzes, der den besonderen Schutz von Ehe und Familie vorsieht. Das Grundgesetz bewahrt nicht etwas Antiquiertes vor Zugriff anderer, sondern schützt und betont die Institution Familie als ein wichtiges Fundament der Daseinsvorsorge unserer Menschen, die gefördert werden soll. Gerecht und solidarisch soll diese Förderung sich vollziehen.

Die Grundprinzipien Gerechtigkeit und Solidarität, meine Damen und Herren, sind deshalb für die soziale Förderung von Familien bedeutend, weil, nach meinem Dafürhalten, die soziale Sicherung in Deutschland, auch wenn das nicht immer reflektiert wird, ein Gebot der Menschenrechte ist und nicht der Barmherzigkeit. Menschenrechtliche Begründung heißt: Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität, Menschen die persönliche Lebensführung zu ermöglichen. Soziale Sicherung bedeutet in erster Linie die Sicherung der persönlichen Lebensführung von Menschen und erst in zweiter Linie die Sicherung gesellschaftlicher Interessen. Ich betone das deshalb ausdrücklich, weil ich mich dagegen verwahre, Familie nur deshalb wieder wertzuschätzen, weil sie als Reproduktionsfaktor gesellschaftlich wichtig ist. Diese Funktion hat sie sicherlich auch, das möchte ich nicht leugnen. Gesellschaftliche Interessen können aber nicht

die primäre Begründung sein, wenn wir nicht auf die Argumentation Otto von Bismarcks zurückgehen wollen, der die soziale Sicherung eingeführt hat: weniger im Interesse einzelner Menschen, das nahm er sicherlich bedingt in Kauf, sondern im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhaltes des Zweiten Deutschen Reiches.

Meine Damen und Herren, ich möchte in dieser Vorbemerkung noch einen Hinweis zur Methode machen. Zunächst nehme ich die Familie in den Blick, die gerecht und solidarisch gefördert werden soll, und konzentriere mich anschließend auf grundsätzliche Fragen. Als Ethiker leiste ich in der Regel Grundlagenreflexion. Ich versuche, Kategorien der Diskussion transparenter zu machen. Einer Diskussion, die Sie als Fachleute bzw. bestenfalls natürlich auch die Öffentlichkeit einer demokratischen Gesellschaft selbst zu führen haben. Meine Rolle als Ethiker besteht darin, das eine oder andere Handwerkszeug bereitzustellen

Familien heute unter Modernisierungsdruck

Fünf Gesichtspunkte möchte ich als kurze, eher holzschnittartige Charakterisierung von Familien heute vortragen. Diese Punkte sind für Sie nichts Neues, dennoch - glaube ich - wichtig, damit Sie wissen, von welchem Familienverständnis, von welcher Situation familiärer Lebensform ich ausgehe, wenn ich die anstehenden sozialetischen Reflexionen vornehme.

Entscheidende Wandlungsprozesse haben Familie und familiäre Lebensform in den letzten 150 bis 200 Jahren durchgemacht. Wir wissen, dass Familie ursprünglich der Eukos im Sinne einer Hausgemeinschaft gewesen ist, die alltagnotwendig für das Überleben von Menschen war. Sie hat, und darauf weisen Elisabeth Beck-Gernsheim und andere Autor/innen hin, eine erstaunliche Wandlung vollzogen hin zu einer intimen Wahlverwandtschaft. Eine intime Wahlverwandtschaft, die selbst wiederum, insbesondere in den letzten 40 bis 50 Jahren, eine erstaunliche Mutation erfahren hat, weg von einer christlich - bürgerlichen Kleinfamilie im Sinne einer Lebensgemeinschaft von Eltern mit nichtvolljährigen Kindern, hin zur Zwei- bzw. Mehrgenerationengemeinschaft. Familie sind nicht nur Ehepaare und unverheiratete Paare mit Kindern, sondern auch Einelternfamilien, Stieffamilien, gleichgeschlechtliche Familien, Erwachsene mit alten Eltern usw. Inseminationsfamilie, diesen Begriff habe ich heute neu gelernt, gilt ebenfalls als eine neue Familienform. Typische Kennzeichen moderner Familie, auch das ist Ihnen geläufig, sind

- die Intimisierung der Beziehung
- eine Emotionalisierung der Beziehung und
- eine Wir-Orientierung in der gemeinsamen Lebensführung

Diese Wir-Orientierung wird gelegentlich mit dem Euphemismus „partnerschaftliche Lebensform“ beschrieben. Ich sage deshalb bewusst Euphemismus, weil der Begriff Partnerschaft Konfliktlosigkeit impliziert. Wir alle wissen, dass Partnerschaften natürlich mit erheblichen Konflikten über gemeinsam auszuhandelnde Vereinbarkeitsleistungen zu kämpfen haben. Oftmals mit Erfolg, aber dennoch mit erheblichen Reibungsverlusten und Konflikten. Aus diesen typischen Kennzeichen einer modernen Familie lassen sich elementare Familienleistungen für eine moderne Familie beschreiben. Ich sage bewusst, Familienleistung, private und öffentliche Familienleistung, und ich verstehe darunter nicht jene Leistungen, die das staatliche Gemeinwesen für Familien aufbringt, sondern welche Leistungen familiäre Lebensformen und quasi familiäre Lebensformen, sowohl für Privatpersonen aufzubringen in der Lage sind oder in der Lage sein müssen, als auch öffentlich, für das Gemeinwesen, für die Gesellschaft.

Ich schließe mich den Einschätzungen von Franz-Xaver Kaufmann und Arthur Herte an. Sie sagen, dass Familien solche partnerschaftlichen Intimgemeinschaften sind, in denen Menschen ihre identitätsstiftenden Bedürfnisse nach personaler Zuwendung und Annahme, nach Zugehörigkeit und Geborgenheit, nach Unterstützung und Solidarität zu befriedigen suchen. Das ist eine entscheidende Basisbedingung für das, was ich die „menschenwürdige Lebensführung“ im Vollzug personaler Freiheit nennen möchte. Familie ist eine Lebensform, die für die Individuierung in Form von (Ver-)Gesellschaftung eines jeden Menschen unverzichtbar ist.

Neben dieser Aufgabe der privaten Beziehungsleistung, die ich deshalb unterstreichen möchte, um konsequent zu sein, da ich weiter oben ausgeführt habe: bei sozialer Sicherung geht es primär um menschenwürdige Lebensführung von einzelnen Personen und nicht um gesamtgesellschaftlichen Interessen. Neben diesen privaten Beziehungsleistungen erbringen selbstverständlich familiäre Lebensformen auch öffentliche - sozialwissenschaftlich formuliert - Produktions- bzw. Reproduktionsleistungen. Hier wird das Humanvermögen, das gesellschaftlich notwendig ist, produziert und regeneriert. Familie ist selbstverständlich auch ein Ort, an dem Menschen ihre Lebenskraft für den Erwerbsarbeitsmarkt wiederherstellen. Beziehungsleistungen und Reproduktionsleistungen sind inkommensurabel, sie lassen sich offensichtlich nur in Familie bzw. in quasi familiären Lebensformen erwirtschaften. Hier liegt, unter sozialetischer Sicht, der zentrale Legitimationsgrund für die soziale Sicherung und Förderung von Familien bzw. quasi familiären Lebensformen als öffentliche Aufgabe. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Solidarität, Familien bzw. quasi-familiären Lebensformen eine öffentliche Sicherung und Förderung angedeihen zu lassen. Es ist kein Gebot, Familie nur dort, wo sie materiell oder auch im Rahmen nicht-materieller Lebenslagen unter Druck und in prekäre Lebenslagen gerät, barmherzig zu unterstützen.

Ich möchte kurz zu den spezifischen Modernisierungsdrücken von Familie und quasi-familiären Lebensformen ein Stichwort nennen: Das Stichwort von Frank-Xaver Kaufmann der sog. „strukturellen Benachteiligung in unserer Gesellschaft“. Das Überzeugende an dem Argument von Frank-Xaver Kaufmann besteht nach meinem Dafürhalten insbesondere darin, dass er sagt, dass das Gebot der Indifferenz, der Nichteinmischung, einer pluralen Gesellschaft gegenüber den Lebensformen ihrer Mitbürger/innen ein Verdienst einer modernen Gesellschaft ist. Diese eigentlich begrüßenswerte Indifferenz, z.B. Heirat nicht vorzuschreiben, benachteiligt aber faktisch solche Lebensformen. Das strukturelle Benachteiligungsmoment liegt darin, dass andere Lebensformen in eine Situation des besseren Verdiensts bzw. der besseren materiellen Reproduktion kommen. Diese Argumentation von Frank-Xaver Kaufmann halte ich für sehr überzeugend. Sie findet sich bereits in den Ausführungen des fünften Familienberichts.

Familien leiden als ein besonderes Zeichen der Modernisierungstendenzen in unserer Gesellschaft unter einem doppelstrukturellen ökonomischen Druck: Sie sind stärker belastet durch die Aufwendung für ihre Kinder und durch Mindereinnahmen aus eigener Erwerbsarbeit. Diese Tendenzen sind empirisch reichlich nachgewiesen. Familien haben eine brüchigere private Daseinsvorsorge sowohl in der Eigentumbildung als auch bei der Erwerbstätigkeit in Gegenwart und Zukunft. Sie haben im Schnitt eine geringere Basis für ihre Alterssicherung. Familien befinden sich daher schnell in armutsnahen Lebenslagen. Armut in Deutschland nimmt sowohl geschlechtsspezifisch und als auch bezogen auf Familie und Kinder zu. Sie kennen sicher alle den Begriff Infantilisierung der Armut. Bei Armutsstudien und bei der Lebenslagenuntersuchung der Bundesregierung werden unsere Spitzenverdiener nicht berücksichtigt. Es wird ein Meridian gebildet, in dessen statistisches Mittel, nach meinem Kenntnisstand, die extremen Spitzen zu 5% und die extremen Ausreißer nach unten zu 5% nicht gewichtet werden. Die relative Armutsgrenze ist keinesfalls abhängig von Großverdienern wie Michael Schumacher, sondern von den gewöhnlich Wohlhabenden in einer Gesellschaft. Dies gilt es zu bedenken, wenn wir über relative Armut sprechen.

Dimensionen und familienpolitische Bewährungsfelder der Gerechtigkeit

Es wird viel über Gerechtigkeit gesprochen, es wird auf sie Bezug genommen. Mir fällt als Beobachter dieser Diskussion auf, dass sich nicht nur alle auf Gerechtigkeit beziehen, sondern dass in vielen öffentlichen, insbesondere auch familienpolitischen oder sozialpolitischen Debatten sehr unterschiedliche Verständnisse oder Dimensionen von Gerechtigkeit gemeint sind. Deshalb scheint es sinnvoll zu sein, sich des wichtigsten Elementes von dem, was soziale Gerechtigkeit meint, zu vergewissern und mögliche Impulse für eine familienpolitische Zukunftsstrategie zu untersuchen. Es ist die Fundamentalaufgabe von Gerechtigkeit, die Gewährleistung gleicher Menschenwürde aller zu erwirken. Gerechtigkeit ist nicht eine sozialromantische oder linke Idee. Sie stand bereits an der Wiege der bürgerlichen Revolution. Die Revolutionäre von 1789 wussten, dass Freiheit nur im Sinne von Gleichheit und im Sinne von Gerechtigkeit, solidarisch zu erzielen war. Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bedingen sich gegenseitig,

fehlt ein Aspekt, gibt es keinen der Drei. Gerechtigkeit hat die fundamentale Aufgabe, gleiche Menschenwürde aller zu gewährleisten. Ich habe versucht, die Definition von „sozialer Gerechtigkeit“ wie folgt zu formulieren. Gerecht ist, was

- gleiche Rechte und Pflichten begründet
- einen Ausgleich von Leistung und Gegenleistung gewährleistet
- für alle eine Mindestausstattung an Grundgütern sichert und
- strukturelle Ursachen von ungleich verteilten Beteiligungschancen an der gesellschaftlichen Entwicklung abbaut

Das ist keine Erfindung von mir, sondern bezieht sich einerseits auf die katholische Soziallehre, andererseits auch die Sozialphilosophie von John Rawls.

Drei Koordinaten von Gerechtigkeit

- Gesetzesgerechtigkeit: alle haben gleiche Rechte
- Leistungsgerechtigkeit: gleiches Verhältnis von Leistung und Gegenleistung
- Verteilungsgerechtigkeit: gleiche Zugangschancen auf menschenwürdige Lebenslagen

Zunächst bedeutet Gerechtigkeit: „alle haben gleiche Rechte“. Ich werde später substantiieren, wo das sozialpolitisch in der aktuellen Debatte ein Desiderat findet oder finden kann.

Als zweiten Aspekt umfasst soziale Gerechtigkeit Leistungsgerechtigkeit, verstanden als gleiches Verhältnis von Leistung und Gegenleistung. An dieser Stelle möchte ich bemerken, dass ich die heftigen Kritiker von Leistungsgerechtigkeit nicht verstehe, weil es immerhin ein urmarxches Anliegen war, auf die Angemessenheit von Leistung und Gegenleistung hinzuweisen, nämlich auf die erbrachte Arbeitsleistung und ein angemessenes Entgelt für eine Arbeitsleistung. Diese Korrespondenz im Sinne einer angemessenen Leistung und Gegenleistung ist, glaube ich, ausgesprochen wichtig. Solche Leistungen und Gegenleistungen sind nicht nur Dimensionen des Erwerbsarbeitsmarkts, sondern es werden im Kontext von Familie andere Leistungen erbracht, die entsprechende Gegenleistungen von einer Gesellschaft erfordern.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört als dritter Aspekt die Beteiligungsgerechtigkeit, sie wird auch Verteilungsgerechtigkeit genannt. Gemeint sind, unter anderem, gleiche Zugangschancen auf menschenwürdige Lebenslagen, z.B. Bildungsbeteiligung. In den verschiedensten Politikfeldern können wir diese Form von Verteilungsgerechtigkeit, von Zugangschancen durchdeklinieren. Insbesondere im Kontext nicht-materieller Lebenschancen wie Bildung, Gesundheit usw. reden wir gerne von Beteiligungsgerechtigkeit.

Diese drei klassischen Koordinaten der Gerechtigkeit können durchaus in Widerstreit geraten. Dieser Widerstreit ist in der aktuellen Debatte zwischen Leistungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit wieder zu finden. Zur Veranschaulichung: Leistungsgerechtigkeit wird insbesondere von jenen eingefordert, die durch Erwerbstätigkeit oder andere Dinge besondere Leistung erbringen und eine angemessene Gegenleistung im Sinne eines Nettoeinkommens erhalten möchten. Für sie ist der Umverteilungsmechanismus über direkte und indirekte Steuern oder über Abgaben nicht besonders erstrebenswert. Sie sehen darin das Gebot der Leistungsgerechtigkeit im Sinne des angemessenen Austauschverhältnisses beschädigt. Auf der anderen Seite machen sich für die Verteilungsgerechtigkeit insbesondere jene stark, wie ich meine zurecht, die sagen, dass eine Unterstützung beim Zugang zu Bildung und Gesundheit und anderen materiellen oder immateriellen Gütern einer Gesellschaft nicht nur darauf geachtet werden darf, was ein Mensch aktuell ökonomisch zu leisten imstande ist. Elementare Grundgüter müssen einem jeden Menschen, unabhängig der Leistungsfähigkeit, zur Verfügung gestellt werden. Es muss mindestens ein Existenzminimum auf der Ebene des soziokulturellen Existenzminimums gewährleistet sein.

Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit sind zwei unterschiedliche Größen innerhalb eines gemeinsamen Gerechtigkeitsbegriffes. Es gibt Überlegungen, diese miteinander widerstreiten-

den Ansätze von Gerechtigkeit miteinander zu vermitteln. Ein relativ berühmter Vermittlungsansatz, auf den in vielen sozialpolitischen Diskussionen Bezug genommen wird, ist das sog. „Differenzprinzip“ von John Rawls, das sich auch in der klassischen katholischen Soziallehre und bereits in der Antike findet. John Rawls hat seine berühmte „Theorie der Gerechtigkeit“ in den 70er Jahren vorgelegt. Er sagt zunächst, dass Gerechtigkeit dort besteht, wo allen Menschen die gleichen Zugangschancen zu politischen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen offen stehen. Allerdings gibt es in jeder Gesellschaft auch Ungleichheiten, z.B. nach Einkommen und Eigentum. Dies gilt schon alleine unter Maßgabe des Kriteriums von Leistungsgerechtigkeit. Soziale Ungleichheit, nicht nur materielle Ungleichheit, auch Ungleichheit an Bildungsgütern, ist dort im Prinzip gerecht, wo ihr Vorhandensein immer auch zum Nutzen der am wenigsten Begünstigten eingesetzt wird. Dieses Differenzprinzip ist zunächst einmal ein sehr theoretisches Prinzip. Es bildet die Legitimationsgrundlage dafür, dass wir in unseren Sozialsystemen beispielsweise progressive Besteuerung haben oder progressive Abgaben in der Krankenversicherung leisten. Die Gegenleistung bleibt gleich. Insbesondere bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist dieses Prinzip noch erhalten. Das Differenzprinzip ist die sozialethische Begründung für progrediente Steuersätze.

Ich möchte aus den vielen Feldern, an denen man das Gerechtigkeitsprinzip diskutieren könnte, nur wenige Beispiele aufgreifen. Ich möchte Ihnen aufzeigen, dass ich als Ethiker nicht nur allgemeine Prinzipienlehre betreibe, sondern mich in das Handgemenge alltäglicher Auseinandersetzungen begeben. Prüfen wir, ob solche Prinzipien und Gerechtigkeitsgrundsätze aussagekräftig für konkrete Debatten sind.

Ich nehme als ersten Punkt ein aktuelles Thema, zudem ich mich bereits in meinem katholischen Kontext öffentlich geäußert habe und kritisiert worden bin: der Gleichheitsgrundsatz bei staatlichen Fürsorgeleistungen im Zusammenhang mit der Absenkung der Regelsätze der Arbeitslosenhilfe, des neuen Arbeitslosengeld II, auf Sozialhilfeniveau. Ich sage Ihnen ganz offen, dass diese Absenkung aus dem Gerechtigkeitsgrundsatz der Gleichheit gerecht ist. Arbeitslosenhilfe ist eine Fürsorgeleistung und keine Versicherungsleistung. Sie hat als einzige Fürsorgeleistung des Staates in Abhängigkeit zu vorher erworbenen Arbeitslosengeldansprüchen gestanden. Das ist ein Systembruch. Es ist eine Besserstellung von Erwerbslosen gegenüber Sozialhilfeempfängern. Missverstehen Sie mich nicht, ich sage nicht: Das muss so sein. Wenn wir in einer Gesellschaft der Auffassung sind, dass diese Sozialhilfe ausreicht (und ich bin nicht der Auffassung, dass sie in allen Lebenslagen ausreicht, insbesondere nicht für Mehr-Personen-Haushalte, aber das ist eine andere Debatte), dann wurde bei der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf ALG II ein Gerechtigkeitsdefizit behoben. Da es sich um eine staatliche Fürsorgeleistung handelt, ist, nach meinem Dafürhalten, eine Gleichheit herzustellen. Ich sage das bewusst so provozierend, weil es mit Familie zu tun hat. Das Argument für eine im Verhältnis zur Sozialhilfe höheren Arbeitslosenhilfe, das auch die katholische Kirche bis vor kurzem vertreten hat, bedeutet vereinfacht: Arbeitslose haben vorher etwas geleistet, sie waren erwerbstätig und haben zum allgemeinen Steueraufkommen beigetragen. Das ist richtig, aber hat eine alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin mit zwei, drei Kindern nichts geleistet? In der bisherigen Philosophie der Sozialgesetzgebung wurde Erwerbsarbeit doppelt honoriert. Deshalb sage ich sehr deutlich, dass ein Gerechtigkeitsdefizit behoben wurde. Die Alternative wäre die Anhebung der Sozialhilferegelsätze.

Der zweite Punkt, an dem nach meinem Dafürhalten der Gerechtigkeitsgrundsatz einer familienpolitischen Bewährungsprobe zu unterziehen ist, ist der Familienlastenausgleich. Ist der Familienlastenausgleich, wie er in der Regel in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ein Gebot der Verteilungsgerechtigkeit, im Sinne von Bedarfsgerechtigkeit? Oder ist er vielmehr ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit? Müssten wir aufgrund der Leistung, die Familie und quasi-familiäre Lebensformen für eine Gesellschaft erbringen, zukünftig weniger von Familienlastenausgleich als von einem Familienleistungsausgleich sprechen? Wir würden die Frage von der Verteilungsgerechtigkeit zu einer Leistungsgerechtigkeit überführen. Diese Fragestellung, scheint mir, würde die Ausgangssituation der Diskussion z.B. mit Doppelverdienern ohne Kinder, sehr verändern.

Ich möchte es an dieser Stelle mit den Beispielen bewenden lassen und einen Exkurs zum Thema Gerechtigkeit und Familienstrategie anschließen. Meine Damen und Herren, hoffentlich ist Ihnen durch meine Ausführungen plausibel geworden, dass es gute Gründe gibt, Familie nicht nur an der sozialen Sicherung der Gesellschaft zu beteiligen, sondern sie selbst als Institution zu fördern. Kontrovers diskutiert wird die Frage, inwieweit sich die Sicherung und Förderung von Gerechtigkeit und Solidarität nur auf die Rahmenbedingungen, unter denen Familie heute leben muss, erstreckt oder ob es ebenfalls eine öffentliche Aufgabe ist, auch innerhalb der Familie für mehr Gerechtigkeit und Solidarität zu sorgen. Die eine Position besagt, dass die innerfamiliäre Lebenssituation eine Frage der persönlichen Beziehungsgestaltung ist. In diesem Bereich kann die Gesellschaft Wünsche formulieren, aber nicht mit ausgestalten, da er der Privatautonomie unterliegt. Dagegen kann argumentiert werden, dass Familie kein Selbstzweck ist. Familie gilt, mit Blick auf Beziehungen, der Individuierung von Einzelpersonen. Sie ist selber ein subsidiäres Netz gegenüber einzelnen, mit Menschenwürde ausgestatteten Familienmitgliedern, deren Einzelinteressen im Zweifelsfall zu schützen und zu fördern sind. Dieses Erkenntnis ist schon beinahe so banal, dass wir uns keine Gedanken mehr darüber machen. Das KJHG und das Familienrecht fußen auf dieser Einsicht, sie sollen deshalb hier genannt sein als ein Aspekt von Gerechtigkeit und Solidarität.

Familie ist weder Selbstzweck noch eine Black-Box, die die Gesellschaft zu fördern hat, aber deren Innenleben die Gesellschaft nicht zu interessieren hat. Es muss die Gesellschaft interessieren aus Gründen von Gerechtigkeit, Solidarität und menschenrechtlichen Grundlegungen. Aus solchen Überlegungen ist es sinnvoll und - wie ich meine - begründbar, dass z.B. die Geschlechterarrangements innerhalb von Partnerschaften, seien sie jetzt „normale“ Ehen, seien sie quasi-eheähnliche Lebensformen, eine Frage ist, über die sich im Zweifelsfall eine Gesellschaft Gedanken machen sollte. Es stellt keinen Verstoß gegen Gerechtigkeit und Solidarität dar, wenn beispielsweise durch Anreizstrukturen die strikte Parität der Erziehungszeit zwischen Männern und Frauen gefördert wird, um gegen die nach wie vor dominante Arbeitsteilung in vielen Familien anzugehen. Nicht im Sinne einer Vorschrift; sie werden aus guten Gründen Frauen nicht verbieten können, die ganze Zeit für ihren Mann zu kochen und die Familien- und Erziehungsarbeit zu übernehmen. Nicht durch Verbote, aber durch eine familienpolitische Strategie können sehr wohl die Rahmenbedingungen verändert werden.

Solidarität als Urprinzip familiärer Lebensformen

Solidarität nenne ich das Urprinzip familiärer Lebensformen. Wenn ich mich mit Solidarität befasse, nehmen Sie es mir nicht übel, dass ich meine christliche Tradition einbeziehe. Es gibt das Zehnwort vom Sinai, bekannt als die zehn Gebote. Sie kennen das vierte Gebot und ich interpretiere dieses Gebot als eine Form der gerechten intergenerationalen Solidarbeziehungen:

„Ehre deinen Vater und deine Mutter, wie es dir der Herr, dein Gott, zur Pflicht gemacht hat, damit du lange lebst und es dir gut geht in dem Land, das dein Herr, der Gott, dir gibt.“

Bedauerlicherweise wird das vierte Gebot in jüngster Zeit so interpretiert, als wäre es ein Gebot für kleine Kinder, gehorsam gegenüber ihren Eltern zu sein. Die Adressaten dieser Forderung des Dekalogs waren erwachsene Menschen, relativ gut situierte Bauern. Das Gebot handelt von der Solidarität mit jenen Eltern, die sich nicht mehr ihren Lebensunterhalt verdienen konnten. Es fordert, dass die nunmehr erwachsene, leistungsfähige Generation für das Auskommen der Alten zu sorgen hat. Das galt im Verband einer Mehrgenerationengroßfamilie, dem Eukos. Heute wird die Meinung vertreten, dass diese ursprüngliche Solidarbeziehung spätestens seit unserem sozialen Sicherungssystem, insbesondere der Rentenversicherung, obsolet geworden ist. Ich bin der Auffassung, dass das nicht richtig ist. Die Solidarbeziehung existiert weiterhin, sie ist heute allerdings anonymisiert und universalisiert worden. Ich finanziere nicht mehr die Rentenansprüche meiner Mutter. Ich finanziere die Rentenansprüche der älteren Generation. Aber es bleibt eine intergenerationale Solidarbeziehung. Es ist mittlerweile unerheblich, wie ich meine sogar sinnvoll, dass es im Rahmen einer zwangssolidarischen Umverteilung erfolgt. Zwangssolidarisch heißt, durch den Staat über festgesetzte Umverteilungsmechanismen gere-

gelt. An diese nach wie vor wichtige Grundidee, die sich im Dialoggebot ausdrückt, ist zu erinnern und auf die Errungenschaften der Universalisierung und Anonymisierung von Solidarbeziehungen ist hinzuweisen. Diese Form von Anonymisierung und Universalisierung der Solidarität zwischen den Generationen hat vielleicht mit dazu beigetragen, dass sich heute Menschen unverkrampfter familiären Beziehungen und Bindungen nähern können, weil sie von einer strukturierten, persönlichen Zwangssolidaritäten mit erhöhtem sozialen Konfliktpotential befreit sind.

Es gibt, meine Damen und Herren, solidarische Selbsthilfe, die individuelle Vorsorge durch private Eigentumsbildung und die kollektive Vorsorge durch private und öffentliche Versicherungen. Zunächst einmal ist Selbsthilfe nicht nur der Bereich der Eigenverantwortung, in dem ich mir meine persönliche Daseinsvorsorge erwirtschaftete, sondern im Rahmen der öffentlichen Versicherungen, z.B. der gesetzlichen Rentenversicherung, die kollektive Vorsorge. Ich erlaube mir, an Oswald von Nell-Breuning zu erinnern, der in den 50er und 60er-Jahren gesagt hat:

„Streng genommen dürfen wir Rentenzahlungen nicht als Sozialtransfer definieren, sondern sie sind ein Rücklauf von Eigentumsansprüchen, die im Zuge der Erwerbsbiographie angesammelt wurden.“

Wieso werten wir Kapitalvermögen, heute würden wir sagen Aktienfonds, früher war es das Sparguthaben oder die Immobilie, anders als beispielsweise jene finanziellen Rücktransfers aus der Rentenkasse an die Rentner. Vorausgesetzt, dass die Rentenkasse, idealtypisch gesprochen, sich vorher aus den Beiträgen der Erwerbstätigen gespeist hat. Diese Überlegungen in den Blick zu nehmen, halte ich für wichtig, auch wenn mir bewusst ist, dass die Rentenanprüche der Höhe nach durch die vorher eingezahlten Beiträge nicht komplett abgegolten werden konnten. Die Dynamik der Rente und die Höhe der Ansprüche sind gewachsen. Das stellt die Solidarität auf eine Bewährungsprobe.

Ich möchte auf eine weitere Bewährungsprobe hinweisen, die derzeit tagespolitisch sehr aktuell ist, die Diskussion über die gesetzliche Krankenversicherung. Man kann die gesetzliche Krankenversicherung unterschiedlich organisieren: Es gibt für zwei grundsätzliche Modelle jeweils stichhaltige Argumente. Ich bin kein Fachmann und habe in dieser Frage mehr eine Meinung als Bürger denn als Ethiker. Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, dass die GKV, die gesetzliche Krankenversicherung, bislang mindestens vier Hauptachsen der Solidarität organisiert:

- die Solidarität der Gesunden mit den Kranken
- die Solidarität von Reichen mit Armen (Armut nicht im Sinne des Armutsbegriffes, sondern als weniger verdienend gemeint)
- die Solidarität von Einzelpersonen mit Familien, durch die Familienmitversicherung
- die Solidarität von Arbeitgebern mit Arbeitnehmern

Diese Solidarachsen sind in den letzten Jahren schon vielfach porös geworden sind, weil

- es Beitragsbemessungsgrenzen gibt,
- faktisch der Arbeitgeberanteil nicht mehr dem Arbeitnehmeranteil entspricht,
- die Pflegeversicherung faktisch nur von den Arbeitnehmer/innen finanziert ist, wenn man die steuerlichen Finanztransfers außen vor lässt.

Aber im Grundsatz gelten diese vier Solidaritätshauptachsen noch. Das wäre beim Umstieg zu einem Gesundheitsprämienmodell anders. Es gäbe in diesem Modell nach wie vor im Grundsatz eine Solidarachse zwischen Gesunden und Kranken. Andere Solidarachsen werden vermutlich außerhalb des Systems finanziert. Wenn man das „Kopfgeldmodell“ der CDU betrachtet, dann wird die Solidarität zwischen arm und reich innerhalb des Steuersystems und nicht mehr innerhalb des Gesundheitssystems organisiert. Dafür mag es gute Gründe geben. Ich will darauf aufmerksam machen, dass die Organisationsstruktur einer Sozialversicherung, in diesem Fall der gesetzlichen Krankenversicherung, durchaus unter dem Gesichtspunkt der Grund-

prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität zu diskutieren ist. Man kann das eine oder andere tun, aber man sollte wissen, was man tut, mit Blick auf die sozialetische Dimension.

Verlässliche Lebensführung - der Nachhaltigkeitsindex sozialer Sicherung und die Förderung von Familien

Zum Schluss möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der meiner Meinung nach in der gegenwärtigen Debatte nicht vergessen, aber zu wenig berücksichtigt wird. Es ist eine Seite, soziale Sicherungssysteme institutionell zu verankern und nachzuweisen, dass die meisten Menschen nicht in Armut fallen, da es eine objektive Sicherung über unser Sozialversicherungssystem gibt. Die andere Seite berücksichtigt, ob Menschen als entscheidende Ressource das Gefühl subjektiver Sicherheit besitzen, auf die Frank-Xaver Kaufmann bereits 1973 hingewiesen hat. Die objektive Seite von Sicherungssystemen muss immer mit der Seite subjektiver Sicherheitsbefindlichkeiten korrespondieren, sonst nützt das System sozialer Sicherheit relativ wenig. Menschen müssen überzeugt sein, dass sie in 15, 20 oder 30 Jahren prinzipiell sozial gesichert sind. Wenn sie dieses subjektive Sicherheitsgefühl für die Zukunft nicht haben, dann werden ihre Lebensentscheidungen heute davon beeinflusst, trotz objektiv vielleicht vorfindbaren Sicherheiten. Bei den geforderten und anstehenden Reformen und Umstrukturierungen sozialer Sicherungssysteme muss in jedem Fall dieses Moment der Verlässlichkeit, des Vertrauens in die Systeme ernst genommen werden. Diese Frage ist ein Herzstück unserer derzeitigen Diskussion über soziale Sicherungssysteme und nicht nur ein Appendix der Debatte oder ein Vermittlungsproblem in der Öffentlichkeit.

An dieser Stelle möchte ich meinen Vortrag beenden und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Diskussionsrunde

Stephan Lüke

Herzlichen Dank, Herr Professor Lob-Hüdepohl für Ihre anspruchsvollen Worte. Gibt es aus der Runde Fragen?

Frage aus dem Publikum

Sie sprachen zum Schluss von der Solidarität der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern in der GKV. Wenn man die Entstehung der Krankenversicherungssysteme in Deutschland historisch betrachtet, finden sich drei Wurzeln, die feudalistischen Versorgungssysteme im Bergbau, des ganzen Hauses (dem Eukos) und der gewerkschaftliche Kassen. Aber da gab es immer Gegnerschaft und Auseinandersetzung. Insofern würde mich das nicht überzeugen: Solidarität Arbeitgeber zu Arbeitnehmer.

Prof. Andreas Lob-Hüdepohl

Das ist richtig, in die gesetzliche Krankenversicherung bezahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch heute nicht gleich ein, aber die Arbeitgeber beteiligen sich im Rahmen der Lohnnebenkosten. Darauf wollte ich hinaus. Dass zusätzliche Absicherungen darüber hinaus getätigt werden, möchte ich nicht Abrede stellen: Auch bei Rentenversicherungen gibt es zusätzliche Versorgungskassen, z.B. von Bund und Ländern. Mir ging es um die Basis.

Peggi Liebisch, VAMV

Ich möchte ihren ersten und letzten Punkt aufnehmen. Ich stimme Ihnen zu, dass Politik Verlässlichkeit nicht mehr herstellt, dass extreme Zukunftsängste bestehen und dass keine Zuversicht in die Sicherungssysteme mehr vorhanden ist. Das ist eine wichtige Ursache, warum Frauen weniger Kinder bekommen, warum es weniger Familien gibt. Diese Grundangst muss politisch aufgenommen werden, obwohl es familienpolitisch sehr schwierig ist, da gegenzusteuern. Auf der anderen Seite folgt die Politik ja leider nicht dem Grundsatz, den Sie zu Anfang beschrieben haben, dass Leistungsgerechtigkeit im Sinne der Menschenwürde anzusehen ist und ein Menschenrecht darstellt. Im Gegenteil, wir haben einen Staat, der bis heute

sehr stark von der Idee der Wohlfahrt und Fürsorge geprägt ist. Mir fällt an der gegenwärtigen Terminologie der Hartz IV-Gesetze auf, dass dort Bedürftigkeit besonders betont wird. Es wird der Unterschied zementiert von besonders Bedürftigen im Sinne eines barmherzigen Anspruchs. Das scheint mir kein guter Ausgangspunkt zu sein, um Gerechtigkeit von Seite des Staates aus herzustellen. Da wird im Gegenteil ein defizitärer Ansatz verstärkt, um kurz auf Frau Meiers Ausführungen einzugehen. Der defizitäre Ansatz ist gerade in Bezug auf Alleinerziehende und auf Armut von Kindern noch sehr stark verbreitet und findet im Moment eher Zulauf, als dass von Lebenslagen ausgegangen wird oder versucht wird, Gerechtigkeit in dem Sinne herzustellen, in dem Sie es gerade vorgetragen haben.

Prof. Andreas Lob-Hüdepohl

Ich stimme Ihnen völlig zu, dass der defizitorientierte Ansatz, vor allen Dingen in Bezug auf die monetären Leistungen, dominant ist. Viele Lebenslagen sind monetär prekär, das darf man nicht vergessen. Ein Strickmuster findet sich jetzt wieder bei Hartz IV, das schon im BSHG formuliert wurde: Sozialhilfe besteht nicht nur aus Sach- und Geldleistungen, sondern auch aus persönlicher Hilfe. Sie steht in § 8 des alten BSHG noch an erster Stelle. Das bedeutet persönliche Hilfe, Beratung und Begleitung, die vor allen Dingen Ressourcen und Stärken von Menschen auffindet, die sich materiell in prekären Lebenslagen befinden. Vor 20 Jahren hat Johann Straßner (er gehört - glaube ich - nicht zum neoliberalen Spektrum der Bundesrepublik) bereits eine flammende Schrift geschrieben und gesagt: „Rettet die Sozialhilfe, macht dieses Moment persönlicher Hilfe wieder stark“. Persönliche Hilfe kostet mehr, weil die Menschen, die begleitet und gefördert werden sollen, wirklich Zuspruch und Unterstützung brauchen. Persönliche Hilfe ist erstens menschenwürdig und zweitens effektiv. Dieser menschenrechtsethische Ansatz, der das BSHG bereits kennzeichnete und dort auch verwirklicht ist, findet sich zwar jetzt wieder in Hartz IV. Nur wenn persönliche Hilfe faktisch nicht geleistet werden kann oder nicht geleistet wird von den Sozialagenturen, dann bleibt nur der defizitäre Blick auf die monetär prekäre Lebenssituation.

Der zweite Punkt: Ich denke, dass die Frage der Verlässlichkeit absolut notwendig ist und zwar nicht nur im Sinne einer materiellen Verlässlichkeit, sondern auch der immateriellen. Ich komme aus dem Hochschulbereich und habe als Rektor mit Fragen von Einstellung, Berufungen und dergleichen zu tun. Ich kann mich glücklich schätzen, dass 55% meiner Kolleginnen Professorinnen sind. Wir sind eine relativ junge, kleine Hochschule. Für viele Kolleginnen und Kollegen ist wichtig, dass sie den Anschluss an ihre berufliche Vita behalten, in die sie viel Lebenszeit investiert haben. Nicht um hinterher viel Geld zu verdienen, sondern um im Anschluss an den wissenschaftlichen Diskurs zu bleiben. Diese Anschlussfähigkeit zu sichern, ist, nach meinem Dafürhalten, Aufgabe der Leitung, des Präsidenten, des Rektors oder der Rektorin. Wenn sich „gender“-ausstaffierte Frauen bei mir bedanken, dass wir Teilzeitarbeitsmodelle anbieten, als wenn es eine gnädige Art des Rektors wäre, sie zu organisieren, dann sage ich: Das ist eine originäre Aufgabe, für die ich bezahlt werde. Gender-Mainstreaming muss in den Köpfen derer einen Platz haben, die Verantwortung tragen. Es ist bekanntlich eine Top-Down-Strategie. Ich denke, das ist ein wichtiges Feld und nicht nur eine Frage der unmittelbaren materiellen Lebenssicherung, sondern auch der immateriellen im Sinne von Biographie.

Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis

Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung, München

Bildungspolitische Qualität außerfamiliärer Kinderbetreuung – Konzepte und Forschungsergebnisse im internationalen Vergleich

Meine Damen und Herren, ich merke an meiner Kollegin Meier, wie schnell die Zeit vergeht. Ich habe nicht so eine dramatische und eindrucksvolle Veränderung vorzuweisen, ich bin immer noch derselbe wie damals, aber ich habe diese Zeit genutzt, um etwas zu tun, worüber ich heute froh bin. Wir haben 1994 den Familienlängsschnitt begonnen, der noch bis Ende nächsten Jahres anhält. Ich werde heute nicht berichten, da das Thema, das Sie mir zugeordnet haben, in eine andere Richtung geht, aber ich möchte zumindest darauf hinweisen.

Ich werde heute über das Thema „Bildungsqualität und außerfamiliäre Kinderbetreuung - Konzepte und Forschungsergebnisse im internationalen Vergleich“ kurz referieren. Das Thema eignet sich für eine viersemestrige Vorlesung. Wenn man als Letzter in der Reihe spricht und mehrere Referate vorausgegangen sind, kann man sich nur behelfen mit dem, was unser Volksdichter in München uns in das Stammbuch geschrieben hat: „Alles ist schon gesagt worden, aber nicht von jedem.“ Das ist die Legitimation, warum ich noch einmal über etwas reden werde, das Sie bereits gehört haben, vielleicht aus einer anderen Perspektive.

Der Grund, warum wir heute so vehement wie noch nie über dieses Thema diskutieren, ist ein multifaktorieller: Wir diskutieren über die Angemessenheit des Bildungskonzeptes, weil die Gesellschaft, für die wir Kinder zu erziehen haben, sich tief greifend gewandelt hat.

Wir haben es mit einer kulturell diversen, sozial komplexen Gesellschaft zu tun, in der Diskontinuitäten ein Hauptcharakteristikum darstellen, in der Brüche und Verluste zum Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden sind. Wir haben mit der Notwendigkeit zu tun, dass die bislang national motivierten und begründeten Bildungspläne sich als zunehmend ungeeignet erweisen, um Kinder auf eine Zukunft vorzubereiten, in der gegenwärtig 26 Nationalstaaten zum genuinen Aufenthalts- und Arbeitsort für unsere Kinder geworden sind. Die Bildungssysteme - das Bildungssystem in der Bundesrepublik - sind ungeeignet, um kontextuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Deshalb ist dieser starke Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erreichtem Bildungsniveau in diesem, wie in keinem anderen Land, zu konstatieren.

Die Wirtschaft hat die Erwartung an das Bildungssystem verändert und darin sehe ich eine große Chance, weil sie nicht mehr Kenntnisse erwartet, sondern Kompetenzen. Diese Kompetenzen können nicht im engeren Sinne als Vorbereitung auf die berufliche Laufbahn aufgefasst werden, sondern müssen im Sinne der Bewältigung des gesamten Lebens gesehen werden. Damit eröffnet sich für Bildungspläne eine ungeahnte, einzigartige Chance: ein Bildungskonzept, das nicht nur einseitig - wie bis jetzt - für die berufliche Entwicklung eines Kindes entworfen wird, sondern für das gesamte Leben. Moderne Bildungspläne fokussieren sehr stark den Bereich Familie und das soziale Zusammenleben.

Und schließlich, meine Kollegin Meier hat es bereits angesprochen: Die veränderten Biographien von Familien, der veränderte Verlauf von Familienentwicklungsprozessen konfrontiert unsere Kinder zunehmend mit familiären Veränderungen, auf die das Bildungssystem bis jetzt keine Antwort bereitgestellt hat. Der Schock von Anfang Dezember 2001, als die Pisabefunde vorgelegt wurden, hat uns gelehrt, nicht zu sehr mit der Einbildung der nationalen Überlegenheit zu leben, sondern zu reflektieren, wie internationale Entwicklung verläuft und immer wieder zu testen, ob wir wirklich in der Lage sind, diesen Standards gerecht zu werden.

Alle diese Voraussetzungen haben uns veranlasst, erst vor 6 Jahren in der Bundesrepublik mit dieser Debatte zu beginnen, nicht etwa - wie international - vor 15 Jahren. Ich will diese Debatte jedoch nicht vertiefen. Ich will die Anhaltspunkte nennen, die uns dazu veranlasst haben: die Vorlage der Delphi-Befragungsergebnisse, anschließend das „Forum Bildung“ mit vier Arbeitsgruppen, ich war selbst Mitglied der vierten Arbeitsgruppe, und die Vorlage der Befunde und der Empfehlungen Anfang Januar 2002, die an erster Stelle die Bedeutung früher Bildungspro-

zesse hervorheben. Kurz vor der Pisastudie hat die Bundesrepublik sich an der ersten Welle der OECD-Studie „Starting strong“ nicht beteiligt. Ich habe mit Renate Schmidt gesprochen und es ist ihr zu verdanken, dass wir jetzt dabei sind. Ich bin gespannt, wenn der Bericht in den nächsten Wochen frei gegeben wird. Man braucht allerdings keine große Phantasie zu haben, um zu wissen, wo die Schwerpunkte des Berichtes liegen werden.

Die weitere Debatte entfacht sich auf der Ebene, die die Frage der pädagogischen Qualität unserer Einrichtungen thematisiert und mit der Nationalinitiative den Versuch unternommen hat, pädagogische Qualität in Bildungseinrichtungen, speziell in Kindertagesstätten, zu konzeptualisieren und zu messen (vgl. *Folie 1 im Anhang*). Diese Initiative hat ihre Ergebnisse vorgelegt. Sie werden jetzt bundesweit implementiert. Das Problem, das ich sehe, ist, dass man sich nicht im Voraus verständigt hat: Was ist das Bildungskonzept, auf das bezogen wir eine solche Qualität messen sollten?

Meine Damen und Herren: Wie läuft es international? Ich kann Ihnen sagen, dass wir seit 15 Jahren international eine vehemente Debatte führen, sowohl fachlicher wie auch politischer Art. Die fachliche Debatte entfachte sich entlang eines Neuverständnisses und einer Neudefinition von Bildung in diesem Bereich, und die politische Debatte, als Folge und als Konsequenz davon, endete mit einer Neubewertung des Stellenwerts des Elementarbereichs im gesamten Bildungssystem und daraus abgeleitet mit der Forderung, diesen Bereich in Zukunft nicht wie bis jetzt seinem Schicksal zu überlassen, sondern zu beginnen, ihn zu normieren beziehungsweise zu regulieren. Das führt dazu, dass sich das Ende einer Bequemlichkeit, für uns in der Bundesrepublik zutreffender das Ende einer fachlichen Beliebigkeit, abzeichnet. Diesen Entwicklungsprozess werden Sie in den verschiedenen Ländern sehen, angefangen mit Neuseeland 1996, wo ein wunderbarer Plan vorgestellt wurde, über den ich noch ein paar Worte verlieren werde. Im selben Jahr kam Norwegen mit einem exzellenten Programm für Vorschulkinder, gefolgt von Finnland, Australien, Island, Schweden, UK, Schottland und Chile. Ich war im Februar 2000 in London, als der Bildungsplan für England vorgelegt wurde, ein sehr guter Plan, ebenso wie der norwegische. Griechenland hat seine Pläne aktualisiert, Frankreich hat 2002 erneut aktualisiert. Finnland hat innerhalb von sieben Jahren zwei Reformen des Bildungsbereichs im Vorschulkindalter durchgeführt und Dänemark, ein Land in Europa, das bislang jegliche Regulierung dieses Bereiches zurückgewiesen hat, begann nun mehr mit zwei starken Regulierungsmaßnahmen einzugreifen: zum einen ein Bildungsplan, zum anderen eine Evaluationsagentur.

Wir waren die Ersten, die im Dezember 2001 verkündet haben, dass wir diesen Bereich regulieren werden, einen Bildungsplan entwerfen wollen und diesen so verbindlich einführen wollen, wie den Grundschulplan, nur von einer anderen Qualität. Diesem Beispiel sind ausnahmslos alle Bundesländer gefolgt (vgl. *Folien 3 und 4 im Anhang*) und es liegen in der Zwischenzeit schon merkwürdige und sehr variierende und sehr, sehr vielfältige Bildungspläne in der Bundesrepublik vor. Wir bestätigen die föderale Struktur und vernachlässigen die Frage, dass die Kinder zwischen Lübeck und Berchtesgaden nicht unbedingt anders erzogen und gebildet werden sollten.

Meine Damen und Herren, international kam man zu der Einsicht, dass es eine Konkretisierung und eine verbindliche Festlegung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Tageseinrichtung für Kinder bedarf, und damit einhergehend auch der Entwicklung eines zeitgemäßen Verständnisses von Bildung und Erziehung. Sie sehen hier die verschiedenen Pläne, das ist der englische Plan, das ist der schwedische, das ist der neuseeländische, der bayerische und das ist der neue Bildungsplan für die Null- bis Dreijährigen in England mit einem der sehr guten Programme. Wir werden diesen Plan für die Bundesrepublik adaptieren, um eine Vorlage zu liefern, wie man Bildungspläne für null- bis dreijährige Kinder entwerfen kann. Für manche, wie z.B. für Professor Dr. Johannes Pechstein (ehemaliger Direktor des Kinderneurologischen Zentrums von Rheinland-Pfalz), Horrorvisionen.

Welche Grundsätze, welche Prinzipien liegen diesen Bildungsplänen z.B. dem „Sure Start Program“ und dem bayerischen Bildungsplan (vgl. Folien 4 und 5 im Anhang) zugrunde? Ich kann sie nur andeuten, nicht behandeln.

1. Das Wichtigste ist, dass sich die Orientierung dieser Bildungspläne nicht mehr auf die Institution fokussiert, sondern auf das Kind. Es wird das Bild eines Kindes angenommen, das seine Entwicklung als co-konstruierend mitgestaltet, das Bild eines von Anfang an, das heißt, spätestens mit der Geburt aktiven und kompetenten Kindes.
2. Lernen wird als lebenslanges Lernen verstanden. Das ist keine luftleere Floskel, sondern es wird sehr dezidiert aufgezeigt, wie der Wert „frühe Kompetenz“ zur Bewältigung späterer Lagen und Problemstellungen genutzt werden kann.
3. Bildung als sozialer Prozess. Es scheint mir ein wesentlicher Unterschied zu unserem bisherigen Bildungsverständnis vorzuliegen. In der Bundesrepublik hat man Bildung als einen individuenzentrierten Ansatz konzeptualisiert. Es ist ein anthropozentrisches Verständnis von Bildung, Bildung als Selbstbildung. Wenn Sie Bildung in diesem Sinne definieren, ist es ein dekontextualisiertes Verständnis von Bildung und demnach auch nicht geeignet, auf kontextuelle Herausforderungen zu reagieren. Zudem finde ich, ein der Bildung unangemessenes Verständnis. Deshalb bin ich den sozialkonstruktivistischen Ansätzen treu, gefolgt von Sozialtheorien der Kindheit. Aber auch internationale Entwicklungen sind zu der Auffassung gekommen, dass Bildung nicht ein Selbstbildungsprozess, sondern ein sozialer Prozess ist, der im Kontext stattfindet und Kinder, Erwachsene, Eltern wie Fachkräfte, diesen Bildungsprozess vorkonstruieren. Wenn Sie Bildung in diesem Sinne definieren, dann lässt dieses Verständnis von Bildung auch Einfluss auf die Gestaltung dieses Prozesses gewinnen. Wenn sie ihn kontextuell einbetten, verändert sich auch das Verständnis von Bildung dahingehend, dass Herausforderungen aus dem Kontext zum Inhalt eines solchen Bildungsverständnisses werden. Mit anderen Worten: Eine veränderte Bildungsphilosophie führt zu veränderten Bildungsinhalten, aber auch zu veränderten Formen der Vermittlung von Bildung.
4. Bildung im frühen Kindesalter stärkt kindliche Autonomie und soziale Co-Konstruktion. Das heißt, die bisherige einseitige Festlegung auf eine individuenzentrierte Zielsetzung, dem Kind zu helfen, sich zu einer autonomen Persönlichkeit zu entwickeln, wird gegenwärtig neu positioniert, unter der Beibehaltung der kindlichen Autonomie als Zielsetzung, aber darüber hinaus und als gleichgewichtig, die soziale Mitverantwortung, die soziale Mitgestaltung.
5. Das Verhältnis von Spielen und Lernen kann man kurz fassen. Es gibt keine Spielsituation, in der Kinder nicht lernen. Und wenn man lernt, ohne zu spielen, dann ist es eine schlecht organisierte Lernsituation. Insofern sind es die zwei Seiten ein und derselben Medaille, das bestätigen neurowissenschaftliche Erkenntnisse, die sagen: Lernen kann sich nur in Situationen vollziehen, die mit positiven Emotionen begleitet werden. Entwicklung und Bildung in diesem Alter heißt nicht die Vorverlegung schulischer Inhalte, sondern bedeutet die Stärkung kindlicher Entwicklung.

Wir haben es vernachlässigt, in diesen Entwicklungsstufen die Kinder in ihren lernmethodischen Kompetenzen zu stärken. Wenn ich die Zeit habe, werde ich Ihnen heute ein Beispiel nennen, wie man das momentan tut und wie notwendig es ist, lernmethodische Kompetenz in den ersten acht Jahren voll zur Entfaltung zu bringen, weil es danach zu spät ist, um diese Kompetenz zu stärken.

Meine Damen und Herren, die Fokussierung der Unterschiede und damit gekoppelt auch die Genderfrage ist für mich der zweitwichtigste Aspekt in der Erneuerung des Verständnisses von Bildung heute. Wenn Sie zwei Kinder haben, dann merken Sie, dass sie sehr unterschiedlich sind. So unterschiedlich, dass man sich fragt, ob Sie wirklich von denselben Eltern stammen. Wenn Sie Kinder, Mädchen und Jungen, miteinander vergleichen, sind sie unterschiedlich, Männer und Frauen, junge und ältere Kinder, Kinder mit unterschiedlichen Migrationserfahrungen, mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Was gibt es natürlicheres, als dass man anerkennt, dass wir in der Gesellschaft, in der Form des Zusammenlebens, unterschiedlich sind. Die Differenzen machen nicht das Problem aus, sondern die Bewertung und der Umgang

mit ihnen. Im bisherigen Verständnis von Bildung wurden Differenzen entweder ignoriert oder eliminiert. Wie anders sind manche Worte von Politikern zu erklären, dass durch die Instrumentalisierung der deutschen Sprache Monate vor der Einschulung ausländische Kinder in die Lage versetzt werden sollen, dem Unterricht sprachlich zu folgen. Das heißt: Eliminierung von Differenzen ist das erklärte Ziel, wenn auch mit gut gemeinten Absichten. Wir haben deshalb in der modernen Bildung eine andere Philosophie vorgeschlagen und diese auch umgesetzt, nämlich Differenzen zu begrüßen und zu bejahen und für Lernerfahrungen und einen größeren gemeinsamen Gewinn zu nutzen. Wie tun wir das?

1. Wir beginnen in der modernen Erziehung die Kinder für intra-individuelle Tendenzen zu sensibilisieren. Jeder Mensch hat eine Reihe von Stärken, aber auch Seiten, die nicht so stark, manchmal auch schwach, sind. Das Bewusstsein für intra-individuelle Differenzen ist der Ausgangspunkt.
2. Anschließend bringen wir dem Kind bei: Wenn es Respekt für sich beanspruchen möchte, dass es so ist wie es ist, muss es lernen, dem anderen Kind Respekt zu zollen, das seine Stärken woanders hat.
3. Wir bringen den Kindern in Projekten bei, wenn sie ihre unterschiedlich gelagerten Differenzen zusammen tun, erreichen sie in diesem Projekt gemeinsam mehr als jedes Kind einzeln.

Das heißt: Wir müssen die Philosophie verändern, wir müssen die Diversität, die in der Gesellschaft vorhanden ist, respektieren und nutzen, bejahen und begrüßen, ohne dass irgendeine Majorität die Norm von außen zu setzen hat. Ich wüsste nicht recht, wer die Majorität in München für sich beanspruchen könnte, da wir wissen, dass in den letzten 100 Jahren 73% der Bevölkerung zugezogen ist. Das gleiche gilt auch in zunehmenden Maß für die Bundesrepublik insgesamt. Es wird uns viel helfen, den philosophischen Ansatz zu verändern, mit mehr Erfolg den Kontext der Integration zu erreichen: „Individuelle Unterschiede, Stärken der Stärken“. Das heißt: Das Bildungssystem teilt mit dem Jugendhilfesystem eine ähnliche Philosophie. Beide Systeme sind auf die Beseitigung von Schwächen, auf die Identifikation und die Beseitigung von Schwächen ausgerichtet.

Meine Damen und Herren, John Goodman in den Staaten hat sehr schön studiert, wie resistent Menschen sind, wenn es darum geht, ihre Schwächen zu verändern. Wenn Sie einen Mann oder eine Frau haben, werden Sie nach Jahren des Zusammenlebens die gleiche Erkenntnis gewinnen. Nichts behüten die Menschen besser als ihre Schwächen. Dort sind sie absolut veränderungsresistent. Ein System auf Schwächen auszurichten und zu orientieren bedeutet letztendlich, dass das System selbst schwach bleiben muss. Deshalb haben wir die Philosophie in diesem Sinne verändert: Identifiziere die Stärken eines Kindes. Baue auf diesen Stärken auf, nutze Sie, um dem Kind ein gesundes und positives Selbstkonzept zu vermitteln. Nutze die Ressourcen, die das Kind selbst hat und erst in zweiter Linie versuche, die Schwächen ein wenig abzuschwächen, mit gemäßigten Erwartungen. Wir müssen natürlich darauf Rücksicht nehmen, dass alles was wir tun, der Entwicklung angemessen ist. Ich stelle nach 33-jähriger intensiver Beschäftigung mit dieser Thematik in der Bundesrepublik fest, dass wir unsere Kinder nicht überfordern, sondern chronisch unterfordern, wenn es darum geht, ihre Lernneugier zu befriedigen und ihnen die Chancen zu geben, ihre Kapazitäten zu entfalten. Das vorschulische System, ich finde auch das schulische, leidet nicht an Überforderung der Kinder, sondern an einer chronischen Unterforderung.

Was sind die Schwerpunkte moderner Bildungspläne? Und damit kommen wir in die engere Thematik:

1. Ich habe bereits angedeutet, dass wir sowohl individuenbezogene Kompetenzen als auch Kompetenzen zum Handeln im sozialen Kontext fördern (vgl. Folie 6 im Anhang) und Sie werden sehen, es sind exakt die Kompetenzen, die man braucht, um das heutige familiäre Zusammenleben zu bewältigen.
2. Wir fördern die lernmethodische Kompetenz (vgl. Folie 7 im Anhang).

3. Wir stärken Kinder in dem Sinne, dass sie lernen nicht nur Kompetenzen zu entwickeln, sondern diese angemessen vor allem in kritischen Situationen einzusetzen - im Sinne der Reduktion des eigenen, aber auch des Risikos für andere. Kinder lernen, Widerstandsfähigkeit zu entwickeln und aktive Bewältiger der Situation zu werden.
4. Die Förderung und Begleitung von Übergängen (*vgl. Folie 8 im Anhang*) ist ein Kapitel, das die Bundesrepublik dreißig Jahre plagt. Seit der 6. Kultusministerkonferenz in Europa, in Venedig 1971, beschäftigen wir uns mit dem Thema. Die Ziele dieses Schwerpunkts wurden drei Jahre danach präzisiert. Heute haben wir exakt dieselben Fragen wie 1974, nach wie vor ungelöst. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, aber ich wollte es als Problem identifizieren.

Ich werde Ihnen drei Beispiele vorstellen, damit Sie sehen, wie wir kindliche Kompetenzen stärken können. Meine Damen und Herren: Warum tun wir das? Weil wir aus der Familienforschung wissen, dass die Motivation des Zusammenlebens in der Partnerschaft und in der Familie sich in den letzten 200 Jahren tiefgreifend gewandelt hat. Wenn heute eine Partnerschaft eingegangen wird, ist der Grund die Suche nach Intimität. Die Hauptmotivation ist nicht mehr das kindzentrierte Modell, sondern die Maximierung des individuellen Glücks in einer auf Dauer angelegten, qualitativ hochwertigen Beziehung. Wir haben mit einem subjektiven Maß der Zufriedenheit zu tun, dass sich von außen nicht steuern lässt und damit versagen, aus meiner Sicht, alle Mechanismen der Familienpolitik, die wir bisher kannten, beispielsweise das Recht, die soziale Kontrolle oder die Konstruktion von Elternschaft, mit denen wir bislang operiert haben. Wir haben heute mit einem subjektiven und damit relativem Maß zu tun, das das familiäre Leben künftig steuern wird, und sich primär nicht über Elternschaft, sondern über die Partnerschaftsqualität definiert. Die Frage wird sein, wie wollen wir das in der Zukunft steuern, damit Stabilität einigermaßen gewährleistet wird und das System nicht auseinander bricht. Meine Antwort darauf ist klar. Es geht nur über Bildung. Es geht nur über den Weg, Kindern früh die Kompetenzen zu vermitteln, die sie befähigen, diesen Austauschprozess in der Partnerschaft befriedigend und aus sozialer Verantwortung mitzugestalten. Exakt diese Frage beantworten wir in den modernen Bildungsplänen, in denen wir auf Kompetenzen hinweisen, die gestärkt werden sollen. (*vgl. Folien 9-12 im Anhang*):

1. Individuenbezogenen Kompetenzen und Ressourcen als personale Kompetenzen: Stärkung des Selbstwertgefühls und Vermittlung eines positiven Selbstkonzeptes. Wer über ein positives Selbstkonzept verfügt, hat exzellente Voraussetzungen, gute Beziehungen zu pflegen. Ein Kind, das ein positives Selbstbild entwickelt hat, ist ein Kind, das aktiv die Situation bewältigt, in sich motiviert ist, sich nicht scheut, aus seinen eigenen Fehlern zu lernen.
2. Motivationsbetreffende Kompetenzen und Ressourcen: Selbstwirksamkeit, Selbstregulation, Durchhaltevermögen, Aufgabenorientierung, Neugier und Interesse.
3. Kognitive Kompetenzen
4. Körperbezogene Kompetenzen und Ressourcen als Übernahme von Verantwortung für die eigene Gesundheit.

Wenn die sozialen Systeme heute zusammenbrechen, gehört es zum Inhalt moderner Bildung, Menschen auch zu befähigen, dass es nicht dazu kommt. Einer der Gründe, die das soziale System belasten, ist auch eine fehlende Verantwortung der eigenen Gesundheit gegenüber. Sie brauchen nur die Abhängigen in diesem Land zu sehen und die Kosten, die damit verursacht werden. Sie können sehen, dass man diese Belastung reduzieren kann, wenn jede/r von uns - sowohl im Interesse der eigenen Sicherheit und Gesundheit als auch im Interesse der sozialen Rücksichtnahme - lernt, sorgfältig mit ihrer/seiner Gesundheit umzugehen. Da Kinder heute in Kontexten mit vielen Belastungen aufwachsen, mit unvorhersehbaren Ereignissen, die bewältigt werden müssen, mit Diskontinuitäten in den Entwicklungsverläufen von Familien, gehört es aus meiner Sicht zum Inhalt moderner Bildung, auch die Fähigkeit zur Regulation von Anstrengung, Entspannung und Stressbewältigung zu lernen.

Was befähigt ein Kind, im sozialen Kontext verantwortungsvoll mitzuhandeln - im Sinne der Mitkonstruktion und der Mitverantwortung? Wir haben soziale Kompetenz mit den Unterkatego-

rien Entwicklung von Werten und Orientierungskompetenz, Unvoreingenommenheit, Sensibilität und Achtung für Andersartigkeit und Anderssein, Solidarität, sozial und ökologisch verantwortlicher Umgang mit der eigenen Handlungsfreiheit. Meine Damen und Herren, diese Inhalte sind völlig neu in Bildungsplänen und sie sind nur zu rechtfertigen auf der Grundlage eines gewandelten Verständnisses von Bildung und der Anerkennung einer veränderten Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft kulturell divers geworden ist, können wir nicht weiterkommen, ohne den Erwerb solcher Kompetenzen. Dies beinhaltet auch die Fähigkeit und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und zur demokratischen Teilhabe.

Der zweite Bereich ist die lernmethodische Kompetenz. Meine Behauptung ist, dass wir in Kindergärten viel investieren, aber die Kinder dabei sehr wenig lernen. Wenn Sie die Entwicklung beobachten, wie Kinder das Lernen lernen und die Studien meiner Kollegin Ingrid Pramling Samuelsson aus Schweden heranziehen, werden Sie ihr zufolge drei verschiedene Organisationsniveaus von Lernprozessen identifizieren.

1. Das Lernen als Tun ist die erste Phase, in der Kinder lernen, wenn sie Aktivitäten ausführen oder an diesen beteiligt sind. Deswegen werden in Kindertageseinrichtungen wie in keiner anderen Stufe des Bildungssystems so viele Aktivitäten angeboten werden.
2. Ist das Kind fünf oder sechs Jahre alt, reicht diese Art der Anregung nicht mehr aus, denn die Kinder lernen inzwischen, auf einem höheren Niveau das Lernen zu organisieren, indem sie nicht mehr unmittelbar in der Situation lernen, sondern abstrahierend aus der Situation Wissen erwerben und dieses Wissen zur Lösung von Problemen einsetzen.
3. Zwei Jahre danach ist das dritte Niveau, das Niveau des Verstehens, erreicht. Das ist die Phase zu Beginn der Einschulung, in der Kinder anfangen, die Systeme zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzufügen und Gesetzmäßigkeiten, die dieses Ganze kennzeichnen, nachzuvollziehen.

Für die Umsetzung im Kindergarten bedeutet das, dass Sie fünf bis sechsjährigen Kindern metakognitiv orientierte Lernarrangements präsentieren müssen (*vgl. Folie 13 im Anhang*). Das heißt, Sie müssen den Kindern das Bewusstsein vermitteln, dass sie lernen, was sie lernen und vor allem, wie sie lernen und dies zum Bestandteil der Aktivität machen. Wie kann man das erreichen?

Sie alle kennen die verschiedenen Aktivitäten, die im Kindergarten stattfinden, ich will den Kaufladen als Beispiel heranziehen. Hier müsste jede Erzieherin im Voraus mit den Kindern nicht nur über die zu wählende Aktivität sprechen, sondern auch darüber, was sie während der Durchführung dieser Aktivität lernen werden. Die Vorwegnahme, dieser Reflexionsprozess, dieses Bewusstmachen, das die Kinder nicht nur spielen, sondern auch lernen, ist die Voraussetzung. Selbst wenn die Ziele für selbstverständlich erachtet werden, ist dieser Reflexionsprozess unverzichtbar. In der zweiten Phase, in der die Aktivität durchgeführt wird, muss die Komplexität der Aktivität angemessen vermittelt werden. Dem Kind muss vermittelt werden, dass sich das Geschäft aus verschiedenen Perspektiven zusammensetzt, mit denen unterschiedliche Bewertungen assoziiert sind. Die Perspektive eines Geschäftsinhabers ist nicht dieselbe, wie die des Käufers, des Verkäufers, des Lieferanten, der Dame an der Kasse. Schwedischen Kinder, die im Alter von sechs Jahren gefragt wurden, was mit dem Geld, das in die Kasse fließt, passiert, antworteten ohne dieses Arrangement: „Man schmilzt das Geld, um neues zu prägen.“ Das heißt, sie haben nicht nachvollzogen, welche Funktion dem Geld zum Aufrechterhalten eines Geschäftes zugeschrieben wird, daher muss dieser Reflexionsprozess geleistet werden. Parallel muss eine dritte Arbeit geleistet werden: Es muss Schritt für Schritt dokumentiert werden, es muss diskutiert und reflektiert werden, was man gelernt hat. Die Kinder nehmen ein Tonband, gehen zum Geschäftsinhaber und interviewen ihn: „Warum hast du ein Geschäft?“ Sie fotografieren, sie versuchen diesen Prozess abzubilden und sie müssen in die Lage versetzt werden, am Ende dieser Geschichte den anderen Kindern zu erzählen, was sie gelernt haben.

Diese Ansätze habe ich in Südtirol umgesetzt und war Zeuge einer wunderbaren Szene im Juni dieses Jahres, als mich die Direktorin und die Leiterin einer Einrichtung eingeladen hatten, die Arbeit vor Ort zu sehen. Ein sechsjähriger Junge erzählte mir wie ein gut trainierter Dozent unter Nutzung von neuen Medien, was er im Rahmen des Projektes gelernt hat. Die Direktorin sagte: „Solche Projekte haben uns vermittelt, dass wir unsere Kinder chronisch unterfordert und unterschätzt haben.“ Die Leiterin fügte hinzu: „Diese Aktivität hat, wie keine andere davor, alle Kinder gefesselt. So viel Motivation und Ausdauer habe ich noch nie bei einem Projekt mit Kindern erlebt.“ Das heißt, in dem Moment, in dem wir kindliche Neugier und kindliche Interessen mit entsprechenden gedanklichen und methodischen Ansätzen beantworten, haben wir nicht nur Lernen, sondern wir haben mehr Freude und Befriedigung kindlicher Lernneugierde.

Was passiert, wenn wir das nicht tun? Es wurden im Rahmen einer empirischen Studie zwei Gruppen miteinander verglichen. Eine Gruppe, bei der die Kinder diese Arrangements bekamen, wurden verglichen mit einer anderen Gruppe, in der diese Arbeit – wie in unseren Kindergärten - nicht geleistet wird. Beide Gruppen begannen zu Beginn des Kindergartenjahres mit 80% der Kinder auf dem ersten Niveau der Organisation von Lernprozessen. Am Ende des Kindergartenjahres erreichten aus der Experimentalgruppe 60% das nächste Niveau, aber kein einziges Kind aus der Kontrollgruppe. Das bedeutet, dass wir eine Menge tun, aber die Kinder nicht viel dabei lernen. Erstmals haben wir in einem Bildungsplan Bildungsinhalte aufgenommen, die beinhalten: Wir müssen die Kinder darin stärken zu lernen, zu aktiven Bewältigern zu werden. Wir müssen ihnen die Kompetenz vermitteln, Eigenressourcen, aber auch soziale Ressourcen so zu organisieren, dass sie ihre Probleme lösen können, dass sie Herausforderungen gewachsen sind, mit denen sie sich konfrontieren oder konfrontiert werden.

Wie stärken ich die Kinder? In zwei Folien fasse ich jetzt eine Monographie von 200 Seiten zusammen (vgl. *Folien 14 und 15 im Anhang*). Wir haben die Angebote adressiert sowohl an die Kinder direkt, als auch an die soziale Umgebung, etwa an die Einrichtungen. Das heißt, in diesem Bereich wird den Kindern vermittelt, wie sie mit Hilfe von problemlösenden Fähigkeiten, mit Sozialkompetenz, mit der Fähigkeit zur Selbstregulation, mit der Entwicklung aktiven, flexiblen Bewältigungsverhaltens Strategien entwickeln können. Wie kann ich mit positivem Selbstkonzept und der Anwendung der Selbstwirksamkeitsüberzeugung Ressourcen individueller Art zur Lösung von Problemen mobilisieren?

Auf der sozialen Ebene brauchen Kinder stabile emotionale Beziehungen zu einer Bezugsperson. Ich werde das nur kurz interpretieren. Ich kritisiere an diesem Punkt jene Ärzte, die unbelehrbar seit 30 Jahren gegen den Stand der internationalen Forschung Positionen beziehen, die mit nichts zu rechtfertigen sind. Ich halte es auch manchen Journalisten vor, diese Positionen unreflektiert zu übernehmen und an die breite Öffentlichkeit zu bringen. Sie sind verantwortlicher als die veränderungsresistenten Ärzte aus der Pädiatrie. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ein Viertel der Kinder in diesem Land keine sichere Bindungsqualität zu ihren Eltern entwickelt. Die Frage für ein modernes Bildungssystem ist: Wie reagiert ein Bildungssystem auf diese Situation? Meine Antwort: Wir können den Kindern in einem anderen Kontext eine Gelegenheit bieten, diese Verhaltensqualität zu entwickeln. Das heißt, wenn wir unsere Fachkräfte trainieren, einfühlsam und konsequent auf Kinder zu reagieren, bekommen die Kinder eine Chance, sichere Bindungsqualität zu diesen Fachkräften zu entwickeln.

In Kalifornien wurde zu Beginn der 90er Jahre eine sehr gute Studie durchgeführt, die als Monographie der American Society of Child Research bekannt geworden ist. In der Studie wird nachgewiesen, wenn Fachkräfte im Bildungssystem einfühlsam und konsequent handeln, übertragen Kinder dieses gelernte Verhalten auf ihre Eltern. Das bedeutet, eine solche Vorgehensweise trägt zur Stärkung der elterlichen Beziehung bei und schwächt sie nicht. Dies gilt in Situationen, in denen offenes wertschätzendes, unterstützendes Verhalten offeriert wird und den Kindern positive Rollenmodelle vorgelebt werden. Positive Beziehungen zu anderen Kindern und positive Erfahrungen in Bildungsinstitutionen ermuntern Kinder zu lernen, aktive Bewältiger ihrer Situation zu werden. Dies braucht der Kindergarten wie die Grundschule und auch die anderen Stufen des Bildungssystems in hohem Maße.

Meine Damen und Herren, Internationales Jahr der Familie 1994 und zehn Jahr danach - was sind die Konsequenzen? Ich möchte fünf Punkten dazu aufführen.

Was sagt die Familienbildungsforschung über die außerfamiliäre Betreuung eines Kindes? Die Familienforschung sagt, dass die Bundesrepublik im Grunde genommen kein Problem haben dürfte, wenn es darum geht, symmetrische Modelle des Zusammenlebens von Männern und Frauen zu etablieren, die Männer als Väter stärker in die elterliche Verantwortung einbeziehen. Das generative Problem des Landes wäre nicht gegeben, hätte man den Menschen dieses Landes eins offeriert: Eine Chance, ihre Visionen, ihre Konzepte in die Tat umzusetzen. Das Problem dieses Landes ist, dass das System hochgradig effizient organisiert ist, wenn es darum geht, die Umsetzung solcher Wünsche zu verhindern.

Ich kann das dokumentieren mit einem Befund einer unserer Studien. Wir haben in der Bundesrepublik nicht nur untersucht, was die Väter tun. Wir haben untersucht, wie konstruieren - Frauen und Männer – subjektiv Vaterschaft? Es ist für mich genauso wichtig zu wissen, wie subjektive Konstruktionen von Vaterschaft aussehen und nicht nur die bittere Realität, in der Vaterschaft gelebt wird, zu betrachten. Wir haben ein Instrument entwickelt, das vier Facetten von Vaterschaft festgelegt (*vgl. Folie 16 im Anhang*). Das Instrument ist robust. Wir haben die Männer und Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen einschätzen lassen, wie sie Vaterschaft konstruieren. Je nachdem, wie die Prioritäten in der Bewertung dieser vier Dimensionen aussehen, können Sie unterschiedliche Typen konstruieren und wir haben gesehen, dass im Grunde genommen die soziale Funktion als die dominante Funktion der Männer und Väter in der Bundesrepublik anzusehen ist (*vgl. Folie 17 im Anhang*). Unabhängig davon, ob die Männer noch kinderlos, werdende Väter, Väter mit Vorschulkindern oder mit Kindern in der Pubertät sind. Wir haben die Frauen ebenfalls untersucht. Es gibt keine Differenz in der Konstruktion zwischen Männern und Frauen, was Vaterschaft betrifft. Auch Kinder konstruieren die Vaterschaft ihrer Väter ähnlich, mit dem einzigen Unterschied, dass die Adoleszenten die ökonomische Situation des Vaters ein bisschen höher gewichten als der Vater diese für sich selbst betrachtet.

Wenn Sie die beiden Funktionen, die soziale und die instrumentale Funktion, miteinander zusammenlegen, konstruieren Sie so einen Vater, der mehr auf die Erziehung des Kindes ausgerichtet ist. Sie haben etwa 67% der Väter im Osten und Westen, repräsentativ für die Bundesrepublik, die sich primär als Erzieher des Kindes konstruieren und nur 33% konstruieren sich selbst als Brotverdiener. Dieses Konzept hat in diesem Land kaum eine Chance umgesetzt zu werden. Diese Spanne zwischen subjektiver Konstruktion und Umsetzungsmöglichkeiten, die das System offeriert, ist für mich das Hauptproblem. Wir haben den Prozess untersucht, warum der Mann arbeiten geht. Das, was Marieluise Beck sagte, ist absolut zutreffend: Es ist das Ergebnis eines rational gesteuerten und gemeinsam gestalteten Entscheidungsprozesses von Männern und Frauen, die sagen, dass der Mann das Familieneinkommen zu sichern hat. Die Einschätzung von Frauen und Männern fällt absolut zusammen. Sie sind auch einig, dass die Frau den Job aufgeben soll. Das heißt: Hier geht es um die Maximierung der vorhandenen ökonomischen Ressourcen. Eine Politik, die an Väter appelliert, sie möchten bitteschön zu Hause bleiben, verlangt von diesen Männern, von diesen Familien, irrationale Entscheidungen.

Die Kindheitsforschung kann Hinweise geben zu den Auswirkungen außerfamiliärer Betreuung: Die Amerikaner haben in den 90er Jahren die größte Studie, die es je in der Geschichte der Pädagogik gab, durchgeführt. Es ist eine Längsschnittuntersuchung, die die komplexesten Fragen zu den Auswirkungen außerfamiliärer Betreuungen untersucht hat. Allein das Volumen dieser Studie ist schon eindrucksvoll. Zwölf amerikanische Universitäten mit 265 Experten waren beteiligt. Die Studie ist nachzulesen. Ich empfehle sie jedem Pädiater, der bereit ist zu lernen. Aus dieser Studie kann man ersehen, dass die außerfamiliäre Betreuung eines Kindes, wenn sie qualitativ gut ist, mit hohem Gewinn für das Kind organisiert werden kann. Wenn Kinder in den Einrichtungen Probleme zeigen, lassen sich diese Probleme stärker mit familialen Variablen vorhersagen als mit institutionellen Faktoren. Ich verkürze diese Studie auf diese zwei Positionen als Argument gegen alle, die in den letzten 25 Jahren nichts gelernt haben,

sondern die alte Philosophie vermitteln, die ich unverantwortlich finde und zu Lasten der Bildungschancen unserer Kinder geht.

Das bisherige Verständnis von Familien- und Bildungspolitik muss, meine Damen und Herren, korrigiert werden. Auch das Gesetz, das gerade in Beratung ist. Alle Maßnahmen, die wir in diesem Land durchgeführt haben, haben eine eltern- und erwachsenenzentrierte Perspektive und zu wenig eine kindzentrierte. Ich würde Familienpolitik dafür gewinnen wollen, diese Position anzunehmen, zu sagen, bei widerstreitenden Interessen von Eltern und Kindern muss - verfassungsrechtlich richtig ausgelegt - der Vorrang des Kindes gelten. Ich erwarte von einer moderner Familienpolitik, dass sie selbst Position bezieht: Denken Sie an die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz. Das war keine kindorientierte Maßnahme und wenn wir heute für ein berechtigtes Anliegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf argumentieren, aber dieses als Grundlage heranziehen, um Bildungseinrichtungen für Kinder zu befürworten, scheinen mir die Gewichte in diesem Land nicht richtig zu sein. Ich erwarte von der Familienpolitik einen Protest, im Interesse der Kinder.

Konsequenzen aus der Regulierungsdebatte haben wir gezogen. Sie wissen, dass wir in den neuen Bildungsplänen, ich habe einige zu verantworten, die Position der Familie gestärkt haben. Wie haben argumentiert, dass die Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen, für Kinder unter sechs Jahren keinen bildungshoheitlichen Auftrag haben, sondern sie arbeiten und handeln in Delegation der Familie. Wenn das so ist, darf das Verhältnis von Familie und Einrichtung nicht dahingehend mutieren, dass die Familie Zaungast des Geschehens einer Einrichtung ist. Vor diesem Hintergrund habe ich das Prinzip einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft gefordert (*Vgl. Folie 18 im Anhang*) und bei den Bildungsplänen, die ich verantwortete, umgesetzt. Ich habe die Einrichtungen aufgefordert, die Ebenen zu konzeptualisieren, entlang derer eine Mitwirkung und Mitbestimmung stattzufinden hat. Ich bin noch einen Schritt weiter gegangen, dass dies nicht Aufgabe der Einrichtung sein wird, sondern die freie Wahl und Entscheidung einer Familie, selbst zu verorten, auf welcher Ebene die Mitwirkung zu erwarten ist. Das heißt, moderne Bildungspläne folgen auch der Forderung, dass die Verknüpfung von formell organisierten Bildungsprozessen in den Einrichtungen und informellen Bildungsprozessen notwendig ist und verändern auf diese Weise das Verhältnis zwischen Familie und Einrichtung im Sinne der Stärkung der Familie und des familialen Einflusses.

Ich kann nur das unterstützen, was meine Kollegin Meier mit Blick auf die Notwendigkeit präventiver Angebote für Familie und Kinder angemahnt hat. Ich kann in diesem Zusammenhang auf einen kanadischen Befund hinweisen, auf eine Studie, die sich mit der Frage beschäftigt hat: Wenn wir elterliche Kompetenzfragen in Risikofamilien stärken, welche Auswirkungen hat das mittel- und langfristig auf die Entwicklung der Kinder? Die Studie hat im Wesentlichen zwei Gruppen von Familien miteinander verglichen. Das waren die Nicht-Risikofamilien und die Risikofamilien, die wiederum in eine Interventionsgruppe und in eine Nicht-Interventionsgruppe unterteilt waren. Man hat untersucht, wie sich die soziale Kompetenz dieser Kinder mittel- und langfristig entwickelt. Das Ergebnis war, dass die Stärkung elterlicher Kompetenz in den Risikofamilien Entwicklungswerte bei Kindern erreichen ließ, die vergleichbar waren mit den Kindern aus Nicht- Risiko- bzw. Nicht-gefährdeten Familien. Die Stärkung elterlicher Kompetenzen durch Stärkung von Beratungs- und Begleitungsangeboten scheint mir ein interessanter Ansatz, den wir bildungspolitisch stärker einsetzen sollten als das bis heute der Fall ist. Das ist das Gebot der Stunde. Wir können heute sagen: Es ist ein guter Weg, um soziales Risiko im System Familie und individuelles Risiko zu reduzieren.

Die Integration von Angeboten für Kinder und für Familien ist eine Herausforderung für die weitere Entwicklung der Institutionen (*Vgl. Folien 19-21 im Anhang*). Die Engländer haben uns das vorgemacht, indem sie in derselben Einrichtung Angebote für Kinder, Angebote für Eltern und Professionalisierungsangebote für Fachkräfte integriert haben. Wenn Sie die Early Excellence Center von London besuchen, dann werden Sie dort nicht nur vielfältigere Angebote für Kinder, sondern auch für Erwachsene vorfinden. Wir brauchen eine Erweiterung des Angebots. Wir sind viel zu eng im Ansatz dessen, was wir Kindern und Eltern offerieren.

Ich war im Januar dieses Jahres in China eingeladen und es wurde mir ein ganzes Viertel gezeigt, in dem Angebote für Menschen von null bis hundert integriert werden. In der Tat werden Sie in diesem Viertel Angebote von der Geburt bis zum Tode, in vielfältigsten Formen, vorfinden, auch Beratungs- und Professionalisierungsangebote für Fachkräfte. Das bedeutet für uns und das ist für Sie von Interesse, dass wir dazu übergehen müssen, Angebote für Familie nicht der Theorie der separaten Welten zu überlassen: Die Eheberatungsstelle separat von der Erziehungsberatungsstelle, die Familienbildungsstelle wieder woanders. Mit anderen Worten, wir müssen integrative Modelle entwickeln.

Mit der letzten Entwicklung werde ich zum Schluss kommen: Ich habe die Verantwortung für den Bildungsplan des Landes Hessen übernommen. Einen Bildungsplan nicht nur für den Kindergarten, sondern institutionsübergreifend für Kinder von null bis zehn Jahren zu entwickeln. Ich möchte Ihnen drei Elemente nennen, die wegweisend sein werden für unsere weiteren Überlegungen.

Wir entwickeln nicht nur einen institutionsübergreifenden Bildungsplan, das heißt, wir beseitigen die unterschiedliche Philosophie zwischen Kindergarten und Schule, weil sie institutionellen Ursprungs sind. Sie sind zwar historisch gewachsen, aber mit nichts zu rechtfertigen, wenn es darum geht die Entwicklung und die Bildungsprozesse von Kindern in den Mittelpunkt zu stellen. Wir entwickeln erstmalig einen Bildungsplan, der nicht ausschließlich für Bildungsinstitutionen gilt, sondern er umfasst alle Angebote, die Kindern tagsüber offeriert werden: Elterngruppen, Spielgruppen, Tagesmütter und die Familien- und Bildungsinstitutionen. Wir beziehen die Institution Familie aus verfassungsrechtlichen Erwägungen nicht direkt hinein. Aber wir binden die Familienbildungsstätten in diesen Bildungsplan ein und gewährleisten erstmalig, dass Angebote der Jugendhilfe und Bildungsangebote auf das Engste verknüpft werden. Diese Verknüpfung bezieht sich nicht nur auf den elementaren, sondern ebenfalls auf den Grundschulbereich.

Die Ergebnisse ermutigen uns, diesen Weg zu gehen. Ich habe den bayerischen Bildungsplan ein Jahr in 104 Einrichtungen mit über 950 Fachkräften und 4500 Kindern von 20 Assistenten testen lassen. Die Ergebnisse im Einzelnen (*vgl. Folien 22- 24 im Anhang*): Die Praxis sagt, der Bildungsplan ist notwendig und diejenigen, die glauben, er sei nicht notwendig ist, sind eine vernichtende Minorität. Nicht einmal die DDR hatte bei ihren Abstimmungsergebnissen diese Werte erreicht. Daher sind wir überzeugt, dass wir einen richtigen Weg gehen. Fachkräfte sagen, dieser Bildungsplan schafft Konsens und stärkt das Erzieherbild, er ist zukunftsweisend. Sie sagen auch, er braucht Rahmenbedingungen, die geeignet sind, ihn umzusetzen. Wir kommen in eine Diskussion hinein, die hoch spannend ist. Wir haben die Frage auch an Fachkräfte gerichtet: Hat sich das Bildungsangebot verändert? Nach einem Zeitraum von 6 Monaten bejahen 61 % die Frage. Das heißt, innerhalb von 6 Monaten haben wir eine massive Veränderung im Feld. 64 % der Elternbeiratsvorsitzenden antworten, dass das pädagogische Angebot vielfältiger und anspruchsvoller geworden ist. Die Mütter bewerten den Bildungsplan mit 1.6 bis 1.8 (beste Note 1 und schlechteste 4 analog der Grundschule). Höhergebildete betrachten die Notwendigkeit ein wenig wichtiger, aber insgesamt gibt es ein sehr hohes Niveau der Zustimmung. Das Wichtigste für mich war, wie verhalten sich die Kinder? 86% der Kinder haben keine Probleme, so die Fachkräfte, die diese Kinder betreuen haben.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen und wir sollten uns darauf besinnen, dass die Zukunft eines Landes mit der Qualität der Bildung und Erziehung zusammenhängt, die wir unseren Kindern und Familien heute bereitstellen. Ich hoffe, dass es uns allen gemeinsam gelingt, und Ihre Veranstaltung trägt sicherlich dazu bei, Verantwortung an den Tag zu legen, was die Beantwortung dieser Fragen betrifft. Nur ein Land, dem die Anliegen der Familie und die Bildung und Erziehung seiner Kinder am Herzen liegen, kann der Zukunft sehr gespannt und gelassen entgegensehen.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen, dass Sie nicht nur das zehnjährige, sondern auch das hundertjährige Jubiläum dieses „Jahres der Familie“ - irgendwann zumindest von Ihren Nach-

kommen - gefeiert wird, mit nachhaltigem Erfolg und zugunsten unserer Familie. Herzlichen Dank.

Diskussionsrunde

Stephan Lüke

Herzlichen Dank, Herr Fthenakis! Frau Meier, bitte kommen Sie, dann können wir mit der Diskussion beginnen. Gibt es direkte Fragen?

Frage aus dem Publikum

Vor ein paar Wochen war eine Anhörung im Bundesfamilienministerium und es wurde geäußert, dass Sie dafür plädieren, das pädagogische Personal im Sozialbereich müsse besser ausgebildet werden, gleichwohl, zumal im Europäischen Vergleich, die Bezahlung relativ gut sei. Also bessere Qualität des Personals, bei steigender Bezahlung. Das hat mich etwas irritiert.

Prof. Wassilios E. Fthenakis

Ich habe eine genuine Angst vor meinen Interpreten und meine Position lautet wie folgt: Ich plädiere für die Anhebung des Niveaus, vor allen Dingen für die Verbesserung der Ausbildungsqualität, der Fachkräfte. Wir haben 375 000 Fachkräfte in diesem Land, davon 50 000 in Leitungspositionen, wenn man die Leiter/innen der Einrichtungen mit dazu zählt. Wenn ich diesen Prozess auf ein höheres Niveau transformieren will, und wenn ich wirklich dieses unerreichbare Ziel von 10 000 Absolvent/innen im Jahr ins Auge fasse, brauche ich ein halbes Jahrhundert, um diesen Transformationsprozess zu vollziehen. Ich wollte das Ausmaß des Problems nur andeuten. Ich habe deshalb vorgeschlagen, den Bologna-Beschluss, die Ausbildung auf BA und MA zu organisieren, umzusetzen. Aber das würde jetzt zu weit führen.

Die zweite Position von mir ist klar. Wenn Sie die OECD-Studie heranziehen, dann werden Sie sehen, dass unsere Gehälter im OECD-Vergleich nicht schlecht sind, bei den Grundschullehrer/innen sogar die höchsten sind. Ich argumentiere aus einer anderen Perspektive. Ich sage, wenn in dieser Gesellschaft so viel Geld in die Bildung unserer Kinder investiert wird, dann muss der/die verantwortliche Politiker/in auch dafür sorgen, dass die Professionalisierung dieser Fachkräfte auf so hohem Niveau erfolgt, dass man die Investition sozial rechtfertigen kann. Ich sage nicht, dass sie zu viel oder zu wenig bekommen, sondern ich sage, das Ausmaß, das wir investieren, ist relativ hoch und wir haben die Aufgabe dafür zu sorgen, dass es eine effektive Investition ist. Damit ist auch die Forderung verbunden, die vorhandene Ausbildungsstruktur wirklich zu qualifizieren, solange diese Anhebung nicht da ist. Das ist meine Position.

Stephan Lüke

Jetzt sind die Stichworte „Ausbildung von Erzieher/innen und Lehrer/innen“ schon gefallen. Sie haben Veränderungen angemahnt in der Ganztagsbetreuung. Sie haben die frühkindliche Bildung angesprochen. Klaus Klemm (Leiter der Arbeitsgruppe Bildungsforschung und Bildungsplanung an der Universität Duisburg-Essen) hat vor einiger Zeit gesagt, unsere Hochschulen und die, die dort arbeiten, seien gar nicht in der Lage, unser Personal anders auszubilden. Wie sehen Sie das? Sehen Sie eine Chance, dass wir auf absehbare Zeit anderes Personal bekommen und ist dieser Vorwurf überhaupt berechtigt?

Prof. Uta Meier

Meiner Meinung nach stellt sich tatsächlich, wenn man von den von Ihnen eben entwickelten Bildungszielen ausgeht, die Frage, ob die momentanen Ausbildungsinhalte an den Hochschulen, zum Beispiel für Grundschullehrer/innen, angemessen sind. Ich würde sagen, sie sind es nicht. Diese Ausbildung ist nach wie vor sehr stark auf eine Fachlehrer/innenstruktur ausgerichtet und die Dimensionen, die Herr Fthenakis eben vorgetragen hat, sind eigentlich kein Bestandteil der Ausbildung. Die Ausbildungen gehören für mich auf den Prüfstand. Wenn man die Ergebnisse der internationalen Studien und auch die Implementierung bei uns ernst nimmt, dann muss es Konsequenzen geben für die Ausbildung des Personals und an den Hochschulen.

Das ist eine grundsätzliche Frage, die sich keineswegs nur auf die Ausbildung von Erzieher/innen oder von Lehrer/innen bezieht. Ich habe den Eindruck, dass es an den Universitäten immer noch, auch in anderen Studiengängen, eine sehr starke Fokussierung auf die Ausbildung von Spezialisten gibt, denen es im Grunde genommen völlig anheim gestellt ist, ob sie auch Kontextwissen erlernen. Wir können es uns nicht leisten, z.B. hochverantwortliche BWL- und Volkswirtschaftsabsolvent/innen in die Praxis zu lassen, die im Grunde genommen jede Art von sozialer Kompetenz irgendwo an der Tür abgegeben haben und anschließend in teuren Wochenendseminaren lernen, wie man mit Mitarbeiter/innen umgeht. Wir wissen aus Studien, dass im internationalen Vergleich deutsche Manager sehr stark als Kontrollfreaks gelten. Für mich ist das eine Konsequenz aus dieser Engführung in der Ausbildung, rein auf das bezogen, was sich rechnet. Es ist eine grundsätzliche Frage, die weit über das hinausgeht, was die Qualität der Ausbildung von Erzieher/innen oder Grundschullehrer/innen betrifft.

Prof. Wassilios E. Fthenakis

Ich habe vor zwei Jahren die Robert- Bosch- Stiftung gewinnen können, ein neues Projekt zur „Qualifizierung der Fachkräfte“ zu starten. Wir haben im Sommer dieses Jahres 40 Universitäten und Fachhochschulen eingeladen, sich für dieses Fünf-Millionen-Euro-Projekt zu bewerben. Wir bekamen 35 Bewerbungen. Die Auswertung dieser Bewerbungen hat mir ein sehr, sehr ernüchterndes Bild vermittelt. Wenn man sich bewirbt, davon gehe ich aus, wird man sich anpreisen, wird man zumindest Dinge eher positiver darstellen. Wenn Sie die Frage stellen, wo Sie in der Bundesrepublik einen einzigen Standort mit guten infrastrukturellen personellen Voraussetzungen heute finden werden, dann ist die Antwort: an keinem Ort. Das Projekt hat die Aufgabe, solche Strukturen überhaupt erst zu entwickeln.

Das zweite ist, ich habe für die Bundesregierung voriges Jahr ein Großgutachten in meinem Haus anfertigen lassen und ein Schwerpunkt, den wir sehr gut untersucht haben, war die Frage „Wie ist es mir der Forschungssituation in diesem Gebiet in der Bundesrepublik bestellt?“. Ich kann das verkürzen. Ich war in diesem Jahr, in mehreren Ländern, von Schweden bis Neuseeland. In Neuseeland, mit viereinhalb Millionen Einwohnern, finden Sie mehr Forschung und hochkarätige Forschung auf diesem Gebiet als in der gesamten Bundesrepublik. Das zeigt, wo das Defizit liegt. Wenn Sie keine Forschung haben, haben Sie keine Grundlagen für die Weiterentwicklung von Konzepten, für die Politikberatung und ähnliches mehr.

Die Entwicklung geht hin zu institutionsübergreifenden Bildungsplänen. Wenn das die Zukunft ist, dann bleibt die Frage: Wie bilden wir aus? Und meine Antwort darauf ist: Wir müssen wirklich mit diesen eng gefassten Ausbildungskonzepten - Erzieher/innen für drei Jahre im Kindergarten, Lehrer/innen für vier Jahre - aufhören. Wir müssen die anachronistischen Bezeichnungen Lehrer / Erzieher aufgeben. Wenn jemand heute lehrt, ist er ein schlechter Lehrer, wenn die Erzieherin erzieht, dann hat sie nicht begriffen, wie ihre Aufgabe auszulegen ist. Wir müssen stattdessen ein Profil einer Pädagogin/eines Pädagogen entwickeln, die/der aufgrund ihrer/seiner Qualifikation befähigt wird, Kinder und ihre Entwicklung von der Geburt bis mindestens zum Ende der Grundschule zu begleiten. Das heißt, wir gehen in völlig neue Konzepte über, die die Lehrer- und die Erzieherausbildung wirklich tief greifend reformieren würden. Aber das ist die Zukunft und wer das heute nicht begreift, wird in wenigen Jahren mit ähnlichen Problemen - auch nach einer Ausbildungsreform - konfrontiert sein.

Stephan Lüke

Warum tun wir uns in Deutschland so schwer mit Veränderungen? Sie sagten vorhin so schön: „Menschenskinder, da passiert überhaupt nichts. Viele kluge Köpfe sagen: „Das und das muss passieren“ und es dauert und dauert.

Prof. Uta Meier

Das ist eine schwierige Frage, aber ich denke, es ist gut, dass wir jetzt in dieser Intensität und so offen über diese Probleme diskutieren und auch benennen, dass es bestimmte Fehlentwicklungen gegeben hat. Beispielsweise die Vorstellung: Es ist für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr das Beste, wenn sie möglichst rund um die Uhr - außer den paar Stunden in der Schule - von ihrer Mutter betreut werden. Das ist eine Haltung, die auch die Struktur geprägt hat. Mit diesem Politikstil haben wir Erziehung, Bildung, Betreuung sehr stark an die Mütter verwiesen. Es bedeutet, dass wir anders als in anderen Ländern in Infrastrukturen für Kinder nicht inves-

tiert haben. Der Begriff der Fremdbetreuung drückt schon sprachlich aus, welche Distanz besteht. Wir haben eine Menge aufzuholen und es ist nicht verwunderlich, dass in diesem Bereich verhältnismäßig wenig Geld ausgegeben wurde und wird. Wir sind jetzt an dem Punkt zu erkennen, dass dieser Politikstil dazu geführt hat, dass wir weniger Kinder haben.

Ich möchte auch noch mal sehr dezidiert das unterstützen, was Sie, Herr Fthenakis, herausgestellt haben: Es geht hier genuin um die Startchancen für Kinder. Ich finde nur, wir sollten nicht einen Gegensatz zwischen den notwendigen Vereinbarkeitsbedingungen und den Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen einerseits sowie Bildungseinrichtungen für Kinder andererseits aufbauen. Es muss gleichgerichtet sein und es widerspricht sich überhaupt nicht - wie wir jetzt sehen. Ich bin der Meinung, dass die internationalen Vergleiche bei uns viel bewirkt haben, denn durch diese Wettbewerbssituation ist deutlich geworden, dass wir viel zu wenig in die nachwachsenden Generationen investiert haben. Natürlich ist es jetzt schwierig in einer Situation, in der die Kassen relativ leer sind, Veränderungen anzumahnen und durchzusetzen, aber es bleibt uns eigentlich nichts anderes übrig.

Prof. Wassilios E. Fthenakis

Ich stimme dem natürlich voll zu, und es ist auch nicht meine Absicht, kindliche Interessen gegen die Interessen von Eltern auszuspielen. Ich betrachte es genauso wie Sie. Ich will aber schon den Standpunkt vertreten wissen, dass, wenn wir Bildungsinstitutionen für Kinder errichten, diese nicht aus der Erwachsenenperspektive zu begründen. Auch wenn es Vorteile und nachvollziehbare Konsequenzen für die Erwachsenen mit sich bringt, sollten die kindlichen Interessen im Vordergrund stehen. Wir sollten akzeptieren, dass das Kind ein Recht auf Bildung hat, dass nicht durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf legitimiert wird.

Zum anderen: Einer der Gründe, warum in der Bundesrepublik nicht schnell Veränderungen stattfinden, führe ich auf den sehr hohen institutionalisierten Grad des Landes zurück. In einem Land, das hochgradig institutionalisiert ist, ist naturgemäß die individuelle Verantwortung nicht so sehr gefragt, da die Strukturen sehr viel bestimmen und steuern. Es ist dann schwierig schnelle Veränderungen herbeizuführen.

Prof. Uta Meier

Ich wollte nur noch mal zu diesem genuinen Anspruch von Kindern auf Bildung um der Kinder willen hinweisen und trotzdem auf der Gleichgerichtetheit insistieren. Sie hatten die Early-Excellence-Centre angesprochen, in denen es auch Angebote für Eltern gibt. Ihr Beispiel aus China zeigt ebenfalls, dass man dort den Generationen- und Geschlechterzusammenhang sieht und das ist im Grunde genommen eine Entwicklung, die wir auch brauchen.

Frage aus dem Publikum

Bezüglich des Rechtes der Kinder auf Bildung denke ich an die Verpflichtung einer Gesellschaft, Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Ich habe in den letzten Jahren bei Kindern oder Jugendlichen eine Entwicklung verstärkt vorgefunden, sich einer Leistungsbereitschaft und dem Lernen zu entziehen, als cool oder toll zu gelten, wenn man Leistungen verweigert, sowohl in der Schule als auch später. Was kann eine Gesellschaft, was kann ich tun, diesen Befund, den ich in Brandenburg relativ stark vorfinde, zu verändern? Wie kann man solche Prozesse im Grunde genommen aufbrechen und umkehren?

Prof. Uta Meier

Ich finde die Ideen, die Herr Fthenakis vorhin vorgetragen hat, über Lern- und Bildungsprozesse von Kindern, wenn diese Ansätze in die Praxis an unseren Schulen Eingang finden, dann können wir eigentlich ziemlich zuversichtlich sein. Wenn wir es anders machen, werden solche Verweigerungshaltungen auch rückläufig sein. Ich glaube, dass die Verweigerung sehr viel zu tun hat mit der Art des (Frontal)unterrichts, mit der Ansprache von Schülern und Schülerinnen – sie nur in ihrer Rolle als diejenigen, die Wissen aufnehmen müssen, zu sehen und sie nicht als ganzheitliche Persönlichkeiten wahrzunehmen. Wenn ihre Lebensplanung, ihre Bedürfnisse in der Schule ein Thema sind, und sie anders an das Lernen herangeführt werden, glaube ich, wird sich die Verweigerung über kurz oder lang erübrigen. Unsere Schulen sind momentan in

keinem guten Zustand - so bemüht viele Lehrer/innen im Einzelnen auch sind - das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen.

Die Verweigerungshaltung ist, um es noch mal kurz zusammenzufassen, ein Feedback, das uns Schüler und Schülerinnen auf dieses Lernsystem geben.

Prof. Wassilios E. Fthenakis

Ich kann das Gesagte nur unterstützen. Ich möchte interessante Einsichten aus den Arbeiten meiner Kolleginnen und Kollegen hinzufügen, dass die Menschen in diesem Land wirklich gute Voraussetzungen mitbringen. Das Problem ist nicht primär bei den Menschen zu suchen, sondern die Frage ist, wie das System mit ihnen umgeht. Sie können das auch belegen mit Studien aus der Jugendforschung, in der die Kinder nicht so sehr mit dem System konfrontiert sind, sondern eigene Konzepte entwickeln können. Ich kenne Beispiele zu Themen wie Europa oder Migration, da sehen Sie exzellente Ergebnisse, besser als bei den Erwachsenen. Das ermutigt mich wirklich, den Glauben zu entwickeln, dass wir eine Politik brauchen, die begreift, dass wir ein systemimmanentes Problem haben und nicht primär ein Problem, das unmittelbar und primär mit den Menschen verbunden ist.

Frage aus dem Publikum

Noch mal zu der Frage, warum wir so veränderungsresistent sind. Herr Fthenakis hat uns in seinem Vortrag ein kleines Beispiel gegeben: diese Kongruenz der Vaterschaftskonstruktion von Männern und Frauen. Wenn diese Konstruktionen immer noch so sind, ist das auf jeden Fall ein Moment, das vielleicht doch mehr Aufmerksamkeit bedarf: Mit welchen kulturellen Konstruktionen leben wir eigentlich? Welche Veränderungen sind erforderlich, bevor eine Offenheit für neue Modelle da ist? Die Vertretungsgewalt ist doch derzeit gar nicht offen. Das sind zähe Konstruktionen, die sehr stark in jedem einzelnen verankert sind.

Prof. Uta Meier

Ich glaube auch, dass wir da noch - wie ich vorhin schon gesagt habe - ganz dicke Bretter bohren müssen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um schulische Ganztagsbetreuung habe ich mir zum Beispiel eine Denkschrift des Lehrerverbands zur „Ganztagsschule und schulischen Ganztagsbetreuung“ angesehen. Es ist eine Denkschrift, sie ist handlungsleitend, von Menschen, die sich an die Spitze der Bewegung setzen müssten und da heißt es dann: „Ganztagsbetreuung und Ganztagschule werden in ihrer gesellschaftspolitischen Wirksamkeit überschätzt und sie fördern eher die Bereitschaft der Eltern immer mehr originäre erzieherische Aufgaben an den Staat zu delegieren und die Ganztagschule sei letztendlich nur die zweitbeste Lösung. Sie sollten die Eltern nicht dazu verführen, noch mehr außer Haus erziehen zu lassen.“

Wir müssen wahrnehmen, dass es in unserer Gesellschaft noch starke Interessensgruppen gibt, die auch in Entscheidungspositionen sitzen und die derzeit unglaublich mauern. Da gibt es Interessenswidersprüche und ich glaube, dass wir hier vielfach tatsächlich Denkblockaden haben. Sie sind ein Teil dieser Gesellschaft, und es braucht eine Weile und es braucht Gegen- druck. Das sind schließlich keine Argumente von irgendwelchen abseitigen Menschen, sondern das ist ein großer Verband, der in Verantwortungspositionen sitzt und der überlegen müsste: „Machen wir das jetzt an dieser Schule, ja oder nein?“ Man kann das vorantreiben und man kann es auch unterlaufen. Ich glaube, wir müssen weiterhin „Best-Practice“ umsetzen und auch die Eltern einbeziehen. Wenn nicht zu übersehen ist, dass es für die Kinder gut ist, dann besteht die Hoffnung, dass diese Einstellungen ein Auslaufmodell sind.

Prof. Wassilios E. Fthenakis

Das ist vollkommen richtig, dass die Makroebene mit ihren Normen und Ideologien eine un- glaubliche Resistenz entwickelt gegen Veränderungen auf der Systemebene. Wir haben ein System, das sehr tragfähig ist, sehr zurückhaltend ist, wenn es darum geht, wirklich Positionen aufzugeben und das System weiterzuentwickeln. Ich habe das in zwei Bereichen kennen ge- lernt. Ich habe Sachverständigen des Bundesverfassungsgerichts 1982 die Frage beantwortet: Die Philosophie und die Qualität dieser Rechtsordnung wird, wenn sie weiter angewandt wird, nachhaltige Auswirkungen auf die Entwicklungen von Kindern und auf die weitere Entwicklung

des familiären Systems nach einer Scheidung mit sich bringen. Daraufhin hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber beauftragt, die Philosophie zu verändern und das Kinderschaftsrecht zu reformieren. 17 Jahre hat das gedauert. Und es bedurfte mehrerer Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, um etwas zu bewegen.

Das zweite ist, ich habe dieses Gutachten, das ich erwähnt habe, voriges Jahr vorgelegt. Wir haben das gesamte System unter die Lupe genommen, weil ich das System einer kritischen Analyse unterwerfen wollte. Wir haben 145 Empfehlungen zur Reform im gesamten Bildungssystem abgegeben. Jetzt beobachten Sie mal die nächsten Jahre, wie lange es dauern wird, um überhaupt Teile davon umzusetzen. Das System ist träge, das ist das Problem.

Stephan Lüke

Ich binde in meine letzte Frage gleich zwei ein. Die eine, Herr Fthenakis hat mir im Grunde gerade das Stichwort geliefert, wenn wir das Glück haben in zehn Jahren wieder hier zu sitzen, wie reden wir dann über Familien und unser Bildungssystem?

Und als zweitens würde mich noch interessieren, wie bekommen wir diese häufig festzustellenden Nichtkontakte zwischen Elternhäusern und Bildungseinrichtungen beseitigt?

Prof. Uta Meier

Ich wünsche mir, in zehn Jahren wieder hier zu sitzen und den Eindruck zu haben, die Veränderungen in diesen zehn Jahren haben, von der Bilanz her, eine höhere Geschwindigkeit gehabt, als die zehn Jahre zuvor.

Was ihre zweite Frage angeht, die Einbeziehung von Eltern: Wenn Schule tatsächlich Eltern als Partner in diesen Prozess einbezieht und sie nicht belehrt, was zu Hause noch alles zu erledigen ist, dann werden auch Eltern sich auf diesen Prozess einlassen, denn sie sind im Grunde genommen auf Unterstützung angewiesen. Wir haben teilweise eine solche Hilflosigkeit angetroffen, und zwar quer durch alle Bildungsgruppen, zur Frage: Was ist die richtige Erziehung für unsere Kinder? Die teilweise vorzufindende Professionalisierung von und die vielen Erwartungshaltungen an Elternschaft, führt auch dazu, dass man sagt: „Ach, irgendwie lieber kein Kind, das schaffe ich ja gar nicht.“ Es ist quer durch alle Gruppen der Gesellschaft eine Verunsicherung eingetreten. Wenn wir ein gutes partnerschaftliches Setting von außerfamiliären Unterstützungsangeboten haben, die natürlich auch vernetzt agieren müssen, dann werden - glaube ich - Eltern auf solche Angebote eingehen. Bis jetzt haben wir sie ja vielfach gar nicht. Wo sollen die Eltern sich hinwenden? Ich bin in dieser Beziehung nicht so pessimistisch.

Prof. Wassilios E. Fthenakis

In zehn Jahren werden Sie mich nicht mehr einladen, da werde ich nämlich 77 Jahre alt sein. Dann werden Sie, zu Recht, Jüngere einladen. Ich wünsche Ihnen jedoch, dass Sie nicht dieselben Fragen diskutieren und wenn das sein muss, dass Sie für diese Fragen noch bessere Antworten bekommen, als wir heute alle miteinander bereitzustellen in der Lage sind.

Und vor allem, dass Sie bis dahin lernen, mit Familien anders umzugehen, als das bisher gelingen konnte. Ich habe das in einem Projekt versucht, indem ich sagte: Ich werde nicht die Familien einladen. Ich werde den Familien eine Offerte vorlegen. Ich habe im Internet ein Familienhandbuch mit über 500 Expert/innen realisiert. Es gibt über 14 Bände mit Informationen. Nach zweieinhalb Jahren stelle ich fest, dass mehr als zwei Millionen Menschen davon Gebrauch machen. Da es sich fast ausschließlich um Familieninhalte handelt, gehe ich davon aus, dass viele Nutzer/innen auch Familienmitglieder sind. Das heißt, wir müssen die Philosophie der Annäherung an die Familie verändern. Diese starke Institutionalisierung, die wir bisher gepflegt haben, muss aufgegeben werden. Familien suchen Rat eher nicht bei Institutionen. Glauben Sie, dass eine Familie je an der Tür eines Kindergartens klopft, wenn sie kein Kind hätte, dass diese Einrichtung besucht und das, obwohl alle dieser Einrichtung gegenüber freundlich eingestellt sind. Sie gehen lieber zur Freundin, zu Verwandten, zu informellen Netzen, und ich würde mir wünschen, dass dieses Kapital, das wir haben, noch mehr zugunsten der Familien genutzt wird. Die starke Institutionalisierung würde ich erheblich zurückfahren wollen, auch wenn es manchem/r Kolleg/in nicht gefällt. Vielen Dank.

Dr. Vojtěch Belling

Ministerium für Arbeit und Soziales, Tschechische Republik

Perspektiven der Familienpolitik nach der EU-Osterweiterung

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte als erstes den Organisatoren für die Gelegenheit danken, an diesem sehr interessanten Symposium teilnehmen zu können. Die besprochene Problematik gehört dank deren Wichtigkeit zu den meist diskutierten und beachteten Themen. Mein Referat soll dem Thema „Perspektiven der Familienpolitik nach der EU-Osterweiterung“ gewidmet sein. Weil ich aus einem neuen Mitgliedsstaat komme, möchte ich über die Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Raum sprechen, die man bei der Debatte über eine europäische Familienpolitik nutzen kann. In Tschechien ist die Familienpolitik ein neuer Bereich, aber ich hoffe trotzdem, dass mein Beitrag für Sie als Information über die Situation bei Ihren Nachbarn interessant sein wird.

Wir alle wissen, Europa ist heute ein Kontinent, der ist vom Aussterben bedroht. Die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung sind unnachdsichtig: im Falle der Erhaltung des gegenwärtigen Niveaus würden in den nächsten Jahrhunderten in Europa nur ein paar Millionen Menschen leben. Es geht jedoch nicht nur um die demographische Entwicklung. Gerade die Familie, die in der Werteskala der Europäer den ersten Platz einnimmt, ist in ihrer innerer Struktur und in der Ausübung ihrer natürlichen Funktionen bedroht: der Reproduktions-, Sozialisations- und Wirtschaftsfunktionen. Die verschiedenen nicht-traditionellen Lebensformen werden mehr und mehr zu einer Alternative zum Familienleben. In diesem Moment erscheint die Frage sehr aktuell: Was sollte die Gesellschaft, bzw. der Staat machen für die Erhaltung und Unterstützung der Familie im Vollzug ihrer Funktionen, die für das gesellschaftliche Überleben unerlässlich sind?

Die europäischen Länder beantworten diese Frage in verschiedener Weise, im Zusammenhang mit ihren kulturellen Traditionen, Modellen des Sozialstaates, religiösem Erben und politischer Richtung. Ich möchte an dieser Stelle nicht über Modelle der europäischen Familienpolitik reden, weil es nicht das Thema meines Vortrages ist. Dennoch lässt sich sagen, dass für die westeuropäischen Länder eine starke Förderung der Familie charakteristisch ist. Die Tradition der institutionalisierten Familienpolitik geht zum Beispiel in Deutschland bis in die 50er Jahre, und in einigen anderen Staaten noch weiter, zurück. Gerade in Deutschland und Frankreich wird die Familienpolitik als Institutionenpolitik verstanden, als Unterstützung der Familie als Ganzes, mit allen ihren Funktionen. Umgekehrt war in den Ländern des kommunistischen Blocks die sog. Familienpolitik auf Populations- und Wirtschaftsziele gerichtet. Es ging um die Erhöhung der Geburtenrate und der Erwerbstätigkeit beider Eltern. Das Ergebnis war die Unterordnung der familienfreundlichen Maßnahmen unter die Stärkung der biologisch - reproduktiven Funktionen der Familie und die Elimination aller ihrer anderen Funktionen.

Als Beleg dieses Prozesses lassen sich Passagen eines Dokuments zitieren, das der kommunistischen Regierung in der Tschechoslowakei noch im Jahre 1989 vom Forschungsinstitut für Arbeit und Sozialentwicklung vorgelegt wurde. Diese sog. Konzeption der Familienpolitik benennt folgende Ziele der staatlichen Populations-Familienpolitik:

- Befreiung des Haushalts, d.h. Ziel ist es, Frauen bei der Sorge um Haushalt, Kinderbetreuung und Erziehung zu entlasten und ihr ermöglichen, sich in der Arbeit zu realisieren.
- Institutionalisierung der Kinderbetreuung, d.h. Ausbau der Institutionen, die die Körper- und Geistesentwicklung der Kinder ab ihrer Geburt sicherstellt. Dieses Ziel wurde „Transfer der Sozialisationsfunktion von der Familie auf die Schule und andere Institutionen“ genannt.
- Emanzipation der Familie vom Netz der Verwandtschaftsfesseln
- Entökonomisierung der Familie, d.h. die Befreiung der Familie von den produktiven Funktionen

Ich meine, dass ich dies nicht weiter erläutern muss. Paradoxer Weise führte diese totalitäre Bevölkerungs- und Arbeitsbeschäftigungspolitik zu einer Stärkung der innerfamiliären Verbundenheit und der Zwischengenerationensolidarität. Viele Menschen haben sich von der allmächtigen totalitären Macht in der öffentlichen Sphäre zu ihren Familien gekehrt. Dennoch ist für die Zeit vor 1989 eine starke Intervention des Staates in alle private Bereiche des menschlichen Lebens spürbar, sowie seines Streben zur Beschränkung der Familie auf die biologisch-reproduktive Einheit. Durch die hoch entwickelte Infrastruktur der Dienste, wie Krippen, Wäschereien, Speiselokale usw. wurde Familie allmählich von der Arbeitswelt ausgegrenzt. Ein unbestreitbarer Erfolg war der Anstieg der Bevölkerungszahlen in der totalitären Zeit. Dennoch bleibt die Frage unbeantwortet, ob es hier um das Erfolg der kommunistischen Populationspolitik oder eine Folge der oben genannten Verschließung der Menschen ins Familienleben ging.

Nach dem Jahre 1989 haben sich die ostmitteleuropäischen Gesellschaften schnell dem westeuropäischen Wirtschaftssystem angenähert und deren kulturelle Modelle übernommen. Diese Entwicklung hatte tiefe Veränderungen im Familienverhalten der Bevölkerung zur Folge, wesentlich schneller als Veränderungen in den Wertestellungen der Familie als Institution. In diesem Zusammenhang spricht man vom Beginn der Phase des zweiten demographischen Überganges, der in der Tschechischen Republik, aber auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, mit einer zwanzigjährigen Verspätung im Vergleich zu Westeuropa ankommt. Seine charakteristischen Zeichen sind die sinkende Geburtenrate, niedrige Heiratsrate, sinkende Sterblichkeit und simultane Steigerung des Heiratsalters und des Alters der ersten Geburt.

Während diese Tatsache unumstritten in Folge der demographischen Untersuchungen sind, herrschen weiterhin unterschiedliche Anschauungen in Bezug auf die Ursachen und gegenseitigen Beziehung der sozioökonomischen und werte-kulturellen Aspekte, die auf diese Umwandlung Einfluss hatten. Unterschiedliche Ansichten haben auch zur Entstehung verschiedener Haltungen zur Familienförderung seitens der öffentlichen Macht geführt. Für ein gemeinsames Zeichen in den Modellen der Sozialsysteme der postkommunistischen Länder wird das Phänomen der sogenannten Refamilisation gehalten, wie es von der britischen Professorin Linda Hantrais beschrieben wurde. Darunter versteht man die Erhöhung der menschlichen Abhängigkeit von traditionellen Familienbindungen im Vergleich zur vorangehenden Ära, in der das ganze menschliche Leben in allen Bereichen vom Staate versorgt wurde.

Auffassungen der Familienpolitik haben sich in einzelnen Staaten im Laufe der neunziger Jahre abhängig von den werte-politischen Stellungen, sozioökonomischen Umständen und kulturellen Traditionen entwickelt. Ein Einheit stiftendes Element war und ist jedoch eine Ablehnung des Primats der Populationsziele des Staates. Nach dem tschechischen sog. Szenario der Sozialreform aus dem Jahre 1990 sollte zum Ziel der Familienpolitik die Unterstützung aller Familienfunktionen werden im Gegensatz zur bisherigen Bevölkerungspolitik. Die neue politische Repräsentation hat auch die kommunistische Arbeitsbeschäftigungspolitik der Frauen stark kritisiert, nach der wir „die höchste Arbeitsbeschäftigung der Frauen in Europa unbedacht erreicht hatten.“ Im Gegenteil forderte sie im Bereich der Familienpolitik die volle Anerkennung der mütterlichen Kinderbetreuung als vollwertige Alternative einer Erwerbstätigkeit.

Ähnlich haben sich Erwägungen über Familienpolitik auch in der Mehrheit anderer Staaten entwickelt. Anstatt demographischer Ziele wurde als Priorität die Unterstützung der Familie als gesellschaftlich relevanten Subjekts mit unersetzlichen Funktionen bezeichnet. Ihre konkrete Ausfertigung hat sich jedoch auf sehr unterschiedliche Weise entwickelt. In Polen, Ungarn und der Slowakei gibt es eine explizite Familienpolitik, die von Prioritäten ausgeht, die in Regierungskonzeptionsdokumenten in den neunziger Jahren definiert wurden. Außerdem entstanden in der Slowakei und Polen auch komplexe Familienberichte, die den aktuellen Stand des Familienlebens in diesen Ländern erfassen. In diesen zuletzt genannten Ländern sind somit alle Eingriffe des Staates im Bereich der Familienunterstützung in Einklang gebracht mit einheitlich definierten Zielen. Die Systeme der Koordinierung sind jedoch verschieden: In Polen gibt es die Funktion eines Regierungsbeauftragten für Familienfragen, in der Slowakei und Ungarn beschäftigen sich mit diesem Bereich die Ministerien für Arbeit und Soziales.

Im Gegensatz zu den Nachbarstaaten des postkommunistischen Blockes hatte die Tschechische Republik bisher keine explizite Familienpolitik. Die schnelle Abkehr von der Bevölkerungspolitik wurde trotz des aussichtsvollen Beginns durch kein neues System der Familienförderung begleitet. Die Maßnahmen zur Familienunterstützung waren nicht koordiniert und blieben auf die Sphäre der Sozialpolitik beschränkt. Erst in den letzten Jahren hat sich das Interesse der Regierung an der Familienpolitik erhöht, und zwar im Zusammenhang mit der negativen demographischen Entwicklung. Die Tschechische Republik ist heute ein Staat mit der zweitniedrigsten Geburtsrate in der Welt. Im letzten Jahr waren es nur 1,18 neugeborene Kinder pro Frau. Die Regierung hat deswegen den ersten Familienbericht verfasst, der die derzeitige Gestalt der Familienunterstützung scharf kritisiert. Auf dieser Grundlage soll die Konzeption der staatlichen Familienpolitik entstehen, für die die Abteilung für Familienpolitik im Ministerium für Arbeit und Soziales zuständig ist.

Die jetzigen Maßnahmen der Familienpolitik sind in der Tschechischen Republik, sowie in den anderen mitteleuropäischen Nachbarstaaten auf finanzielle Transfers konzentriert. Diese ökonomische Intervention ist als Kompensation der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Familien konzipiert. Während früher diese Hilfe mehrheitlich vom Einkommen abhängig war, hat sich in den letzten Jahren die Tendenz zur horizontalen Redistribution von Kinderlosen zu Familien mit Kindern erhöht. Zugleich verschiebt sich die finanzielle Unterstützung von Sozialtransfers zu Steuervergünstigungen. So werden nun in der Slowakei wie auch in Tschechien neue universale Steuervergünstigungen in Form eines Kindergeldes eingeführt, sowie ein fakultatives Ehegattensplitting.

Dennoch ist bisher die finanzielle Unterstützung von einer Benachteiligung der ehelichen Familien im Vergleich mit nichtehelichen Partnerschaften mit Kindern gekennzeichnet. Diese Diskriminierung der Ehe wurde in der Sphäre der Sozialpolitik und Wohnungspolitik auch im tschechischen Familienbericht kritisiert. Vornehmlich für einkommensschwache Familien ist es heute vorteilhaft in nichtehelichen Partnerschaften zu leben. Für die Demographen ist dieser Umstand ein wichtiger Grund für die sinkende Heirats- und Geburtenrate. Daher soll die Unterstützung der Ehe nicht nur mit Hinsicht auf die Stabilität der Familie, sondern auch wegen der Populationsziele zu einer der Prioritäten der familienpolitischen Konzeption werden. Die Vorbereitung und Erziehung junger Menschen auf die Ehe, wie wir es aus den Vereinigten Staaten kennen, ist deswegen seit diesem Jahr eines der Programme der staatlichen Politik. Die Unterstützung dieser Form des Familienlebens ist die Priorität der Familienpolitik in der Mehrheit der ostmitteleuropäischen Länder, möglicherweise im gewissen Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten.

Im Rahmen der finanziellen Unterstützung der Familie ist es nötig auch über den Ansatz zu reden, der um die Vergünstigung der betreuenden Familien geführt wird. Einerseits wird in der Tschechischen Republik die Erhöhung des Erziehungsgeldes auf das Niveau des minimalen Einkommens diskutiert. Während die Elternzeit (sog. Elternurlaub) eine der längsten in der Welt ist (insgesamt 4 Jahre), nähert sich die Höhe des Erziehungsgeldes keineswegs einem Lasten- und Leistungsausgleich an. Andererseits überlegt man auch Vergünstigungen der elterlichen Kinderbetreuung in der Rentenreform nach dem schweizerischen Vorbild. Dies ist jedoch eine politische Frage, die während der Debatte über die Sozialreform gelöst werden muss.

Neben den finanziellen Instrumenten setzen sich immer mehr auch nicht finanzielle Maßnahmen als vollwertige Formen der Familienpolitik durch. Diese sind vornehmlich im Rahmen der Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verwirklicht. Der Staat versucht, eine leichte Rückkehr der Eltern auf den Arbeitsmarkt nach dem Ende der Elternzeit zu ermöglichen. Während in manchen westeuropäischen Ländern ein zeitliches Nebeneinander von Familie und Beruf angestrebt wird, steht in Ostmitteleuropa ein zeitliches Nacheinander im Vordergrund, also die sequentielle Vereinbarkeit. Der Staat unterstützt Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten und Qualifizierungskurse während der Elternzeit. Seit dem Jahre 2000 ist auch der Wechsel der Eltern während der Elternzeit möglich. In nächster Zeit soll die Institution des Vaterurlaubs nach der Kindergeburt eingeführt werden.

Die sequentielle Vereinbarkeit wird in den ostmitteleuropäischen Staaten unterstützt mit Blick auf die Perspektive des Kleinkindes. Das Erbe der totalitären Diktatur erinnert an die Versuche des Staates an eine Übernahme der Sozialisationsfunktionen der Familie, die sich im System der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren niederschlägt. Gerade in diesem Punkt läuft die Grenze zwischen Bevölkerungspolitik, die auf die Eliminierung der Betreuungsfunktionen der Familie gerichtet ist, und der Familienpolitik als Förderung der natürlichen Familienfunktionen. Selbstverständlich ist es auch eine Frage einer wirklichen Wahlfreiheit.

Während z.B. in skandinavischen Ländern die Kinderbetreuungseinrichtungen staatlich organisiert und gefördert werden, wird in Ostmitteleuropa nach der totalitären Erfahrung die individuelle Betreuung des Kleinkindes durch Vater oder Mutter unterstützt. Deswegen wird auch der strittige Untergang des zuvor hoch entwickelten Krippensystems gefördert, wie es Pädiatrie-Experten verlangen. Eine größere Aufmerksamkeit ist auf die innovativen Arten der Kinderbetreuung gerichtet, sowie auch auf einige spezifische Dienste, wie z.B. Mütterzentren. Diese werden seit diesem Jahr staatlich subventioniert.

Die zurückhaltende Stellung zu Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren steht in keinem Fall im Gegensatz zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die staatliche Familienpolitik in Tschechien, sowie in der Slowakei und anderen Ländern, bevorzugt andere legislative Instrumente. Das Vereinbarkeitsthema muss auch aus der Kinderperspektive gesehen werden. In älteren Alterskategorien der Kinder wird die kollektive Betreuung gefördert, mit Hinsicht auf den Bedarf der Sozialisation des Kindes im Kollektiv. Der fünfte Jahrgang des Kindergartens wird ab dem nächsten Jahr sogar vom Staate bezahlt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte jetzt zum Hauptthema zurückkehren, zu den Perspektiven der Familienpolitik nach der EU-Osterweiterung. Wir wissen, der EU-Beitritt wird die Familienpolitik der einzelnen neuen Mitgliedsstaaten nicht unmittelbar tangieren. Diese Sphäre gehört nicht unter die gemeinsam geteilten Kompetenzen, auch mit Hinsicht auf die verschiedenen Kultureinflüsse, Traditionen und sozialökonomischen Gegebenheiten. Trotz einiger Maßnahmen der europäischen Sozialpolitik, wie z.B. in der Legislative des freien Marktes oder der Asyl- und Immigrationspolitik, kann man nicht über eine europäische Familienpolitik reden. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Ansichten auf den Begriff der Familie ist eine Änderung kaum zu erwarten.

Trotzdem bin ich überzeugt, dass die EU-Osterweiterung einen Einfluss auf die Debatte über familienpolitische Reformen in den Mitgliedsstaaten haben wird. Die negative Erfahrung mit der totalitären Bevölkerungspolitik kann für die westeuropäischen Modelle der Familienpolitik lehrreich sein. Umgekehrt können sich die ostmitteleuropäischen Länder durch die erfolgreichen Systeme der Familienunterstützung in Westeuropa inspirieren lassen. Notwendig ist es, die unterschiedlichen kulturellen Modelle im Europa zu reflektieren. Es ist kein Geheimnis, dass das skandinavische Modell für Mitteleuropa wenig akzeptabel ist, genauso wie die angelsächsische liberale Familienpolitik. Das deutsche Vorbild der Familienpolitik als Institutionenpolitik nähert sich der mitteleuropäischen Realität weitaus mehr. Auf der anderen Seite können wir über einige Ausgangspunkte der Familienpolitik reden, die den europäischen Ländern gemeinsam sein sollten. Die politischen Akteure sollten in Betracht nehmen, dass Familie eine soziale Gruppe ist, die relevant für die ganze Gesellschaft sowie für den Staat ist. Das öffentliche Interesse an der Familienunterstützung muss in der Situation der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber der Familie zu einer natürlichen Anregung für eine explizite Familienpolitik werden.

Familienpolitik lässt sich als ein Komplex der öffentlichen Tätigkeiten und Maßnahmen verstehen, die sich bewusst an eine Anerkennung und Unterstützung der Familienfunktionen in der Gesellschaft richten. Diese Maßnahmen sollten den Charakter eines Lastenausgleichs und einer Leistungsbewertung haben. Sie können deswegen nicht allein auf die bevölkerungspolitische oder sozialpolitische Dimension beschränkt werden. Familienpolitik ist als Querschnittsaufgabe zu bezeichnen, die auf die Förderung der Fähigkeit der Familien gerichtet ist, ihre na-

türlichen Funktionen zu erfüllen. Sie sollte daher sämtliche Politikbereiche betreffen, wie Sozialpolitik, Bildungspolitik, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik usw. Eine solche Auffassung ist auch in den neuen EU-Mitgliedstaaten zur Grundlage der Familienpolitik geworden.

Das langfristige Ziel der Familienpolitik ist die institutionelle Förderung der gesunden funktionierenden Familie und der Familiengründungen. Die konkrete Auffassung der Unterstützung der einzelnen Familienfunktionen ist von sozioökonomischen und Bevölkerungsfaktoren abhängig. In Staaten mit steigender Geburtsrate sind familienfreundlichen Maßnahmen auf die Entwicklung des Humanvermögens gerichtet, in Ländern mit sinkender Geburtsrate steht die Unterstützung der generativen Funktion im Vordergrund. Die anderen Familienfunktionen können jedoch nie vergessen werden. Gerade die Rücksicht auf die natürlichen Familienfunktionen und ihre gesellschaftliche Bedeutung ist der dauerhafte Ausgangspunkt der staatlichen Politik gegenüber Familien. Ihre Struktur muss dem Zwecke entsprechen, die Benachteiligung der Familie im Vergleich zu anderen Lebensformen auszugleichen. In der Situation, in der die Leistung der Familienfunktionen nicht durch das Kind als ihr Objekt kompensiert wird, sollten die Gesellschaft und der Staat diese ausgleichende Rolle übernehmen. Der Staat ist vom Bestehen der Familien abhängig. Deswegen ist neben der vertikalen auch eine horizontale Solidarität als die Bedingung jeder Familienpolitik zu verstehen.

Eine Familienpolitik muss sich gleichzeitig an bestimmte ethische Grundlagen anlehnen, die einerseits durch die Werte des kulturellen Raumes andererseits durch die konkreten Positionen der politischen Repräsentation geprägt sind. Gerade die wertekulturellen ethischen Kriterien sind das Fundament für die Handlung der Staats- und Selbstverwaltungsorgane sowie der Zivilgesellschaft im Bereich der Familie. Neben ihren spezifischen und regionalabhängigen Quellen sind das Fundament die Traditionen des europäischen Humanismus und der Menschenwürde, der Freiheitsidee und auch die christliche Auffassung von Familie als Grundstein der Gesellschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Charakter der Familienpolitik als einer Intervention des Staates in die private Sphäre führt uns zu der Frage, wo liegt die Legitimität solcher Eingriffe in das Familienleben. Die ökonomische und sozialökologische Unterstützung der Familie wird zum Instrument, das private Entscheidungen (wie z. B. Kinder zu haben) beeinflusst. Daher werden solche Positionen ab und zu von liberaler Seite abgelehnt. Diese Argumente waren lange Zeit typisch für die angelsächsische Länder, und sind häufig in den neuen EU Mitgliedsstaaten zu hören. Auf der anderen Seite kann man Versuche sehen, die Familienpolitik den Interessen des Staates in der Arbeitsmarktpolitik unterzuordnen.

Ich meine, dass die einzige Möglichkeit für eine erfolgreiche Familienpolitik in der Vereinbarung der Familienunterstützung und dem Respekt der Autonomie und Selbstständigkeit der Familien liegt. Gerade in der autonomen Ausübung ihrer Funktionen bringt die Familie den Gewinn für die Gesellschaft. Der Familie muss daher die volle Wahlfreiheit bekommen über die Art und Weise der Kinderbetreuung und Erziehung sowie dem Verhältnis zwischen Familienarbeit und Berufsarbeit. Der Staat sollte nur die Bedingungen für diese Wahlfreiheit bereitstellen. Diese Autonomie hat natürlich ihre Grenzen im Falle der Gesetzesverletzung in der Familie, wie z. B. Familiengewalt. Familienpolitik ist jedoch in der tschechischen Fassung die Förderung der Familie als Institution, nicht der einzelnen Familienmitglieder, also keine Familienmitgliederpolitik. Nur eine Stärkung der innerfamiliären Fesseln ist, meiner Meinung nach, die Perspektive einer erfolgreichen Familienpolitik in Europa.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Diskussionsrunde

Frage aus dem Publikum

Sie haben gesagt, die tschechische Republik würde innovative Ansätze tragen. Verstehen Sie darunter auch die Betreuung der Kleinkinder durch Tagesmütter und in welcher Form werden sie unterstützt?

Dr. Vojtěch Belling

Sie haben Recht, diese innovativen Formen der Kinderbetreuung beispielsweise Tagesmütter, wie Sie es von Deutschland und anderen Ländern kennen, haben wir in Tschechien nicht. Auch Mütterzentren, die Eltern in der Phase des Erziehungsurlaubs nutzen können, um sich mit anderen Eltern zu treffen und auszutauschen und das Kind für ein, zwei, drei Stunden betreuen lassen können, wenn sie zum Beispiel einkaufen oder zu einem Beamten gehen wollen, sind in der tschechischen Republik nicht vorhanden. Es gibt keine breite Skala der verschiedenen Möglichkeiten für diese nicht-traditionelle Kinderbetreuung. Die Tschechische Republik ist gegen das System der Krippen, wie wir es vor dem Jahre 1989 kannten, eingestellt. Das ist nicht nur die Position meines Ministeriums, sondern vornehmlich die des Ministeriums für Gesundheit, die diese Position mit Rücksicht auf die Gesundheit des Kindes fordern und vertreten. Es ist nicht nur eine Frage der Familienpolitik, sondern auch der Kindergesundheitspolitik.

Stephan Lüke

Ich sehe einen Widerspruch. Sie sagten, die Familie soll die völlige Wahlfreiheit haben. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, werden Krippenplätze abgebaut. Sie haben vorhin Zahlen genannt: es gibt im Grunde keine mehr. Haben die Eltern dann überhaupt noch eine Wahl, ob sie das Kind unter drei Jahren betreuen lassen?

Dr. Vojtěch Belling

Wir fördern die Wahlfreiheit, aber diese Freiheit wird in der tschechischen Republik vornehmlich aus der Perspektive des Kindes, in Hinblick auf die Gesundheit des Kindes, betrachtet und nicht nur aus der Perspektive der Eltern.

Frage aus dem Publikum

Hat man als Eltern die Freiheit, sein Kind zur Tagesmutter zu geben, wenn es unter drei ist? Sie haben auch gesagt, Familienpolitik sei Querschnittsaufgabe. Wie wirkt sich das in der Zusammenarbeit der Ministerien aus?

Dr. Vojtěch Belling

Zu der ersten Frage: Wie ich gesagt habe, man betrachtet das aus der Perspektive der Kindergesundheit. Es gibt einen Unterschied zwischen dem Krippensystem, in dem es eine kollektive Kinderbetreuung gibt und dem System der Tagesmutter, die nur drei bis vier Kinder betreut. Wenn wir über eine starke Reform des Krippensystems sprechen könnten, auch mit bildungspolitischen Zielen, dann wäre auch eine Diskussion über das Überleben des Krippensystems möglich. In der heutigen Situation werden aufgrund der Positionen der Pädiatrie nur die nicht-traditionellen Institute gefördert, nicht das Krippensystem.

Zur zweiten Frage muss ich sagen, dass wir da eine schwierige Situation oder Position haben. Für Familienpolitik ist das Ministerium für Arbeit und Soziales in der Tschechischen Republik zuständig. In diesem Ministerium gibt es ein Department für Familienpolitik und Sozialarbeit. Aus dieser Abteilung sollen die familienfreundlichen Maßnahmen in den anderen Ministerien koordiniert werden. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium, dem Bildungsministerium, dem Finanzministerium und anderen Ministerien. Allerdings ist die Situation nicht ganz so positiv: Wenn wir etwas von den anderen Ministerien fordern, dann haben diese Ministerien bzw. der Ministerpräsident oder das Regierungsamt die Wahlfreiheit, zuzustimmen oder nicht. Derzeit wird eine Diskussion geführt über die Einrichtung eines neuen Ministeriums für Familie und Kinderfragen. Aber es ist eine politische Frage, dafür müsste das Kompetenzgesetz geändert werden. Diese Frage wird wahrscheinlich ein Problem der nächsten Regierung sein. Es geht nicht nur um Familienpolitik, sondern auch um Kinderpolitik im engeren Sinne. Das Gesundheitsministerium ist für die Kinder unter drei Jahren zuständig, das Bildungsministerium ist für die Kinder ab dem dritten Jahr zuständig und unser Ministerium ist für den sozialrechtlichen Schutz der Kinder zuständig. Es gibt eine wirkliche Zersplitterung und daher muss über ein neues System der Institutionen nachgedacht werden.

Frage aus dem Publikum

Ich habe eine Frage zur Wahlfreiheit. Sie haben das vor allem aus der Sicht des Kindes vorge-
tragen. Die Entscheidung, Kinder zu bekommen, treffen aber Erwachsene. Die Wahlfreiheit ist
ein Entscheidungsprozess dieser Erwachsenen: Verzichte ich auf Kinder oder möchte ich wel-
che haben? Das ist doch die Wahlfreiheit.

Dr. Vojtěch Belling

Das ist ein ambivalentes Thema. Darum habe ich mich über die Grenze der Bevölkerungs-
oder Populationspolitik und der Familienpolitik geäußert. Sie haben Recht, dass vornehmlich
die Länder, die ein gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem haben, auch ein höheres Popula-
tionsniveau haben, zum Beispiel die skandinavischen Länder. Es geht nicht darum, dass die
Regierung der Tschechischen Republik das System der Kinderbetreuung an sich abbauen
wollte. Es geht nur um das System der Krippen für die Kinder unter drei Jahren. Es gibt in die-
sem Bereich eine Präferenz für die individuelle Betreuung. Es wird derzeit darüber nachge-
dacht, welche Formen der individuellen Betreuung möglich sind. In der Diskussion um die For-
men nicht-elterlicher Kinderbetreuung dürfen nicht nur Bevölkerungs- oder Populationsziele im
Mittelpunkt stehen. Wir müssen auch – wie wir gestern gehört haben - bildungspolitischen Ziele
berücksichtigen. Darüber hinaus ist es sehr wichtig, den Eltern eine Möglichkeit zu geben, die
Form der Kinderbetreuung auswählen zu können. Der Staat muss aber kontrollieren, ob diese
Form der Betreuung für das Kind gut ist oder nicht.

Dr. Albin Nees

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht: „Die Erziehung der Eltern ist das natür-
liche Recht der Eltern. Sie zu fördern ist ihnen obliegende Pflicht.“ Aus der Beschreibung „na-
türliches Recht der Eltern“ muss man die Wahlfreiheit ableiten, die Eltern können entscheiden,
wie und wo ihre Kinder erzogen werden. Für mich ist das Manko in unserem System, dass wir,
dass der Steuerzahler ohne weiteres bereit ist, für die Entscheidung „Ich lasse mein Kind wäh-
rend dieser sechs oder neun Stunden in einer Krippe erziehen“, 700 Euro zu bezahlen, wäh-
rend für die Entscheidung „Ich erziehe mein Kind im eigenen Haushalt“ kein Geld zur Verfü-
gung gestellt wird. Da ist bei uns die Wahlfreiheit beeinträchtigt, weil für das eine Anreize ge-
geben werden und für das andere nicht. Unser Familienverband hat bisher immer gefordert, es
müsse eine Wahlfreiheit geben, das heißt, dass Gleiches gilt für gleiche Arbeit, damit die Eltern
frei entscheiden können, wie sie das Geld einsetzen wollen. Meine Frage: Wie ist die finanzielle
Sicherung der Familien während der ersten drei Lebensjahre des Kindes?

Dr. Vojtěch Belling

Wir haben Betreuungsgeld oder Elterngeld, das für vier Jahre nach der Geburt des Kindes ge-
zahlt wird. Die Bedingung für diese Zahlung ist, dass die Kinder individuell betreut werden. Die-
se individuelle Betreuung muss nicht unbedingt die elterliche Betreuung sein, es kann eine
Großmutter sein oder jemand anderes, so dass die Eltern beide einer Erwerbstätigkeit nachge-
hen können. Die Eltern erhalten kein Erziehungsgeld, wenn sie das Kind in eine Krippe oder
Kindergarten geben. Das hängt mit der Position, die ich bereits erwähnt habe, zusammen. Das
Elterngeld ist nicht einkommensabhängig, wie auch einige andere Transfersysteme, beim
Steuersystem, die ich angesprochen habe. Einkommensabhängig ist das Kindergeld im Sozial-
system, also das Kindergeld als ein soziales Geld. Aber Kindergeld aus Steuervergünstigung
ist auch einkommensunabhängig. Das ist nur davon abhängig, dass der Mann arbeitet und
Steuern zahlt.

Stephan Lüke

Ich habe eine Nachfrage, inwieweit ich das richtig verstanden habe. Sie haben gesagt, die Be-
dingung gilt auch für den Kindergarten?

Dr. Vojtěch Belling

Die Bedingungen für das Erziehungsgeld gelten für die Krippen, die Kindergärten und andere
kollektive Betreuungseinrichtungen. Die Bedingung, ob man dieses Erziehungsgeld erhält, ist
die individuelle Betreuung, entweder von den Eltern oder von jemand anderem.

Prof. Dr. László Márki

Landesverein kinderreicher Familien, Ungarn

Perspektiven für die Familienpolitik nach der EU-Osterweiterung

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung. Es ist mir eine Ehre, dass ich Ihnen vortragen kann.

Meine Damen und Herren, wir sind in einer dramatischen Lage in Europa. Die europäischen Völker verüben durch freiwilliges Aussterben einen langsamen Selbstmord. Davon müssen wir leider ausgehen. Ungarn war lange Zeit ein Vorreiter dieser Entwicklung. Die Bevölkerungszahl in Ungarn geht seit 1981 zurück. Die Gesellschaft will das nicht wahrnehmen, die Politiker mehr und mehr inzwischen. Das betrifft sowohl Ungarn, als auch die anderen europäischen Länder. Das Problem besteht nicht in der kleineren Bevölkerungszahl, selbst mit halb so vielen Einwohnern wäre Europa relativ dicht besiedelt. Es ist vielmehr eine immer stärker veralternde Gesellschaft, die Schwierigkeiten bereitet. Auf Einzelheiten gehe ich hierbei nicht ein, denn ich bin sicher, dass Sie darüber genug wissen. In Ungarn ist die Lage so ernst, dass sich die Demographen in einem Punkt einig sind: Wenn man die allgemeine Denkweise in sehr kurzer Zeit ändern könnte, so dass viel mehr Kinder auf die Welt kommen würden, dauerte es noch mindestens fünfzig Jahre, bis die demographische Tendenz umschwänge und die Bevölkerungszahl wieder wachsen würde. Viele Menschen, auch Politiker, leben noch in der Illusion, dass man eine Wundermethode finden könnte, die über Nacht alles anders aussehen lassen würde. Das ist ein Märchen, das wird nicht geschehen.

Die Veralterung der Gesellschaft bringt wahrscheinlich verheerende Folgen für die Wirtschaft mit sich. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Europäische Union dagegenwirken kann. Im Gegensatz zum vorherigen Vortrag werde ich wenig über die Lage in Ungarn sprechen. An einigen Stellen werde ich darauf eingehen, aber ich möchte vielmehr auf eine europäische Perspektive eingehen. Dazu gehört noch - damit ich doch ein paar Worte über Ungarn sage -, dass das demographische Problem in Ungarn wesentlich früher zutage kam, als in anderen europäischen Ländern. Das Problem war einigen Schriftstellern schon Mitte der sechziger Jahre bekannt, so dass sie tatsächlich die damalige kommunistische Parteiführung des Landes davon überzeugen konnten, dass hier etwas geschehen muss. Dementsprechend entwickelte sich in Ungarn ein ausgeklügeltes und vielseitig zusammengesetztes Familienunterstützungssystem. Das System besteht aus sehr vielen Teilen, und ist an und für sich recht gut. Die Höhe der Zuschüsse ist allerdings sehr niedrig, aber das ist eine andere Frage.

Wenn wir darüber nachdenken, was die Europäische Union tun kann, stellen wir fest, dass die EU keine Familienpolitik hat. Es wird oft gesagt wird, dass sie wegen des Prinzips der Subsidiarität auch keine betreiben kann. Trotzdem sind im letzten Jahr viele wichtige Papiere über das Familienwesen auf EU-Ebene entstanden:

- Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben
- die Lissaboner Erklärung der Europäischen Konföderation kinderreicher Familien
- das Dokument der Europäischen Vorbereitungskonferenz zum Weltfamiliengipfel in Wien
- die Diskussionschrift der Bischofskommission der Europäischen Gemeinschaft zu einer Familienstrategie der EU
- der Abschlußbericht der europäischen Region der Weltfamilienorganisation über die soziale Ausgrenzung der Familien in Europa und
- verschiedene Erklärungen der Europäischen Vereinigung der Hausfrauen.

Das sind alles Dokumente auf EU-Ebene. Dokumente und Papiere auf nationaler Ebene sind sehr zahlreich. Wir können in der Zeit weiter zurückgehen. Wie ich bei Max Wingen gelesen habe, steht in der in den fünfziger Jahren entstandenen „Rothenfelser Denkschrift“, dass die speziellen Bereiche der sozialen Sicherung insbesondere voraus setzen, dass - vorgeschaltet

vor alle Einzelgebiete der sozialen Sicherung - ein Familienlastenausgleich (nach dem, was wir gestern hören konnten, würde ich eher sagen, ein Familienleistungsausgleich), wirksam wird. Das wurde in den 50er-Jahren geschrieben. In vielen Ländern der EU steht die Umsetzung noch aus, nicht nur in den neuen Ländern der EU. Die Kopenhagener Erklärung von 1995 besagt:

„Es gibt eine Menge an produktiver, unbezahlter Arbeit, die für die Gesellschaft äußerst wichtig ist, wie zum Beispiel die Versorgung der Kinder und der betagten Personen, die Vorbereitung und Herstellung der Speisen für die Familie, die Umweltverteidigung, die freiwillige Hilfeleistung für Behinderte oder benachteiligte Personen oder Gruppen. In der ganzen Welt wird diese Arbeit größtenteils von Frauen geleistet, die oft eine doppelte Belastung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf sich nehmen. Bemühungen sind nötig, um die soziale und wirtschaftliche Wichtigkeit der unbezahlten Arbeit anzuerkennen und die Vereinbarkeit der bezahlten und unbezahlten Arbeit mittels flexibler Arbeitszeit zu erleichtern, und die freiwillige soziale Aktivität dadurch zu ermutigen, dass man den Begriff der produktiven Arbeit erweitert und die freiwillige soziale Arbeit wirklich anerkennt. Auch mittels der Erarbeitung von Methoden, die den Wert dieser Arbeit quantitativ erfassen, damit man sie auf nationaler Ebene ähnlich wie die bezahlte Arbeit in Betracht ziehen kann.“

Was ist seit dem auf diesem Gebiet geschehen? Wir müssen leider sagen: herzlich wenig. Die Vorschläge des 1999 angenommenen Hermage-Berichtes sind ebenfalls nicht verwirklicht worden. Dazu kommt noch, dass die „European Observatory on Social Situation, Demography and Family“ als unabhängige Einheit ihre Tätigkeit Ende dieses Jahres einstellt. Tatsächlich hat die Europäische Union nicht wenige Beschlüsse, die auch familienbezogen sind, diese sind jedoch meistens Empfehlungen, bezüglich derer die Regierungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Es könnte helfen, wenn die EU einen Beschluss hätte, durch den die Regierungen alle ein bis zwei Jahre über ihre familienpolitische Tätigkeit Bericht erstatten müssten mit Berichten von Familienorganisationen als Beilage, wie es z.B. im Problembereich „Chancengleichheit von Geschlechtern“ geschieht.

Die Familienfrage hängt auch mit den Kinderrechten zusammen. Die Deklaration der Kinderrechte schreibt vor, dass Maßnahmen für das Wohl des Kindes getroffen werden müssen. In der EU kommt das Kind jedoch nur in dem Fall ins Visier, wenn es ein Hindernis im Weg zur bezahlten Arbeit seiner Eltern darstellt. Man kann sagen: Jede Schwächung der Familien verstößt gegen die Kinderrechte, denn bei letzteren steht das Recht auf Familie auf den ersten Rängen. In der Europäischen Union sind die Eltern rechtlich strafbar, wenn sie ihrer Pflicht bezüglich der Ausbildung ihrer Kinder nicht nachgehen. Es gibt jedoch immer mehr Kinder mit verschiedenen Verhaltens- oder anderen Störungen, bei denen die Bildung nur mit einem hohen Aufwand an persönlicher Zuwendung erfolgreich verläuft, die innerhalb der Familie am wirksamsten ist. Für die Unterstützung der Familien bei diesen Aufgaben wird in der Regel nicht gesorgt. Die im eigenen Haushalt erfolgte Arbeit wird häufig missachtet und als wertlos abgestuft. Unter dem Kommunismus war es in unseren Ländern praktisch immer so, dadurch werden Hausfrauen sozial ausgegrenzt. Was macht die Europäische Union gegen diese soziale Ausgrenzung? Weiß die EU überhaupt, wie viele ihrer Bürger - vor allem Frauen - sich eine bessere Anerkennung der Hausarbeit wünschen, anstelle einer bezahlten Arbeit außerhalb des Hauses nachzugehen. Die EU hat ein statistisches Institut, das EuroStat. Dort werden solche Fragen überhaupt nicht behandelt.

Es ist sehr richtig, dass wir in den meisten Ländern mehr Kinderbetreuungsstätten verlangen. Wir müssen aber genauso laut fordern: Die Familien müssen frei und ohne wirtschaftlichen und sozialen Zwang entscheiden können, ob beide Eltern bezahlter Arbeit nachgehen, oder ob ein Elternteil lieber zu Hause bleibt, um Familienangehörige, Kinder, Alte oder andere bedürftige Personen zu pflegen. Besonders in kinderreichen Familien würde meistens die Mutter eher zu Hause bleiben, falls sie sich das leisten kann. Eine ausreichende finanzielle Unterstützung einer Familie mit vier, fünf oder mehr Kindern und einem bezahlten Arbeitnehmer kostet die Gesellschaft wesentlich weniger, als für die Kinder Plätze in Betreuungsstätten zu finanzieren. Im

Allgemein wird die unbezahlte Arbeit nirgendwo mitberechnet, obwohl sie laut verschiedener Studien mindestens 30% des Bruttosozialproduktes ausmacht. Wir haben keine allgemeinen Statistiken hierüber. Die Studien von einzelnen Wissenschaftlern zeigen aber ähnliche Resultate. Wenn man die unbezahlte Arbeit in der Kindererziehung in sehr zurückhaltender Weise berechnet und dann in Betracht zieht, was die Kinder in ihrem späteren Berufsleben für die Familie beziehungsweise für die gesamte Gesellschaft leisten, so stellt sich heraus, dass durch das heutige Neuverteilungssystem letzten Endes Gelder in bedeutender Höhe von den Kindererziehenden zu den Kinderlosen fließen. Das ist ein Problem, das in der Wirtschaftslehre „Schwarzfahrerproblem“ genannt wird. Verschiedene Leistungen sind vorhanden, z.B. der öffentlicher Stadtverkehr; und viele Leute meinen, wenn ich nun mit der Straßenbahn fahre und nicht bezahle, passiert der Stadt nichts. Das ist an und für sich richtig. Wenn zu viele Leute so denken, bricht das System zusammen. Ebenso ist es mit den verschiedenen sozialen Unterstützungen.

Über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird viel diskutiert. Der Abschlußbericht über soziale Ausgrenzung führt eine lange Liste von Feststellungen an, die bezeugen, dass unsere Gesellschaft und vor allem ihre Arbeitsorganisation grundsätzlich familienfeindlich sind. Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht es statistisch gesehen meistens um die Mütter. Wenn aber ein Mann seine Vaterrolle ernst nimmt, ist er benachteiligt. Statt Überstunden zu machen, eilt er nach Hause und ist folglich weniger erfolgreich im Beruf. Er kommt auf der Karriereleiter wesentlich langsamer voran. Dazu kommt noch, dass heutzutage eine „schöne“ Familie von der Außenwelt manchmal - leider zu selten - als persönlicher Erfolg für die Mutter betrachtet wird, nicht aber für den Vater. Und ein allein erziehender Vater ist im Beruf eindeutig schlechter gestellt, als eine allein erziehende Mutter. Die Vorgesetzten sehen eher ein, dass eine allein stehende Mutter zu Hause Pflichten zu verrichten hat, als sie das bei einem allein stehenden Vater tun.

Das Interesse der zukünftigen Generation wird in unserem politischen Leben oft vernachlässigt. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass im Entscheidungsprozeß die Minderjährigen nicht vertreten werden. Unser Wahlsystem ist nicht allgemein. In der heutigen demographischen Lage wäre es besonders wichtig, dass in Vertretung der Minderjährigen ihre gesetzlichen Erzieher bei den Wahlen zusätzliche Stimmen bekommen. Auf diesem Gebiet ist Deutschland eindeutig am weitesten voraus. In Ungarn haben wir das Problem seit 1994 auf der Tagesordnung, die Politiker wollen aber nicht zuhören.

Die finanzielle Unterstützung der Familien, die Kinder erziehen, ist von Land zu Land verschieden. Das betrifft sowohl die Vielseitigkeit des Systems als auch die Höhe der Zuschüsse und Vergünstigungen. Das mag in gewisser Hinsicht vernünftig sein, nicht aber, wenn man eine gravierende Chancenungleichheit der Kinder feststellen muss, je nachdem, in welchem EU-Land sie aufwachsen. Dies war der wichtigste Grund dafür, dass im März dieses Jahres die europäische Konföderation kinderreicher Familien gegründet wurde. Nach langen Diskussionen haben alle verstanden, dass man nicht verlangen darf, in der EU ein einheitliches Familienunterstützungssystem zu schaffen. Denn eine Nivellierung würde zwangsläufig mit sich bringen, dass die Unterstützung in einigen Ländern sinkt. Das würde auf Verlangen von Familienorganisationen in anderen Ländern geschehen. Vielmehr müssen wir gute Praktiken und bewährte Problemlösungen verbreiten. In vielen der neuen EU-Länder muss man leider mit finanziellen Schwierigkeiten in der Familienunterstützung rechnen. Diese Länder haben nun Zugang zur Entwicklungshilfe der Europäischen Union. Für diesen Zweck mussten sie einen nationalen Entwicklungsplan erarbeiten und mit der Europäischen Union absprechen. In diesem Plan konnten sie nur solche Punkte aufnehmen, die prinzipiell von der Europäischen Union finanzierbar sind. Familienwesen und Sozialwesen gehören nicht dazu. Diese Länder neigen nun dazu, vorwiegend die im nationalen Entwicklungsplan enthaltenen Projekte zu unterstützen, denn jeder hier investierte Euro bringt zwei weitere aus Brüssel. Es besteht eine sehr große Gefahr, dass Themen und Aufgabenbereiche, die nicht in einem Entwicklungsplan stehen, sehr stark vernachlässigt werden.

Einer der möglichen Gründe des Rückgangs der Geburtenzahlen ist eine immer stärker wachsende individualistische Einstellung und parallel dazu eine Minderung der gesellschaftlichen Kohäsion. Überall hört man von Rechten der Personen, sehr selten von ihren Pflichten und fast nie von ihrer Verantwortung, obwohl letztere die treibende Kraft jeder Demokratie ist. Das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit scheint in unseren Ländern überall stark zurückzugehen. Mit unseren Ländern meine ich nicht nur die früheren Ostblockstaaten, sondern sämtliche europäischen Länder. In dieser Hinsicht bedauere ich sehr, dass ein Bestreben nach Entwicklung von menschlichen Gemeinschaften in den Dokumenten und in der Politik der Europäischen Union überhaupt nicht zu finden ist.

Die Medien verbreiten vieles, das den Kindern schadet. Die Rechte der Kinder auf Entwicklung ihrer Persönlichkeit müssten Vorrang haben vor der Freiheit der Medien und der Werbung, Gewalt zu verharmlosen und den Entwicklungsprozess der Sexualität bei Kindern zu stören. Andererseits fehlt die positive Seite weitgehend. Wohlfunktionierende Familien werden in den Medien äußerst selten dargestellt. Sie fehlen auch in den Lesetexten der Schulbücher. In den Schul-Lesebüchern für die ersten 4 Schuljahre in Ungarn findet man keinen einzigen Text, in dem von einer Familie mit mindestens drei Kindern die Rede ist.

Familienpolitik ist kein Synonym für Armutsbekämpfung. Im Interesse der Kinder ist es wichtig, dass sie in einer stabilen Partnerbeziehung von Vater und Mutter aufwachsen. Es ist merkwürdig, dass Familienzusammenführung zum Beispiel bei Migrant/innen für wichtig gehalten wird, aber herzlich wenig geschieht, um dem Zerfall von Familien vorzubeugen. Die Stärkung der Familien müsste auf verschiedenen Ebenen laufen: Einerseits mittels einer Unterstützung von Eheberatungs- und Ehevorbereitungsprogrammen sowie Gemeinschaften von Familien und andererseits durch eine wohldurchdachte Erziehung zum Familienleben während der gesamten Vorschul- und Schulausbildung. Dies ist schon deshalb wichtig, weil viele Kinder aufwachsen, ohne normal funktionierende Familien aus der Nähe zu kennen. Es geht nicht darum, dass man Ehen, in denen die Ehepartner überhaupt nicht miteinander auskommen, mit Gewalt zusammenhält. Aber es ist eine negative Tendenz, wenn bereits beim ersten Streit ernsthaft überlegt wird, sich scheiden zu lassen. Viele Menschen wollen keine Verantwortung für eine andere Person übernehmen, und das ist gravierend, denn für die eigenen Kinder hat man Verantwortung, viele Menschen wollen diese Verantwortung nicht haben.

Was die ehemaligen Ostblockländer betrifft; Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe in der erweiterten Familie und zwischen Familien war von grundlegender Bedeutung während der Zeit des Kommunismus. Es waren die Familien, die das größte Hindernis darstellten bei der Verbreitung der kommunistischen Ideologie. Wesentlich mehr als die Kirchen, muss man sagen. Seitdem erleben wir eine immer stärkere Individualisierung, die allerdings weniger fortgeschritten ist im Vergleich zu den reicheren Ländern. Familie spielt eine wichtigere Rolle in den Gesellschaften der neuen EU-Länder als in den alten. Das mag das Vordringen des Familienwesens auf EU-Ebene stärken. Es ist wichtig, dass wir untereinander in Kontakt bleiben und Vorschläge im Familienwesen in möglichst breitem Konsens vorbringen. Ich habe viele Ideen, die auf EU-Ebene einzubringen wären.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Diskussionsrunde

Stephan Lüke

Sie haben eben, wenn ich das richtig verstanden habe, ein Plädoyer für den allein erziehenden Vater gehalten. Wie viel Prozent gibt es bei Ihnen?

Prof. Dr. László Márki

Eine genaue Zahl kann ich nicht nennen, sie ist gering. Die gängige Praxis ist, dass bei einer Scheidung die Kinder bei den Müttern gelassen werden. Es geht hier nicht um sehr viele Väter. Wir müssen zwei Sachen betrachten. Erstens, das was viele Menschen betrifft, ist für die Ge-

sellschaft wichtiger. Wir müssen aber auch sehen, dass einzelnen Personen möglichst keine Ungerechtigkeit geschieht.

Frage aus dem Publikum

Ihr Satz, Verantwortung in den Zeiten der Demokratie, ist ein Satz, den ich mir sehr genau merken werde. Ich habe eine Frage, Sie haben von der Problematik des Kindermangels gesprochen, ein Gedanke, der auch bei uns in den Kinderschuhen steckt. Sie haben aber gleichzeitig gesagt, wir würden in Deutschland weiter voran stehen als in Ungarn. Können Sie mir sagen, woran Sie das festmachen?

Prof. Dr. László Márki

Soweit ich weiß, gab es in Deutschland von Parlamentsmitgliedern aus sämtlichen Parlamentsparteien einen dementsprechenden Vorschlag im Parlament. Er ist zwar nicht angenommen worden, aber für ungarische Verhältnisse war es verblüffend, wie viele dafür stimmten. Ich muss Ihnen sagen, in dieser Frage ist Ungarn auch voraus. In den meisten Ländern ist man nicht einmal dazu gekommen, die Frage zu stellen: Was passiert mit der Vertretung der Minderjährigen?

Frage aus dem Publikum

Ich möchte gerne etwas über die Schwingung in Ungarn in Bezug auf Familie wissen. Gibt es einen Konsens in der Gesellschaft, wie gewisse Rollen funktionieren. Wie denken die ungarischen Frauen darüber? Gibt es beispielsweise ungarische Frauenverbände?

Prof. Dr. László Márki

Die Stimmung und die tatsächliche Lage stimmen nicht überein. Die Wichtigkeit der Familie wird in Ungarn noch für wesentlich höher gehalten als in den meisten EU-Ländern. Die Nachfragen vor zehn Jahren stellten fest, dass die Wichtigkeit der Familie an erster Stelle in ganz Europa stand.

Wenn es darum geht, wie die Frauen ihre Rolle innerhalb der Familie sehen, ist es so, dass - aus historischen Gründen - die große Mehrzahl der Frauen außerhalb der Familie arbeitet. Viele Frauen tun das aus wirtschaftlichem Zwang. Sie würden lieber zu Hause bleiben. Frauen würden sehr gerne eine Teilzeitarbeit annehmen die gibt es aber nicht. Wenigstens drei, wahrscheinlich alle vier Regierungen seit dem Systemwechsel versuchten, Teilzeitarbeit zu fördern. Es funktioniert nicht, weil die Arbeitgeber/innen nicht wollen.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Präsidentin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (EAF) e.V.

Perspektiven für eine Familienpolitik in Europa

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung der AGF. Frau Winkler hat mich sehr kurzfristig angesprochen, ob ich zum genannten Vortragsthema etwas sagen könnte. Sie hat dies so kurzfristig machen müssen, weil die vorgesehene Kollegin absagen musste. Ich bin dennoch gerne eingesprungen und freue mich, heute hier zu sein. Deshalb erlauben Sie mir, dass ich für meinen Vortrag auf ein Skript zurückgreife, das ich überschrieben habe mit dem Titel „Familie und Sozialpolitik – Ein Perspektivenwechsel tut Not“. Ich habe es ergänzt durch Erfahrungen und Ergebnisse aus meinen europäischen Forschungsprojekten insbesondere zu Frankreich, den nordischen Staaten, Großbritannien, den mediterranen Ländern im Vergleich zu West- und Ostdeutschland. Es lassen sich daraus aus meiner Sicht Perspektiven für eine europäische Familienpolitik ableiten.

Familienpolitik als Anhängsel der Sozialpolitik bzw. als ihre ‚natürliche‘ Grundlage

In letzter Zeit ist die ‚Familie‘ durch zwei Problemanzeigen in die Schlagzeilen geraten: Erstens, durch den Geburtenrückstand in Deutschland, der insbesondere auch im europäischen Vergleich auffällt. Damit ist, so die allzu voreilig gezogene Schlussfolgerung, angesichts der Überzahl alter Menschen das demographische Gleichgewicht gestört und der Generationenvertrag sozialer Sicherung gefährdet. Und zweitens durch Qualitätslücken, fehlende Zuständigkeiten und Orte für die Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern, eine Fehlanzeige, die nach den schockierenden Ergebnissen der Pisa-Studie nicht weiter als Privatangelegenheit behandelt werden kann. Doch genau besehen, geht es in dieser neuen Aufmerksamkeit für Kinder und Familien eigentlich nicht um die Familie oder, konkret, die Probleme der Familien und das Wohlergehen ihrer Mitglieder, sondern um zwei ihrer Funktionen, deren Erfüllung offenbar nicht mehr gesichert ist: Die Produktion von Nachwuchs und die Bildung und Erziehung der Kinder, die bisher in der Familie und auch in den Schulen auch nur mit aktiver Unterstützung durch die Eltern, in der Regel der Mutter, gewährleistet schien. Das Ergebnis, noch einmal durch OECD-Studien gestützt, ist eindeutig: in kaum einem anderen Land im OECD-Vergleich (getestet wurden 32 Staaten) spielt die soziale Herkunft und der Status der Eltern für den Lernerfolg der Kinder eine so große Rolle wie in Deutschland.

Trotz aller politischen Rhetorik über die zentrale Bedeutung der Familie und obwohl Familie in allen empirischen Untersuchungen und Meinungsumfragen ungebrochen eine hohe Wertschätzung erfährt und von den meisten Menschen als Lebensform bejaht und idealisiert wird, ist Familienpolitik – so meine These – in der Rangordnung politischer Prioritäten und Ressorts ein nachgeordneter und von angeblich wichtigeren Ressorts abhängiger Bereich, mit dem sich weder politische Karrieren planen noch Wahlen gewinnen lassen.

Nun ist das oft genug spannungsreiche Verhältnis von Familie und Politik nicht zuletzt darin begründet worden, dass der besondere Wert der Familie in der bürgerlich liberalen und rechtsstaatlichen Ordnung gerade in ihrer Privatheit, ihrer vor dem Staat zu schützenden Sphäre liegt. Tatsächlich aber hat staatliche Politik seit jeher in die Familien hineinregiert und ihre materiellen Bedingungen, ihre Rechtsform und Ordnung bestimmt, unabhängig davon, ob dies Familienpolitik hieß. In der BRD gibt es seit den 1950er Jahren ein eigenes Ressort Familie und also eine institutionalisierte Familienpolitik, die – wie das jüngste Gutachten des BMFSFJ „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung“ belegt – im europäischen Vergleich sogar verhältnismäßig viel Geld an Familien transferiert, ohne bisher wirklich nachhaltig oder im Hinblick auf die Realisierung von Kinderwünschen effektiv zu sein. Gleichzeitig wurde in vielen Expertisen, spätestens seit dem Fünften Familienbericht in Pfennig bzw. Cent errechnet, welchen immensen Beitrag Familien allein durch die unentgeltliche Erziehungsleistung ihrer Kinder zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung leisten, ganz abgesehen von dem unschätzbaren, nicht in Geld aufzuwiegenden Wert für den sozialen Zusammenhalt und das, was wir Glück nennen. Schließlich ist die Politik mit den Entscheidungen des Bundes-

verfassungsgerichts aus den 1990er Jahren, insbesondere 1990, 1992 und 1998, unter Zugzwang gesetzt, eine Gerechtigkeitslücke nicht nur im Steuerrecht zu schließen, die endlich die Kosten der Kindererziehung angemessen berücksichtigt.

All dessen eingedenk, plädiere ich für einen viel grundsätzlicheren Perspektivenwechsel in der Familienpolitik, der insbesondere das Verhältnis von Familien- und Sozialpolitik betrifft, und beziehe mich dabei auf zwei Argumente: Zum einen auf den europäischen Vergleich der Rahmenbedingungen für eine kinder- und familiengerechte Sozialpolitik, zum anderen auf die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung. Diese thematisiert seit nun mehr als 30 Jahren die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Nichtberücksichtigung, aber auch Unverzichtbarkeit der privaten Alltagsarbeit und hat dies nicht nur als Frauenfrage, sondern als Gesellschaftsproblem bearbeitet. Die Marginalisierung solcher Erkenntnisse hat auch etwas mit der Wertigkeit der Familien- im Verhältnis zur Sozialpolitik zu tun. Korrespondierend zur geschlechtshierarchisch organisierten Arbeitsteilung zwischen Familien- und Erwerbsarbeit wird Familienpolitik in der Arbeitsmarktgesellschaft allenfalls als „Anhängsel“ der Sozialpolitik behandelt und gilt - wie Hans Achinger dies treffend ausdrückte – als „unliebsame Störung der versicherungsmathematischen Rechnung“. Der angesichts der Orientierung am Generationenvertrag widersinnige Begriff der „versicherungsfremden Leistungen“ in Bezug auf die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, die angeblich dem Prinzip der Beitragsgerechtigkeit entgegenstehen, macht die ganze Verkehrung der Verhältnisse deutlich.

Dabei beruht die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats zum größeren Teil auf der informellen, d.h. vor allem der familialen Wohlfahrtsproduktion, wie es Franz-Xaver Kaufmann 1997 bereits formulierte. Denn die private Alltagsarbeit sowie die Erziehung und Pflege der Kinder und Alten, überhaupt jede Form sozialer Hilfeleistung und gesellschaftlicher Solidarität bilden die eigentliche und unverzichtbare Grundlage und Voraussetzung unseres gesellschaftlichen Reichtums. Dies genau wird immer wieder übersehen. „Die Effektivität der Sozialpolitik beruhte dabei in der Vergangenheit auf der Selbstverständlichkeit einer Familienverfassung, welche die Verpflichtung der Frauen zur unentgeltlichen Haushalts- und Erziehungsleistung legitimiert“ sagt Kaufmann weiter. Doch die gegenwärtige Krise des Sozialstaates und das Brüchigwerden des sozialstaatlichen Kompromisses zwingen uns dazu, die Leistungen der privaten Haushalte nicht nur aus ökonomischem oder sozialpolitischem Gründen, sondern im Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft neu zu überdenken.

Doch es gibt neben dieser Kritik an den Spätfolgen einer unzureichenden Familienpolitik für mich als Vertreterin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (EAF) noch einen weiteren Begründungszusammenhang: Die über lange Jahre erarbeiteten Leitlinien und Stellungnahmen zur Familienpolitik der EAF vertreten und verteidigen aus dem Bekenntnis zum evangelischen Glauben in vielen konkreten Einzelfragen, oft dem ‚Mainstream‘ praktischer Politik voraus, eine sehr fortschrittliche, realistische, menschen-, frauen- und kindgerechte Politik für Familien. Dass diese Orientierungen sich auch in der gemeinsamen Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche - EKD „Was Familien brauchen“ niedergeschlagen haben, werte ich als besonderen Erfolg.

Mein Plädoyer für einen *notwendigen Perspektivenwechsel in der Familien- und Sozialpolitik* auch und besonders in der europäischen Perspektive beinhaltet folgende Fragen und Klärungsversuche:

1. Welche Konzepte von Familienpolitik bestimmen unsere gegenwärtige Debatte und wie sind familiengerechte und familienpolitische Positionen darin zu verorten?
2. Mit einem Blick über die Grenzen stellt sich die Frage, was wir von anderen Wohlfahrtspolitiken lernen können, worin möglicherweise die Probleme der Krise unseres Sozialstaats liegen?
3. Das Konzept der „Sorge für andere“ als unverzichtbare Quelle der Wohlfahrt und der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft begründet schließlich die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels.

Konzepte einer familiengerechten Politik – oder von welcher Familie reden wir?

Wenn wir uns noch einmal kurz vergegenwärtigen, welche Modelle bzw. Konzepte von Familie die Familienpolitik der Bundesrepublik bestimmt haben, so ist festzustellen, dass sie ganz offensichtlich den Anforderungen an eine moderne und gerechte Gestaltung der Familienbeziehungen nicht genügt haben, geschweige denn den allgemeinen Strukturwandel, den in allen europäischen Ländern festgestellten und gleichfalls von Franz-Xaver Kaufmann im Jahr 2002 beschriebenen Trend zur Vielfalt der Familien- und Lebensformen aufgefangen oder angemessen begleitet haben. Das beginnt mit der im Gleichberechtigungsgesetz von 1957 als Norm bestätigten Hausfrauenehe, die in den 1960er Jahren durch ein niemals realisierbares Dreiphasenmodell repariert werden sollte. Als mit der Familienrechtsreform 1977 endlich die gleichberechtigte Ehe gesetzlich verankert wurde, wird die sog. Wahlfreiheit erfunden, die durch einzelne gesetzgeberische Schritte der Anerkennung und Kompensation für die Familienarbeit (wie das Erziehungsgeld und die geringfügige Anerkennung der Erziehungszeiten im Rentenrecht) abgestützt wird. Doch dieser erste Baustein für einen möglichen Systemwechsel wird im allgemein politischen Klima der von Kanzler Kohl verkündeten „konservativen Wende“ am Beginn der 1980er Jahre gleich wieder konterkariert. Denn da wird in den Leitsätzen „Die sanfte Macht der Familie“, verabschiedet von der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) 1981 eine „Mütterlichkeit im neuen Gewand“ beschworen, die wie in früheren Jahrhunderten Emanzipations- und Gleichberechtigungsbestrebungen als „Ichsucht“ denunziert, ein gründliches und – wie die Spätfolgen heute zeigen – sträfliches Missverständnis. Denn spätestens in dieser Zeit setzen im europäischen Vergleich die Modernisierungsrückstände und Versäumnisse einer deutschen Familienpolitik ein, und es verwundert nicht, dass Vorschläge etwa der GRÜNEN für Modelle „geteilter Elternschaft“ in der gleichen Zeit nicht durchzusetzen sind.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989 treffen dann zwei völlig unterschiedliche Familienpolitiken und soziale Praktiken der Familien aufeinander: In Westdeutschland gilt – ideologisch, keineswegs real und materiell gesichert – nach wie vor das Familienernährermodell, es ist inzwischen allenfalls modifiziert durch die Zuverdienerrolle der Frauen. In Ostdeutschland war der Zweiverdienerhaushalt die Norm, Betreuung und Erziehung der Kinder wurden durch vielfältige sozialpolitische Maßnahmen und eine kollektiv organisierte Erziehung in Krippen, Kindergärten und Horten unterstützt. Die Kennzeichnung als „Muttipolitik“ deutet darauf hin, dass es sich auch bei dieser Familienpolitik keineswegs in erster Linie um befreiende Frauenpolitik handelte. Feststeht, dass die selbstverständliche Praxis der Frauen und Mütter in der DDR, die im beschränkten Rahmen selbständiger und ökonomisch unabhängiger waren, nicht so einfach im Wege eines „Normalisierungsprozesses“ an die westdeutschen Normen anzugleichen war. Das zeigt die nach wie vor höhere Erwerbsquote von Müttern in Ostdeutschland trotz hoher Arbeitslosenquote und eine andere Kultur der Selbstverständlichkeiten, nämlich Familie und Beruf vereinbaren zu können und zu wollen. Dies belegen zahlreiche Untersuchungen (vgl. Ludwig, Isolde; et al. 2002: Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland, Berlin).

Bei den aktuellen Programmen der Parteien fällt auf, dass sie alle die zentrale Bedeutung der Familie betonen und ihre besondere Leistung für die Gesellschaft und neuerdings auch für die Wirtschaft anerkennen und würdigen. Alle beziehen sich in ihren Formulierungen auf den auch in der Rechtsprechung inzwischen anerkannten erweiterten Begriff von Familie, die mit nur geringfügig unterschiedlicher Wortwahl Familie als Verantwortungsgemeinschaft von Eltern und Kindern charakterisiert.

Hinter den ähnlichen Formulierungen stehen jedoch sehr unterschiedliche normative Konzepte: Für die CDU ist nach wie vor die Ehe, die besonders gegenüber anderen Lebensgemeinschaften zu schützende und zu privilegierende Institution, deren Eigenständigkeit gerade auch gegenüber gesellschaftlichen Übergriffen der Rechtsstaat zu garantieren hat. Es finden sich ferner viele ‚gute Worte‘, die eine starke Wertorientierung, jedoch nicht unbedingt eine am Grundgesetz ausgerichtete Umsetzung der Rechte der einzelnen Familienmitglieder erkennen lassen. Mit einer aktiven Familienpolitik – wie immer sie konkret aussehen mag - will die Union

„Anreize für eine höhere Geburtenrate schaffen, um wieder demographische Stabilität in Deutschland herzustellen.“ Ferner will sie die Erziehungskompetenz der Eltern stärken und „Wege aufzeigen, wie man eine Familie erfolgreich managen kann.“

Für die SPD ist die Familie vor allem auch eine demographische und sozio-ökonomische Ressource, die Wirtschaftswachstum, Arbeitsproduktivität und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme zu sichern vermag. Hier ist eine Fokussierung auf den ökonomischen Aspekt zu erkennen, die zugleich eine Leerstelle offen lässt. Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, die Förderung, Erziehung und Bildung der Kinder ist unstreitig ein hoher Wert, die Sicherung der Wohlfahrt im Alter und eine funktionierende Arbeitsmarktpolitik sind notwendige und legitime Zielsetzungen staatlicher Politik, gleichwohl bleibt der normative Rahmen merkwürdig blass. Ebenso wie die genuin sozialdemokratische Leitlinie sozialer Gerechtigkeit im Kontext von Markt und Wirtschaft immer weniger explizit auftaucht, ist im Hinblick auf Familie von der Emanzipation und Gleichstellung der Frauen schon gar nicht mehr die Rede. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung durch Erwerbstätigkeit war und ist sozialdemokratisches Credo, doch wie die viel beschworene „Vereinbarkeit“ familienpolitisch zu lösen ist, wird wiederum nur funktional als „Betreuungsproblem“ und erst neuerdings auch als Bildungsaufgabe der Kinder, insbesondere auch der Kleinkinder diskutiert. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zur Sozialdemokratie in Schweden, die seit den 1960er Jahren – übrigens gemeinsam mit Frauenpolitikerinnen und Feministinnen – Familienpolitik ausdrücklich und vorrangig als Umsetzung des Gleichheitsprinzips insbesondere auch im Blick auf die Kinder verstand. Die bezeichnete Leerstelle ist meines Erachtens der Grund dafür, dass Familienpolitik im Alltagsverständnis vorrangig als Terrain der Konservativen gilt.

Die GRÜNEN kennzeichnen ihre Familienpolitik als demokratisches Projekt, das vor allem anderen die Rechte der Kinder als Staatsbürger verwirklichen und eben auch Geschlechterdemokratie als Leitbild für Familie und Gesellschaft einlösen will. Die Frage stellt sich jedoch, wie und wann es gelingen kann, konkrete Vorschläge wie die zu geteilter Elternzeit endlich zu realisieren.

Nun müssen sich Familienverbände, Familienorganisationen, Wohlfahrtsverbände oder andere familienpolitisch Agierende nicht an Parteiprogrammen ausrichten, im Gegenteil, möglicherweise können sie durchaus quer dazu Position beziehen und auf der Basis gebündelten Expertenwissens konzeptionell Anregung und Orientierung geben. „Eine Familienpolitik, die sich nicht dem Primat der Wirtschaftspolitik unterordnet, sondern sich an Maßstäben christlicher Sozialethik und anthropologischen Gesichtspunkten orientiert,“ – so Siegfried Keil, den Sie gestern schon mit einem Begrüßungswort gehört haben, in einem Aufsatz aus dem Jahr 1983 – „muss betonen, dass es um Menschen geht, um die Menschen, die heute in Familien zusammenleben (...), die aber letztlich für ihr Miteinander selbst verantwortlich sind. Ziel der Familienpolitik wäre dann die optimale Entfaltung von Kindern, Müttern und Vätern, wobei Sozialisation und Emanzipation auszubalancieren sind.“ D.h., es geht um das Wohlergehen der *Individuen* in der Familie und zwar – in dieser Reihenfolge – um das Wohl und die Rechte und Pflichten der Kinder, Mütter und Väter und nicht um die Gemeinschaft als solche, ein wie auch immer zu gestaltendes Leitbild der Familie als Norm oder als Institution.

Entscheidend ist, dass es, wenn wir von Familie reden, in erster Linie um die Menschen in der Familie geht, um die Anerkennung jedes und jeder einzelnen als Träger von Rechten, nicht nur von Pflichten, um das Wohl und die Sorge für jede/n einzelne/n, aber auch um die Autonomie der Familienmitglieder, die gleichwohl auf andere angewiesen und in solidarische und verlässliche Beziehungen eingebunden bleiben. Deshalb ist inzwischen ein weiter Weg zurückgelegt von Positionen, in denen noch von der Ehe als „eine dem Willen der Ehepartner vorgegebene(n) Institution“ die Rede ist, bis zu neuen, der Realität gegenwärtiger Familienformen zugewandten.

Von diesem Grundverständnis her lassen sich Forderungen ableiten und begründen, die aktuelle politische Interventionen kennzeichnen: Das Eintreten für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familientätigkeit für Frauen *und* Männer; das Eintreten für außerfamiliäre Kinderta-

geseinrichtungen nicht nur als Orte der Betreuung von Kindern, sondern ausdrücklich auch der Bildung im weitesten Sinn und gleicher Bildungschancen für alle Kinder, gerade auch in den Fällen, in denen die Eltern bereits benachteiligt und überfordert sind; die Mitwirkung der Verbände und Organisationen und ihrer pädagogischen und sozialen Einrichtungen an einer qualifizierten Bildungs- und Erziehungsarbeit. Dazu gehören auch die Entwicklung ganz neuer Bildungskonzepte und eine Neubewertung der beruflichen Laufbahnen im Bildungs- und Erziehungsbereich sowie der Bereich der Familienbildung und -beratung. Tageseinrichtungen für Kinder und Familien sind notwendig, nicht nur wegen der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit, sondern als Orte einer zivilen Kultur und sozialer Integration. Maßgeblich sind nicht zuletzt Fragen sozialer Gerechtigkeit, d.h. eine gerechtere Verteilung der Kinderkosten und die Vermeidung von Armut.

Wohlfahrtsregime und das Verhältnis von Staat, Markt und Familie

Die Besonderheiten und die gegenwärtig auch besonderen Probleme des deutschen Sozialstaats liegen in seiner historisch gewachsenen Struktur und Systematik begründet. In der international vergleichenden Sozialpolitikforschung gilt der deutsche Sozialstaat als Musterbeispiel eines konservativen Wohlfahrtsregimes. „Regime“ meint hier, dass neben der für den jeweiligen Sozial- oder Wohlfahrtsstaat maßgeblichen Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft oder eben Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ein Komplex von rechtlichen, institutionellen und auch kulturellen Faktoren zu berücksichtigen ist und den Wohlfahrtstyp bestimmt. Insbesondere die Arbeiten von Gösta Esping-Andersen aus den Jahren 1990 und 1996 bieten in dieser Hinsicht einen konzeptionellen Rahmen an, in dem die verschiedenen Wohlfahrtskulturen bzw. nationalen Modelle der Sozialstaatlichkeit verglichen werden können. Entscheidend ist, dass es in diesen vergleichenden Untersuchungen nicht nur um das Verhältnis von Wirtschaft bzw. Markt und Staat, sondern um das spezifische Zusammenspiel von Staat, Markt *und* Familie geht. Damit ist bereits der angemahnte Perspektivenwechsel vorgenommen, mit dem auch die Familie und die Geschlechterproblematik ins Zentrum der Analyse gestellt wird.

Wenn dieses Raster im Vergleich der Wohlfahrtsregime angelegt wird, gilt

- der deutsche Sozialstaat neben Österreich und Italien als Vertreter des *konservativ-korporatistischen* Typs
- Für die skandinavischen *sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime* hingegen sind soziale Ansprüche universale Rechte, die sich aus dem Bürgerstatus ergeben und individuell für Männer und Frauen ebenso wie für Kinder Gültigkeit haben.
- im Unterschied zu den sog. ‚*liberalen*‘ *Wohlfahrtsregimen* (z.B. Großbritannien und die USA), in denen der Staat auf die Freiheit des Marktes sowie auf Eigenleistung und private Versicherungen setzt.

Kennzeichnend für das korporatistisch-konservative Modell ist die Tatsache, dass die Stellung und der Verdienst auf dem Arbeitsmarkt und die damit erworbenen Berechtigungen den Maßstab für soziale Sicherheit vorgeben, während die nicht Erwerbstätigen nur abgeleitete bzw. subsidiäre und mindere Berechtigungen erwerben. Im Übrigen charakterisieren traditionelle Werte in Bezug auf die Familie und ein starkes Familienernährermodell, das die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verfestigt, das sozialpolitische Arrangement. Vor allem im Hinblick auf die Stellung der Frauen, insbesondere Mütter ist der westdeutsche Sozialstaat, der jetzt auch die Normen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Ostdeutschland vorgibt, damit ein defizitäres und nicht zuletzt ungerechtes Modell.

Ein anderes Beispiel für den konservativen Charakter des Sozialmodells Deutschland, dessen historische Verankerung die sozialpolitische Gesamtkonstellation einer vor allem am Arbeitsmarkt orientierten Sozialpolitik kennzeichnet, ist die *Halbtagschule*. Sie ist nach Untersuchungen von Karin Gottschall und Karen Hagemann in 2002 – abgesehen von Österreich und der Schweiz – ein „Sonderfall“ in Europa. Wie eng die Halbtagschule mit den Strukturmerkmalen des deutschen Sozialstaats und mit einer geschlechtsspezifischen und selbstverständlichen

Familienordnung verknüpft ist, machen die beiden Autorinnen anhand von vier Kriterien deutlich:

- Den *politisch getrennten Zuständigkeiten für Kinderbetreuung (Jugendhilfe) und Bildung (Schule)*,
- der *Dreigliedrigkeit* der allgemein bildenden Schulen und der Etablierung einer dualen Facharbeiter- und Berufsschulbildung als sozial geschichtetem Berechtigungssystem,
- dem *Vorrang der Familie bei der Erziehungsarbeit*,
- und schließlich, der nur halbherzigen *Verberuflichung der Erziehungsarbeit*.

Nur mit Hilfe eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, in dem Eltern, Erzieher und Erzieherinnen, aber auch die politisch Verantwortlichen mitwirken, wird es möglich sein, sich über neue Bildungskonzepte zu verständigen, die gegenwärtigen Anforderungen genügen und doch Bildung nicht nur auf marktgängiges Wissen beschränken. Vielmehr muss Bildung zu sozialem und demokratischem Handeln und also auch zur „Sorge für andere“ befähigen. In jedem Fall wird notwendig sein, Erziehung, Bildung und Betreuung derer, die Schutz und Hilfe bedürfen, als gemeinsame politische Angelegenheit zu behandeln und gleichzeitig Betreuungskulturen als die notwendige andere Seite der Wohlfahrtsproduktion zu entwickeln und zu fördern.

Kinderbetreuung: der Blick über die Grenzen

Die europäischen Länder haben durch ihre historischen Entwicklungen unterschiedliche Familienleitbilder, Kinderbetreuungskulturen und wohlfahrtsstaatliche Traditionen herausgebildet. Diese Pfadabhängigkeiten wirken in der Logik des gegenwärtigen politischen Handelns weiter. Sie beantworten häufig die Frage, welche Begründungen den sozialpolitischen Maßnahmen der jeweiligen Staaten zu Grunde liegen. Die öffentliche Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen hängt beispielsweise davon ab, wie die Aufgaben der Familie in den verschiedenen Ländern definiert werden.

Im skandinavische Modell, *dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime*, wird Gleichberechtigung und Kinderbetreuung als eine staatliche Aufgabe betrachtet. Bereits durch die Sozialpolitik der 1930er/1960er Jahre wurde die Ablösung des männlichen Familienernährermodells bewirkt und die Grundlage für eine gleichberechtigte Partnerschaft zweier Elternteile gelegt. Die geteilte Elternschaft und die Individualisierung sozialer Rechte auch für Kinder prägten das neue Familienleitbild. Zu den Erfolgsfaktoren des skandinavischen Wohlfahrtsregimes gehörte, dass „genügend“ Frauen an den politischen Entscheidungsprozessen teilhatten, insbesondere in der Sozial- und Familienpolitik.

In Frankreich steht die öffentliche Kinderbetreuung im Zusammenspiel bzw. im Schnittpunkt von drei wesentlichen Faktoren: einer ausdrücklichen Familienpolitik, bevölkerungspolitischen Zielen und republikanischen Erziehungsidealen. Dieser soziale und politische Konsens gründet sich auf historisch gewachsenen Vorstellungen über Kindheit und republikanische Erziehung. Die staatliche Kinderbetreuung, die *école maternelle*, ist von jeher eher eine Bildungseinrichtung, weniger eine Betreuungseinrichtung. Sie ist Teil einer speziellen Konzeption des Staates, dem *état paternaliste*, der sich verpflichtet fühlt, Kinder und Mütter zu schützen. Die öffentliche Kinderbetreuung bezieht darüber hinaus ihre Existenzberechtigung durch den gesellschaftlichen Konsens über die doppelte Eingebundenheit der Frauen als Mütter und Erwerbstätige. Ein weiteres Motiv besteht darin, dass der Staat als Beschützer des Kindes und Garant der Chancengleichheit die Verantwortung für eine frühe und kollektive Sozialisation übernimmt, um allen Kindern die gleiche Teilhabe zu ermöglichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts verbinden sich damit ganz explizit auch demografische Erwägungen. Die seit den 1990er Jahren so genannte „neue Familienpolitik“ in Frankreich stellt die Solidarität zwischen den sozialen Gruppen und die Gleichstellung von Männern und Frauen in den Mittelpunkt. Damit wurden auch die Betreuungsangebote sukzessive verbessert.

Großbritannien zählt zu den so genannten ‚liberalen‘ Wohlfahrtsregimen. Hier gilt die Kinderbetreuung als eine Privatangelegenheit und hat keinen politischen Stellenwert. So gibt es nur ein spärliches Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung, obwohl durch „new labour“ die Logik des britischen Wohlfahrtsstaates verändert wurde. Die Aufmerksamkeit gilt jetzt mehr der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere auch der allein erziehenden Mütter, und verfolgt damit die traditionelle Leitlinie britischer Wohlfahrtspolitik: die Bekämpfung von Armut.

Das - und ich sage es hier ausdrücklich - westdeutsche Modell sieht die Kinderbetreuung in der Verantwortung der Mutter. Die Sozialisation findet primär in der Familie statt, die Beziehung zwischen der Mutter und dem Kind wird als entscheidend für eine „gute Erziehung“ definiert. Im konservativen Wohlfahrtsregime in Deutschland wird gesellschaftlich nach wie vor die vorrangige Verantwortung der Mutter für die Kleinkindererziehung und damit einem Ideal von Mutterschaft auf der Grundlage einer institutionalisierten Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau der Vorzug gegeben. Verschiedene positive Ansätze des jüngeren familienpolitischen Regierungshandelns wie der geplante Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen auch als Bildungseinrichtungen bieten Chancen für einen nachhaltigen Wandel. Der „Kampf um die Köpfe“ ist damit aber noch nicht gewonnen. Nötig erscheint mir hier eine tief greifende Haltungs- und Bewusstseinsänderung auch in der Bevölkerung.

Als letztes Modell im variationsreichen Europa sei das mediterrane Modell genannt, ich beziehe mich hierbei vor allem auf meine Kenntnisse zu Italien und Spanien. Kinderbetreuung ist hier primär die Angelegenheit von Familie und Verwandtschaft, die im Wesentlichen bei den Frauen, bei den Müttern und Großmüttern liegt. Zurzeit wird die Berufstätigkeit von Müttern durch die Hilfe von Großmüttern und Schwestern, oder, wenn das Einkommen reicht, durch Tagesmütter ermöglicht. Die Sozialpolitik beruht also bisher auf unterstützenden Netzwerken der erweiterten Familien als der anderen unsichtbaren Seite der Wohlfahrtsproduktion. Inwieweit die Modernisierungsschübe, die von einer neuen Generation erwerbstätiger Mütter begleitet sind, auch in Zukunft hiermit rechnen können, bleibt die große Frage.

Eine europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik müsste solche historischen Hintergründe, Kinderbetreuungskulturen und wohlfahrtsstaatliche Traditionen unbedingt berücksichtigen. Angesichts der sozial- und familienpolitischen Vielfalt in Europa, die ich Ihnen nur in einem Ausschnitt vorstellen konnte und über die Herr Belling und Herr Marki heute Vormittag schon aus ihren Ländern berichtet haben, – stellt eine angemessene gemeinsame Sozialpolitik eine Herausforderung dar. Ein erster Schritt hierzu sind die beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Kommission für das Jahr 1999, die, um die Erwerbsbeteiligung von Müttern zu erhöhen, fordern, dass „ein angemessenes Angebot an guter Betreuung und Pflege für Kinder und andere im Haushalt lebende Personen geschaffen werden“ müsse und sogar ergänzen, dass auch „die partnerschaftliche Teilung der Versorgungsarbeit unumgänglich sei“ (ABl.C 30 vom 28.1.1998). Die bisherigen EU-Richtlinien behandeln bisher jedoch nur Teilprobleme wie die Rahmenvereinbarungen zu Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen oder die EU-Richtlinie zum Elternurlaub.

Sorge für andere als Tätigkeit für die Welt

Eine neue Denkweise in der Sozialpolitik, die neben Staat und Wirtschaft (oder Markt) die Familie als zentrales Verbindungsstück in die Analyse einführt und damit insbesondere auch das Geschlechterarrangement berücksichtigt, ist bereits ein Perspektivenwechsel. Denn damit wird gefragt, in welcher Weise die Erziehungs- und Betreuungsarbeit, überhaupt die Sorge für andere, als materielle und kulturelle Wohlfahrtsproduktion sozialpolitisch eine Rolle spielt und zum Maßstab für Wohlfahrt, gelingende Sozialstaatlichkeit wird. Die Frauen- und Geschlechterforschung, die in der Analyse der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung eine wesentliche Ursache für das Scheitern der Gleichberechtigung erkannt und immer wieder die Engführung des Arbeitsbegriffs auf die bezahlte Lohnarbeit kritisiert hat, konnte an die international vergleichende Sozialpolitikforschung anknüpfen, die sich für das spezifische Verhältnis von Staat, Markt und Familie interessiert. Sie hat Fürsorge und Pflege als alltägliche soziale Praxis von Frauen in Familie und Beruf ins Zentrum der Analyse gestellt und gerade in Anbetracht der

zunehmenden Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen und angesichts des sog. Pflege-defizits herausgearbeitet, wie unverzichtbar die Erziehungs- und Betreuungsarbeit, überhaupt die Sorge für andere, als materielle und kulturelle Wohlfahrtsproduktion ist.

Der hierbei im Englischen verwendete Begriff ‚care‘ zur Bezeichnung aller Haushalts-, Erziehungs- und Pflegetätigkeiten ist schwer ins Deutsche zu übertragen, weil Übersetzungen wie ‚Sorge‘, ‚Fürsorge‘, ‚Pflege‘ oder ‚sich kümmern um‘ nur Teilaspekte treffen. Als Stichwort für alle fürsorglichen Tätigkeiten ist der Terminus dennoch den anfänglich in der Frauenforschung verwendeten Begrifflichkeiten wie Reproduktionsarbeit, bzw. Haus- oder Beziehungsarbeit vorzuziehen. Denn ‚care‘ bezieht auch die auf dem Arbeitsmarkt – in der Regel zu gering - bezahlten fürsorglichen und pflegenden Tätigkeiten mit ein und umfasst sowohl informelle, familiäre persönliche Dienste als auch im Wesentlichen von Frauen ausgeübte Berufstätigkeiten im Bereich der Sozialarbeit und des Gesundheitswesens. Das Konzept löst sich außerdem von der Aufteilung in öffentliche und private Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten und von geschlechtsspezifischen Zuschreibungen. D.h. auch Männer, die Sorge für andere tragen oder die betreut oder gepflegt werden, sind inbegriffen. Im skandinavischen Kontext ist in den sozialwissenschaftlichen wie sozialpolitischen Diskursen über Fürsorgearbeit, z.B. in denen von Kari Waerness (2000), die besondere Verantwortung der Pflegenden als „Fürsorgerationalität“ beschrieben und damit eine neue moralische Ökonomie im Gegensatz zu der an Effizienz und Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Rationalität als leitendes Prinzip der Pflegepraxis begründet worden. Schließlich können sich diese Überlegungen auf eine in der feministischen Theorie entwickelte „Ethik der Fürsorglichkeit“ (Carol Gilligan, 1984) stützen sowie ein Konzept von „Demokratie als fürsorglicher Praxis“, weil demokratische Praxis als ‚Sorge für andere‘ sich an den Bedürfnissen der Schwachen und Benachteiligten auszurichten hat (Joan Tronto, 2000).

Was wir aus dieser Debatte lernen können, wäre die Idee, das Prinzip gesellschaftlicher Solidarität auf der Basis der Erfahrungen von Frauen und derer, die in der Familie und in fürsorglichen Beziehungen tätig sind, stark zu machen und die soziale Praxis der Anteilnahme in die Aushandlung sozialer Gerechtigkeit und damit in die Sozialpolitik einzubringen. Denn entscheidend ist unser Menschenbild und die Vorstellung, wie wir die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft gestalten wollen. Wir sind auch als autonome Subjekte soziale Wesen, d. h. aufeinander angewiesen und erfreuen uns anders als alle anderen Lebewesen der Fähigkeit zu gegenseitiger Anerkennung und Rücksichtnahme. Die Sorge für andere zum Maßstab für Wohlfahrt, für Sozialstaatlichkeit, zu machen, aber meint mehr als rhetorische oder symbolische Anerkennung. Sie muss auch die Kriterien für die gerechte Verteilung von Arbeit wie des gesellschaftlichen Reichtums mit einbeziehen. Eine Kultur und Politik der Fürsorglichkeit versteht die Sorge für andere in der Kindererziehung, im Betreuungs- und Pflegebereich als Tätigsein für die Belange des Gemeinwesens. Sie ist „Tätigkeit für die Welt“. Gleich in welcher Rolle die einzelnen, Frauen und Männer, handeln, im privaten Raum oder in der Öffentlichkeit von Amt und Beruf, „in der Erziehung“, so Hannah Arendt, „übernehmen sie (Eltern, Erzieher und Lehrer) die Verantwortung für beides, für Leben und Werden des Kindes wie für den Fortbestand der Welt.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Diskussionsrunde

Dr. Albin Nees

Sie haben Einiges erläutert zu Fragen der Gleichberechtigung und - auf Grund ihres Forschungshintergrundes liebe Frau Prof. Gerhard natürlich verständlich - zu frauenpolitischen Zusammenhängen. Ich bitte, mich / uns aufzuklären, warum Frauen „allergisch“ reagieren, wenn sie das Wort Wahlfreiheit hören.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Das Wort Wahlfreiheit ist aufgekomen mit der Enquete-Kommission von 1979, die erste Frauen-Enquete-Kommission, und vorausgegangen ist die Reform des Ehe- und Familienrechts.

Das heißt, zum ersten Mal konnten Frauen erwerbstätig sein, ohne damit ihre ehelichen Pflichten zu verletzen, ohne dass der Mann die Zustimmung verweigern konnte. Das Eherecht schrieb bis dahin bei uns vor, dass die Hausarbeitspflicht für Frauen vorrangig ist. Wenn die Vernachlässigung der Hausfrauenarbeit zu einer Verletzung der ehelichen Pflichten führte, war das ein Scheidungsgrund. Die Freiheit, erwerbstätig zu sein, auch in der Ehe, galt formalrechtlich erst seit 1977. Die Gefahr, dass Frauen zu sehr in den Arbeitsmarkt drängen, war damit gegeben. Familienpolitisch wurde das sog. Drei-Phasen-Modell vertreten:

- Phase der Ausbildung,
- Familienphase
- Wiedereingliederungsphase in den Beruf

Wir wissen aus Untersuchungen, dass diese Wiedereingliederung bis heute nicht richtig funktioniert. Eine Frau, die drei oder vier Jahre aus dem Erwerbsarbeitsleben ausgeschieden war, hat anschließend Schwierigkeiten oder - wie es bei Enquete Morgner hieß - ist ein Nichtschwimmer. Sozialpolitischen Untersuchungen belegen, dass Frauen, die nach der Elternzeit Teilzeit arbeiten, sowohl berufliche als auch in den Rentenansprüchen Nachteile haben. Das heißt, diese Wahlfreiheit war ein Versuch, das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben für eine Übergangszeit politisch angemessen zu vertreten. Aber es ist nie gelungen, diese Wahlfreiheit für Frauen ohne persönliche Nachteile zu realisieren. Das ist ein heißes Eisen und manche Frauen sagen vielleicht, ich habe diese Wahlfreiheit für mich verwirklicht. Faktisch ist in allen Bevölkerungsschichten, in denen Erwerbstätigkeit und Ökonomie eine Rolle spielen, dieses Ausscheiden einer qualifizierten Person aus dem Erwerbsarbeitsmarkt ein Nachteil für den Rest des Lebens, zum Beispiel bei der Rente. Wir müssen von der Mehrheit der Menschen ausgehen und nicht von gutbürgerlichen Schichten, in denen eine Nichterwerbstätigkeit eine gelingende kulturelle Teilhabe trotzdem ermöglicht.

Stephan Lüke

Sie sprachen von Anerkennung für Sorge. Wie könnte sie praktisch aussehen?

Prof. Dr. Ute Gerhard

Ein kleiner Schritt zu dieser Anerkennung ist mit den Erziehungszeiten, die anerkannt werden, erreicht. Zeiten der Kindererziehung zu einem Niedrigstniveau rentenerheblich zu berücksichtigen, war ein Systemwechsel in unserer Sozialversicherung. Ich denke, dass die Anerkennung auf einem anderen Niveau passieren müsste. Wenn man ernst meint, dass diese Zeit der Erziehung von Kindern notwendig ist, so dass man sie nur zu Hause selber leisten kann, muss man das entsprechend, mindestens in der Höhe eines qualifizierten Berufs z.B. Erzieherin, rentenrechtlich anerkennen.

Stephan Lüke

Reicht es wirklich aus, wenn man im Alter ein paar Euro mehr erhält?

Prof. Dr. Ute Gerhard

Das kann nicht ausreichen, es müssten ernsthafte Bemühungen von Wirtschaft und Politik unternommen werden, um Frauen, die drei Jahre ausgeschieden sind, wieder in ihre Positionen in den Berufen zu integrieren. Ich habe gerade eine kleine empirische Untersuchung bei der Telekom durchgeführt. Telekom äußert sich gerne zu seiner Gender-Mainstreaming-Politik. Sie haben wunderbare Glanzpapiere, in denen ihre Aktivitäten beschrieben werden. Wir haben mit Studentinnen in zwei Telekombetrieben eine Befragung gemacht und festgestellt, dass die oberste Ebene sehr dafür ist. Aber in der unteren Ebene, die es umsetzen sollen, in der die Frauen auf die Genehmigung des Vorgesetzten angewiesen sind, gibt es Betonbarrieren. Da geschieht nichts. Alle Frauen, die nach einer Phase von drei Jahren an den Arbeitsplatz zurückkommen, arbeiten Teilzeit, weil sie es anders nicht organisieren können. Das heißt, dass sie nicht denselben Arbeitsplatz wiederhaben können. Hinzu kommt, dass sie tatsächlich degradiert werden. Viele Frauen überlegen dann mit Recht: „Was bringt mir das?“ Wir haben zu dem ein Steuersystem, dass diese Erwerbstätigkeit erst lohnenswert sein lässt, wenn die Frau so viel verdient, dass sie über das Steuersplitting hinauskommt. Gerade bei den besser verdie-

nenden Männern muss eine Frau schon einen sehr qualifizierten Beruf haben, um einen Ausgleich zu schaffen für die Kosten, die sie hat wie für die Kinderbetreuung, für den Ausfall ihrer eigenen Berufstätigkeit. Das ist ein erzieherischer Effekt, der durch dieses Steuerrecht hervorgerufen wird.

Stephan Lüke

Lässt sich Anerkennung nur in Euro und Cent messen?

Prof. Dr. Ute Gerhard

Ganz gewiss nicht. Das habe ich auch nie gesagt. Ich sage, wenn wir tatsächlich eine andere Sozialpolitik hätten, die diese Arbeiten anerkennen würde, dann gäbe es auch gesellschaftlich eine andere Einflussmöglichkeit. Wir hätten eine andere Prioritätensetzung in unserer Politik, Sozialpolitik wäre anders normiert. Familienpolitik ist nur ein Anhängsel der Sozialpolitik. Es entscheidet der Markt. Die ökonomischen Fragen entscheiden über Wohl und Wehe und damit auch über die Familienpolitik. Welche Relevanz haben diese Fragen z.B. in einer Kabinettsentscheidung?

Frage aus dem Publikum

Ich mache auf der Referentenebene in Hamburg Familienpolitik und versuche, pragmatisch nach vorne zu denken. Wir haben von der Hoffnung gehört, dass Männer sich zukünftig etwas engagierter und gleichberechtigter an der Familienarbeit beteiligen. Wenn ich das erlebte benachteiligt sein von Frauen in den Mittelpunkt stelle, motiviere ich Männer nicht gerade, sich unter Umständen auf Teilzeitarbeit einzulassen, oder sich - im Rahmen der Erziehungszeit - aus der Arbeitswelt heraus zu begeben. Wäre es politisch gesehen nicht pragmatisch günstiger, nicht nur von Problemen zu reden, die ich nicht wegdiskutieren möchte, sondern von der Chance in die Zukunft hinein. Wie soll ich einen Mann überzeugen, dass er für die Familie ein konstruktiver Partner sein kann, wenn er auf der anderen Seite nur hört, wie schlecht es der Frau gegangen ist?

Prof. Dr. Ute Gerhard

Das ist richtig. In der Geschlechterforschung predigen wir seit 30 Jahren, welches Glück bringende Tätigkeit die Erziehungsarbeit ist. Aber das machen wir alleine. Wenn Männer sich beteiligen und diese Erfahrungen machen würden, würden die Männer eine andere Politik machen. Die besten Verbündeten für uns sind Väter mit gut ausgebildeten Töchtern und die dann zum ersten Mal merken, welche Probleme diese wunderbare Tochter - Mutter und tolle Berufsfrau - lösen muss. Leider ist es dann zu spät für eine politische Auswirkung. Es sind meistens Väter, die bald in Rente gehen. Diesen Erfahrungsbereich zu haben, ist wichtig, um mitreden zu können. Ich selber habe einen Schwiegersohn, der als Lehrer Erziehungszeit genommen hat. Er hat genau diese Probleme erfahren, die andernfalls meine Tochter erfahren hätte. Es ist Realität. Wir sollten nicht nur schildern, wie schön es ist, mit Kindern zu leben, wenn wir diese andere Seite nicht mit berücksichtigen. In unserer Gesellschaft zählt nur, was Geld bringt. Ich hoffe, dass durch die Beteiligung von jungen Männern heute sich langfristig etwas verändern wird. Aber es müssen auch die die Problematik verstehen, die die Richtlinien der Politik bestimmen.

Frage aus dem Publikum

Sie haben nicht ohne Grund zuletzt Schweden genannt, weil wir das als Modell bevorzugen. Meine Frage ist: Wenn man das in Deutschland so machen würde, wie ließe sich das finanzieren? In Schweden wird sehr klar getrennt: Die Verantwortung für Kinderbetreuung übernimmt der Staat und dafür ist man bereit, relativ hohe Steuern zu zahlen. Wie soll das in unserem System, in dem es zu wenig Geld gibt, funktionieren, außer wir sind bereit, mehr Steuern zu zahlen und dem Staat wesentlich mehr Verantwortung zu überlassen, als es in Deutschland Tradition ist.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Bei uns ist die Situation im Moment besonders unglücklich, weil Geld fehlt und die wirtschaftliche Entwicklung sehr kompliziert und schwierig ist. Schweden hat es in der Aufschwungphase der europäischen Wirtschaftsentwicklung in den 60er Jahren umgesetzt. In dieser Zeit wurde

wegen unserer Familienideologie allenfalls die Teilzeitarbeit von Frauen ermöglicht. Wir haben etwas versäumt. Wir sind verspätet. Die Demographiekeule sagt uns, Leute, ihr müsst was ändern. Renate Schmidt hat einen Vorschlag gemacht, der ist so wenig vorbereitet worden, dass alle Menschen aufgeschrien haben „Wie sollen wir das bezahlen?“. Ich denke, wir müssen genau überlegen, was zu tun ist, wenn wir mehr Kinder haben wollen. Aufgrund der zukünftigen Alterungsprozesse könnten wir nicht sagen, warum leben wir nicht einfach mit der Hälfte der Bevölkerung weiter.

Wir müssen auch sehen, welche Kultur wir in all den kinderfreien Zonen haben, die wir errichten. Frankfurt/Main ist ein Musterbeispiel einer kinderfreien Zone. Es gibt nur in 14% der Haushalte Kinder, 40% sind Singles, weitere 40% sind Paare. Wir haben ein Problem und wir werden dafür Kosten aufwenden und umschichten müssen. Der Ergebnisse der Demographie und der Pisa- Studie - der beiden Schocks, die die deutsche Gesellschaft erlebt hat - müssten Veränderungen bewirken, die politisch umgesetzt werden. Stattdessen ist Steuererleichterung das Thema. Ich bin für eine grundsätzliche Prioritätenumkehr in dieser Frage, dann stände auch mehr Geld zur Verfügung. Dass wir nicht sofort den vollen Satz der schwedischen Kompensation umsetzen könnten, ist keine Frage. Aber wir müssen andere Schwerpunkte setzen, wenn wir Frauen oder Paare, gerade auch diejenigen, die sehr gut ausgebildet sind, animieren wollen, Kinder zu haben.

Stephan Lüke

Frau Prof. Gerhard, ich bedanke ich mich herzlich bei Ihnen.

Podiumsdiskussion und Gespräch mit dem Publikum

Visionen einer europäischen Familienpolitik

Moderation: Stephan Lüke, Journalist, Agentur für Bildung
Teilnehmer/innen: Prof. Dr. Ute Gerhard, Präsidentin EAF
Dr. Marina von Bassewitz, BMFSFJ
Prof. Dr. László Márki, Ungarn
Dr. Vojtěch Belling Tschechische Republik

Stephan Lüke

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit unserer Schluss-Diskussion und ich richte meine erste Frage an Frau Dr. Martina von Bassewitz vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Wenn ich an europäische Familienpolitik denke und überlege, was ich von der Bundesregierung dazu höre oder lese, fällt mir auf: ich höre wenig, ich lese wenig. Liegt das daran, dass ich die falsche Zeitung habe?

Dr. Martina von Bassewitz

Ich möchte mich zunächst an dieser Stelle herzlich bei der AGF für die Einladung und die Organisation dieser hervorragenden Veranstaltung bedanken.
Zur Familienpolitik in Europa und zur Frage, warum Sie wenig darüber hören. Sie schreiben doch selber für Zeitungen. Ich gebe das zurück an Sie; vielleicht sollten Sie Ihren Blickwinkel ändern?

Ich bin im Bundesfamilienministerium und arbeite im Grundsatzreferat in der Familienabteilung. Ich war vorher im internationalen Koordinierungsreferat tätig und habe im Innenministerium als Schnittstelle fungiert zwischen Brüssel auf EU-Ebene, Straßburg auf Europarats-Ebene und New York auf UN-Ebene. Ich habe überlegt, welche Informationen interessieren uns als Ministerium und welche unsere Verbände? Ich habe sie entsprechend weitergegeben.

Es gibt sehr wohl europäische Themen, die aufgegriffen werden in den Zeitungen. Die EU hat keine originäre Zuständigkeit in Bezug auf Familienpolitik. Dennoch gibt es verschiedene Bereiche, in denen die EU aktiv ist und die Familien betreffen. Auch in der europäischen Verfassung, die noch ratifiziert werden muss, gibt es einen Artikel, in dem der Schutz der Familie gewährleistet wird. Das ist ein wichtiger Punkt im Rahmen dieser Diskussion, dass wir uns nicht nur auf originäre legislative Zuständigkeiten berufen können. Wir arbeiten mit verschiedenen Ansätzen, haben verschiedene Brillen auf und auch wenn man nicht Modelle eines anderen Landes eins zu eins übertragen kann, können wir sehr viel lernen von anderen. Der EU-Austausch ist meinem Ministerium sehr wichtig geworden. Ich hoffe, Sie werden spätestens am 3. Dezember darüber viel in den Zeitungen lesen, denn Renate Schmidt lädt am 2. Dezember erstmals zu einem Austausch über verschiedene Themen auf EU Familienministerebene gemeinsam mit Wissenschaftlern und Nicht-Regierungs-Organisationen ein. Dieses Treffen möchte einen Prozess des Austausches über Themen, die uns alle bewegen, und unsere Sichtweisen auf EU-Ebene in Gang setzen.

Prof. Dr. László Márki

Dazu möchte ich sagen: Ich bekam eine Einladung, Thesen aufzuschreiben für dieses Treffen in zwei Wochen. Ich war verblüfft. Der Einladungsbrief der Frau Ministerin war so geschrieben, dass er Vorstellungen enthält von jemandem, der seit Jahren in einem Familienverband arbeitet und genau weiß, worum es geht. Das war eine echte Überraschung. Von Politikern ist man das nicht gewöhnt.

Stephan Lüke

Wir wollten ursprünglich erst in der Podiumsrunde diskutieren, aber wenn direkte Fragen sind, will ich Sie sofort zulassen.

Frage aus dem Publikum

Ich wollte anknüpfen an Ihre erste Bemerkung. Ich gehöre zu denen, die die richtige Zeitung lesen. Ich habe gestern auf dem Herweg die Frankfurter Allgemeine durchgeblättert und im Feuilleton einen interessanten Hinweis gesehen auf die Römerberg-Gespräche von Frankfurt, in denen eine Hirnforscherin aus Magdeburg neueste Erkenntnisse vorgestellt hat. Sie hat sie bei Mäusen gemacht hat und sie gelten offensichtlich - jedenfalls nach Auffassung dieser Wissenschaftlerin - auch für Kinder. Darauf will ich aber nicht zu sprechen kommen. Im gleichen Feuilleton ist ein Aufsatz von Jürgen Habermas, der sagt, er nimmt es nicht hin, dass Hirnforscher heute sagen, die persönliche Freiheit des Menschen existiere nicht. Ein hochinteressanter Artikel, der mit unserem Thema zusammen hängt. Ich gehöre zu denen, die meinen, dass der Mensch frei ist und frei entscheiden kann, aber dass er verführbar ist durch Fehlanreize, die in der Politik gesetzt werden. Der von Herrn Marki heute schon zitierte Max Wingen hat in einem Beitrag in der FAZ im April dieses Jahres gesagt, es muss sich als vernünftig erweisen, Elternverantwortung zu übernehmen und es muss sich in wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, finanzieller Hinsicht als vernünftig erweisen, Elternverantwortung zu übernehmen.

Herr Lüke, Sie hatten vorhin diese provozierende Frage gestellt: Wirkt sich Familienfreundlichkeit nur in Cent und Euro aus? Frau Gerhard hat zu Recht darauf geantwortet „Natürlich nicht, aber doch“. Familienfreundlichkeit darf sich nicht in Sonntagsreden erschöpfen und es darf nicht der Eindruck entstehen, es darf uns nichts kosten. Die wirtschaftliche Situation der Familie muss verbessert werden, und zwar im Sinne von größerer Gerechtigkeit, die Leistungen an Familien, die Förderung der Familien müssen dem entsprechen, was Familien leisten.

Stephan Lüke

Ich bin Journalist und darf so naiv fragen: Wofür brauchen wir eine europäische Vision? Warum reicht es nicht, wenn jedes Land eine eigene Familienpolitik hat - in Deutschland haben wir bei der Bildungspolitik in jedem Bundesland eine unterschiedliche Herangehensweise.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Ich möchte befürworten, dass wir Visionen brauchen, da wir eine europäische Realität haben. Wir haben den gemeinsamen europäischen Markt als den schärfsten, nachhaltigsten Wirkungsfaktor für Europa und auch Freizügigkeit in Europa. Es ist sehr interessant, die Unterschiede kennen zu lernen und aus den Unterschieden zu lernen. Ich denke, dass wir im Hinblick auf die bisherige Entwicklung der EU sehr viel erreicht haben, z.B. über europäische Visionen von Gerechtigkeit. Es sind neue Standards gesetzt worden durch Länder, die in Entwicklungen weiter voraus waren und andere müssen nachziehen. Der Europäische Gerichtshof, bezogen auf die Frage der Frauen, hat Leitlinien gesetzt, die in jedem Winkel Europas anerkannt werden müssen. Standards, hinter die nicht mehr zurückgefallen werden kann. Daher halte ich die europäische Idee, die europäische Vision einer gerechten, demokratischen, humanen Gesellschaft, die durch die Verfassungsverpflichtung noch mal gestärkt werden wird, für sehr, sehr wichtig und anregend. Wir haben - das war mein Thema - über dieses europäische Forschungsprojekt gelernt, wie andere Länder vorgehen, aber auch welche Schwierigkeiten und Komplikationen bestehen. Der Gedanke der Sorge für andere oder einer Politik der Fürsorglichkeit kann vielleicht in der nationalen Politik gestärkt werden, wenn wir uns auf eine europäische Debatte beziehen können.

Prof. Dr. László Márki

Ich möchte Ihnen berichten, was sehr viele Menschen, insbesondere solche aus Bürgerorganisationen, in den ehemaligen Ostblockländern hierüber denken. Sie sind der Meinung, dass man mit Hilfe der EU mehr Druck ausüben kann auf unsere Politiker. Das ist aber nicht auf unsere Länder beschränkt, ich habe dieselbe Mentalität in Portugal festgestellt. Das Familien-Unterstützungssystem in Portugal ist schwach. Sie engagieren sich, damit auf europäischer Ebene Gespräche in Gang kommen, um vorankommen. Ich muss leider auch aus meiner Erfahrung mit Vorgängen und Organisation in der Europäischen Union sagen, ich halte diese Hoffnung für naiv. Wenn wir in sehr vielen Ländern die Politiker nicht überzeugen können, wird es in der Europäischen Union nicht leichter sein.

Stephan Lücke

Ich möchte Herrn Belling fragen: Sie haben vorhin eine sehr gegenläufige Entwicklung in Ihrem Land dargestellt, was die Betreuung angeht. Wenn Europa ein stärkeres Gewicht bekommt, haben Sie nicht Sorge, als Exot angesehen zu werden?

Dr. Vojtěch Belling

Ich denke, wir sind keine Exoten. Unser Modell ist in manchen - nicht nur osteuropäischen - Ländern normal.

Zur Frage einer Vision der europäischen Familienpolitik: Wir müssen zwischen der Realität und einer Idee unterscheiden. In der Wirklichkeit, in der heutigen Realität ist es meiner Meinung nach kaum möglich, über eine europäische Familienpolitik als Politik auf EU-Ebene zu sprechen. Es ist nur möglich, über einzelne familienpolitische Anschlüsse in einzelnen Politikbereichen zu reden, z.B. über familienpolitische Maßnahmen im Rahmen der Legislative des freien Marktes. Es ist auch möglich über einige Minimalstandards zu sprechen. Zum Beispiel Minimalstandard beim Mutterurlaub, trotz der Position Großbritanniens. Auf der anderen Seite sollten wir die einzelnen Kulturmodelle und Staatsmodelle respektieren. Es wäre sehr problematisch, ein Einheitsmodell für z.B. Großbritannien, Schweden und Portugal zu finden.

Einerseits können wir über Minimalstandards sprechen, andererseits können wir meiner Meinung nach nicht über eine einheitliche Familienpolitik reden. Das kann auch problematisch sein. Es gibt einen Beschluss des europäischen Rates von Barcelona aus dem Jahre 2002, der besagt, dass bis 2010 in den EU-Ländern 33% der Kinder unter drei Jahren und 90% der Kinder unter sechs Jahren in den Kinderbetreuungseinrichtungen sein sollten. Die Position der Tschechischen Republik ist dazu sehr zurückhaltend. Es ist kein legislativer Akt, nur eine Empfehlung, die wir sicherlich nicht erfüllen werden, weil sie sich im Widerspruch zu unserer Position befindet. Ich sehe Probleme, wenn wir das Prinzip der Subsidiarität zur Seite legen. Unsere Position beruht auf unseren Erfahrungen und unseren Erkenntnissen und ich meine, dass dieser Bereich auf der nationalen Ebene gelöst werden sollte. Wir haben keine Probleme mit Kinderbetreuungseinrichtungen von drei bis sechs Jahren. Aber wir können nicht Mütter dazu nötigen, ihre Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen zu geben, wenn sie das nicht wollen. Die Stimmung in der Bevölkerung ist, in dieser Altersphase des Kindes zu Hause zu bleiben. Wir können nicht 33% der Eltern oder Mütter sagen, sie sollen ihre Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen geben, weil es ist eine Forderung der Europäischen Union ist. Das wäre zu dem problematisch für die Stimmung der Menschen zur europäischen Union.

Frage aus dem Publikum

Ich hatte nach Ihren beiden Vorträgen aus tschechischer und ungarischer Sicht den Eindruck, dass wir derzeit in den mittel- und osteuropäischen Ländern - zumindest nach dem, was Sie berichten - eine Pendelbewegung beobachten von einem ehemals überstaatlichten und überinstrumentalisierten System der Familienpolitik in Richtung eines unterstaatlichten. Ein Beispiel ist der Abbau der Krippenplätze, ein weiteres, die wirtschaftlichen Hilfen für Familien. Herr Belling, Sie hatten geschildert, von den bedürftigkeitsgeprüften Kindergeldleistungen an Familien bis hin zu Steuererleichterungen für Familien, die eher - das kennen wir aus der deutschen Geschichte - Mittel- und Oberschichtfamilien treffen und nicht so sehr Bedarfsgerechtigkeit für Familien unterer Einkommen sicherstellen. Ich habe Verständnis für diese Pendelbewegung in den mittel- und osteuropäischen Ländern vor dem Hintergrund der Beitrittsstrategie, die wir „Altmitglieder“ in den 90`er Jahren gefordert haben. In den Kopenhagener Kriterien von 1993 ist definiert, es muss Wirtschaftsfreiheit bestehen, es müssen Menschenrechte garantiert sein usw. Aber es wurden keine sozialen Beitrittskriterien festgelegt. Wir erleben in den osteuropäischen Ländern eine drastische Reduktion von Steuern, einen Nicht-Aufbau von sozialen Sicherungssystemen, der Alt- und Neumitglieder mittlerweile in einen, so empfinde ich das, Wettlauf bringt, der gerade nicht verstärkt Investitionen in Familienpolitik ermöglicht. Ich glaube, wir kommen gar nicht umhin, wenn wir mehr Sozialpolitik für Familien wollen, stärker auf europäischer Ebene zu denken.

Als letzten Punkt: Ich bin nicht so skeptisch, in Bezug auf die Rechtsinstrumente der EU Ebene. Frau Gerhard hatte erwähnt an welchen Punkten es Vereinbarungen gibt, z.B. Elterngeld, Elternzeit, Elternurlaub.

Es gibt gestufte Mindeststandards, die möglich sind, jenseits einer Standardisierung von Familienpolitik und jenseits von dem Argument, weil wir Subsidiarität haben, dürfen wir auf europäischer Ebene nicht aktiv werden. Das wäre mir zu schwarz-weiß, ich glaube, es ist sehr viel mehr möglich, und die ersten Beispiele, die familienpolitisch auf EU-Ebene gemacht werden, belegen das auch. Es geht nicht um eine neue Dominanz der europäischen Ebene, aber um hilfreichen Beistand als Subsidiaritätsverständnis. Wenn wir auf mitgliedstaatlicher Ebene nicht nur den Binnenmarkt, sondern auch die Sozialunion haben wollen, sollte auf EU-Ebene mehr geschehen.

Dr. Martina von Bassewitz

Ich warne davor, dass wir das zu sehr forcieren. Sonst geht es in die Richtung „Wozu zwingt uns die EU?“ Diese Diskussion brauchen wir im familienpolitischen Bereich auf gar keinen Fall. Wir müssen vorsichtig anfangen zu diskutieren, dass wir in erster Linie voneinander lernen können und wollen. Wir, genauso wie Ungarn und Tschechien, haben eigene Erfahrungen und keiner von uns hat Lust, dass jemand anders kommt und sagt, ihr müsst das so und so machen. Der Vergleich mit anderen Ländern kann einen großen Impuls geben. Wenn wir uns miteinander vergleichen, z.B. bei der Frage des Familienleistungsausgleiches, stellen wir fest: innerhalb der EU stehen wir weit oben. Das genügt uns aber nicht. An mancher Stelle mag es einen interessanten Aspekt geben, der passt aber nicht in die eigene Argumentationsschiene. Es gibt keine all selig machende Lösung; gleichwohl fände ich es wunderbar, wenn wir auf EU-Ebene zu einem „Family-Mainstreaming“ kommen könnten, vergleichbar mit dem „Gender-Mainstreaming“. Es ist positiv, bei allen politischen Entscheidungen zu überlegen, wie wirken sie sich jeweils auf Männer und auf Frauen aus, und zusätzlich in Überlegungen einbezieht - gerade auch auf EU-Ebene - wie sich Entscheidungen auf Familien auswirken? Das ist etwas, von dem wir noch weit entfernt sind, denn für die Gleichstellungspolitik hat die EU im Gegensatz zur Familienpolitik einen Auftrag. Familienpolitik läuft über die Sozialpolitik, d.h. wir sind immer in einer gewissen Rechtfertigungssituation. Die Europäische Kommission hat von sich aus Mitte der 90`er Jahre das Observatorium zur Beobachtung von Familien und demographischen Entwicklungen in der EU ins Leben gerufen; Die Finanzierung für dieses Observatorium läuft dieses Jahr aus, weil aus den Mitgliedstaaten gemauert wurde. Die Kommission ist im Augenblick etwas irritiert und fragt sich: Was wollt ihr eigentlich? Es ist nicht hilfreich, die Kommission vor den Kopf zu stoßen, sondern man muss schon erklären, was man erwartet.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Ich denke, was Europa auszeichnen sollte, ist eine Vielfalt der Kulturen und die Fähigkeit, innerhalb dieser Vielfalt Dialoge zu führen. Bisher gibt es keine Kompetenz für eine europäische Familienpolitik und vielleicht wollen wir sie nicht, weil wir auch diese Kulturen selbst bewahren wollen. Aber wir sehen, andere Standards reichen in die Familienpolitik hinein, beispielsweise die Frage des „Gender-Mainstreaming“ und die Frage der Bildung. Wenn wir ernst nehmen, was Herr Fthenakis gestern gesagt hat, wenn frühkindliche Bildung so unerlässlich ist, auch jenseits der eigenen vier Wände in der Familie, dann wird es für Tschechien ein Problem, wenn sie sich von dieser modernisierenden und auch bildungspolitisch entscheidenden Entwicklung abkoppeln. D.h. es gibt vielleicht neuere Erkenntnisse, die sagen, nur die Mutter allein kann Erziehung und Bildung nicht schaffen. Es sollte möglich sein, dass wir Menschen zu sozialem Verhalten erziehen. Ich denke, dass wir die Familienpolitik nicht abkapseln können. Die EU nimmt für sich in Anspruch, in andere Bereiche hinein zu wirken, die Ökonomie, der Arbeitsmarkt. Auch bildungspolitisch haben wir mit der Bologna-Vereinbarung einen notwendigen Austausch und Angleichungsprozess. Es ist auch nicht schlecht, wenn Gerechtigkeitsstandards, die auf EU-Ebene gelten, nicht vor der Familie halt machen.

Prof. Dr. László Márki

Was ich mir für eine gemeinsame EU-Familienpolitik vorstellen kann, wäre nicht, dass man ein einheitliches Familien-Unterstützungssystem in der ganzen Europäischen Union hat: Ich glaube, das wäre undenkbar und wahrscheinlich auch schlecht. Was ich mir vorstellen könnte, wäre, dass die Europäische Union bestimmte Richtlinien festlegt. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: In unserem Land gibt es viele Probleme, die daher rühren, dass verschiedene Vergünstigungen und finanzielle Unterstützungen von der Einkommenshöhe abhängen, ohne zu

berücksichtigen, wie viele Leute davon leben. Wenn jemand zehn Kinder und so und so viel Einkommen hat, bekommt er die Unterstützung nicht. Wenn jemand kein Kind hat, bekommt er alles Mögliche. Wir haben z.B. ein Gasabrechnungssystem, in dem Kleinverbraucher pro Einheit wenig bezahlen. Großverbraucher - und eine Familie mit drei Kindern ist automatisch Großverbraucher - bezahlen das Dreifache von dem, was Kleinverbraucher bezahlen. Das ist ungerecht. Was ich mir vorstellen kann, sind Richtlinien, die solche Umstände zwar vielleicht nicht ausgrenzen, aber wenigstens verpönen.

Dr. Vojtěch Belling

Ich stimme zu, dass wir die heutige Realität reflektieren müssen. Die Realität ist, dass es viele Politikbereiche auf EU-Ebene gibt, die das Leben der Familie direkt beeinflussen. Ich plädiere dafür, ein „Family-Mainstreaming“ auf EU-Ebene durchzusetzen, in den Bereichen, die Einfluss auf das familiäre Leben haben. Das hat nichts zu tun mit der Frage einer europäischen Familienpolitik, das ist die Wirklichkeit, denn die Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und einige Bereiche dieses Querschnittes bestehen bereits auf EU-Ebene.

Zur Frage der Situation im Ostblock: Wir haben in Tschechien, ähnlich wie in Ungarn, keine niedrigen Steuersätze. Wir haben seit sechs oder sieben Jahren eine sozialdemokratische Regierung, die eine Senkung der Steuersätze nie erlauben würde. Was die Steuervergünstigungen betrifft, ist das System, das bei uns aufgebaut wird, auf eine Begünstigung der einkommensschwächeren Familien ausgerichtet. Wir haben negative Steuervergünstigungen, d.h., wenn Sie ein so niedriges Einkommen haben, da Sie nicht in den Genuss von Steuervergünstigungen kommen, bekommen Sie einen Zuschuss, einen sog. Bonus, der auch die negative Seite der Steuern berücksichtigt. Sie bekommen 6000 Kronen pro Jahr für ein Kind, unabhängig davon, ob Sie hohe oder niedrige Steuern zahlen. Das ist für einkommensschwache Familien vorteilhafter als für die einkommensstärkeren Familien. Davor hatten wir eine Steuervergünstigung, die nur für die einkommensschwächeren Familien günstig war. Deswegen haben wir das System jetzt verändert.

Stephan Lüke

Ich frage die beiden Vertreterinnen aus diesem Land. Sie sagten eben, die Tschechische Republik wird ein Problem bekommen. Können wir uns das eigentlich erlauben? Wir setzen viele Ansätze noch nicht um und kritisieren ein anderes Land, das einen anderen Weg geht. Dabei schauen wir selber artig nach Schweden oder Finnland?

Dr. Martina von Bassewitz

Das war anmaßend, das nehme ich sofort zurück. Ich meinte, es könnte ein Problem werden für die Bildung der Kinder. Wenn wir das Beste wollen für die zukünftige Generation, dann dürfen doch auch Forschungsergebnisse jenseits der Grenzen eine Bedeutung haben. Ich würde nicht eine Politik darauf gründen wollen, dass die armen tschechischen Kinder gezwungen werden, in die Krippe zu gehen.

Ich muss anschließen, dass ich glaube, für uns Deutsche ist die tschechische Entwicklung interessant zu sehen, weil wir uns im Augenblick, auch mit der Initiative meines Ministeriums, verstärkt darum bemühen, für unter Dreijährige mehr Betreuungseinrichtungen zu schaffen, sowohl auf Tagesmutterebene als auch in Krippen. Wir sehen uns vor allem in Westdeutschland mit dem Vorurteil konfrontiert, dass Krippeneinrichtungen etwas Schlechtes seien und müssen ihren Sinn und ihre Bedeutung erklären. Ich habe drei Kinder, die alle drei schon sehr früh im Kindergarten waren und kenne diese Diskussion aus meiner Heimatstadt Lübeck: Du kannst doch nicht dein sechs Monate altes Kind in eine Krippe geben! Ich konnte, und wie gestern Frau Prof. Meier sagte, sie findet ihr Kind ganz wohlgeraten, ich finde meine Kinder auch ganz wohlgeraten. Daher ist es interessant zu sehen, dass die tschechische Gesellschaft das anders wahrnimmt. 20 Kinder auf eine Betreuerin sind Zustände, die wir uns nicht vorstellen und für unsere Kinder auch nicht wünschen. Das ist der Grund, warum wir so ungläubig nachfragen, wie es in Ihrem Land funktioniert. Ich möchte niemandem vorschreiben, wie er oder sie das in ihrem Land machen.

Prof. Dr. László Márki

Bezüglich Krippen ist eines nicht klar gemacht worden, was Herr Belling natürlich sehr gut weiß, und ich auch, aber Sie wahrscheinlich nicht. Die Kinderbetreuungsstätten waren Stätten der politischen und ideologischen Indoktrination. Zum anderen war die allgemeine Gesinnung in Ungarn in vielen Sachen sehr viel liberaler als in den anderen kommunistischen Ländern, auch bezogen auf die Indoktrination in Kindergärten zum Beispiel. Es gab etwas Allgemeines: In den Kinderkrippen wurden die Kinder aufbewahrt. Keiner hat sich wirklich um sie gekümmert. Sie lagen oder saßen dort herum. Wenn Sie das wissen, dann ist Ihnen klar, dass niemand dieses System weiterführen will. Wenn es um Krippen im Sinne von Herrn Fthenakis ginge, könnten wir nicht wissen, wie unsere Bevölkerung darauf reagiert. Aber das ist weitgehend unbekannt, darüber können wir vorerst nichts sagen.

Frage aus dem Publikum

Ich nehme das zum Anlass, um festzustellen dass ich negativ aufgefallen bin, weil ich gesagt habe, man könne nicht einfach Systeme abrufen. Man sieht, dass in einem bestimmten Land etwas so oder so funktioniert. Das ist als Information spannend. Aber es ist der Hintergrund, der wirklich spannend ist. Ich habe nichts gegen Krippenplätze, ich finde, Familie müsste in jeder Hinsicht unterstützt werden. Wir können uns sofort einigen, dass zum Beispiel Alleinerziehende oder Mütter, die ihren Beruf weitermachen, sofort einen vernünftigen Krippenplatz bekommen, in dem das Kind nicht nur aufbewahrt wird. Mich stört an der Diskussion, dass zum Beispiel gesagt wird, Mütter könnten Bildung und Erziehung nicht mehr alleine leisten, und empfinde es als negativen Ansatz. Heutzutage wird viel darüber geredet, was Familie nicht mehr kann. Ich wehre mich dagegen, dass Familie negativ gesehen wird. Auf der europäischen Ebene gibt es dagegen Dokumente, die sagen, wir müssen Drogen bekämpfen, und sie nehmen die Familie dafür am Meisten in die Pflicht, weil sie es am Besten leisten könne, weil in der Familie das Selbstbewusstsein gestärkt wird.

Dr. Martina von Bassewitz

Ich denke, die Veranstalter haben mich eingeladen, weil ich dem Bundesfamilienministerium angehöre. Aus dieser Sicht erwarten Sie zu Recht bestimmte Dinge, die ich sage. Jetzt sage ich als Martina Bassewitz, dass der Staat nicht alles leisten kann, darf und soll. Die Rahmenbedingungen, gute Rahmenbedingungen, müssen vom Staat gegeben werden. Es ist unser aller Verantwortung, die Bedeutung und Leistung von Familie anzuerkennen. An diesem Punkt sind die Verbände und die Kirchen und jeder/jede Einzelne von uns gefragt. Wir müssen uns überlegen, was bedeutet Familie für mich, wie wichtig ist Familie? Das ist natürlich eine individuelle und private Diskussion, die wir aber alle führen müssen. Das zeigt uns auch die hohe Anzahl an kinderlosen Akademikern und Akademikerinnen. Sie haben gute Rahmenbedingungen, sie können sich die Kinderbetreuung und ggfs. ein Harvard- Studium ihrer Kinder leisten. Sie bekommen trotzdem keine Kinder.

Frage aus dem Publikum

Ich frage mich, weshalb die Familienorganisationen nur über die Situation mit kleinen Kindern diskutieren. Wenn wir die Demographie so bemühen, wissen wir doch, dass es durch die demographische Entwicklung zunehmend Probleme mit der Versorgung von Älteren und ganz Alten gibt, die sicherlich auch über Familie ein Stück abgedeckt werden muss. Für mich ist die Frage: Welche Vorstellung gibt es auf dem Podium in dieser Richtung? Was machen Familien mit ihren älteren Mitgliedern? Welche Modelle oder Ansätze gibt es? Das Ministerium ist auch für Senioren zuständig.

Dr. Marina von Bassewitz

Ich komme aus der Familienabteilung und nicht aus der Seniorenpolitik, daher kann ich nicht in Feinheiten gehen. Vom Prinzip her wissen Sie, wissen wir, dass wir ein großes Potenzial an älter werdenden Menschen haben. Jemand, der in Rente oder Pension geht, ist nicht gleich ein Pflegefall. Er hat 20 bis 30 Jahre, in denen er auch sehr viel für das Gemeinwesen leisten kann. Es gibt verschiedene Bestrebungen, diese Fähigkeiten, die ein Einzelner oder eine Einzelne hat, für das Gemeinwesen und aber auch zur Selbstbestätigung zu nutzen. Wenn Ältere dann tatsächlich nicht mehr können und zu einem Pflegefall werden, brauchen wir Netzwerke,

die das auffangen. Das geht sowohl in eine sozialpolitische als auch in eine familienpolitische Richtung. Wenn es darum geht, dass Menschen Teilzeit arbeiten wollen, dann liegt das manchmal daran, dass sie kleine Kinder haben, aber manchmal liegt es auch daran, dass sie pflegebedürftige Angehörige haben. Das ist ein Ansatz, der wichtig ist, der - wenn ich meine Kolleg/innen richtig verstanden habe - in Deutschland offenbar ein bisschen besser funktioniert, unsere Teilzeitmöglichkeit betreffend.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Ich fühle mich angesprochen, weil ich mit der evangelischen Kirche in Deutschland über das Thema „Generationen“ verhandelt habe. Es geht bei Generationenfrage nicht nur um Kinder; wir haben auch in Hinblick auf das Altern diskutiert. Wir sprechen im Zuge der demographischen Entwicklung von der Zunahme des älteren Teils der Bevölkerung. Das Wichtigste ist, wie Sie schon sagten, anzuerkennen, dass alt nicht gleich alt ist, sondern dass wir jüngere Alte haben. Es gibt eine große Population von alten Menschen, deren Potenziale wir nutzen sollten, die in vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten aktiv sind oder dafür angesprochen werden können. Hier können die Älteren für die noch Älteren mobilisiert werden. Wenn wir im weiteren Sinne über Familie reden, gehört die ältere Generation dazu. Sie ist beteiligt im Verhältnis zu Familien sowohl in vielen ökonomischen Transfers als auch in der Fürsorge und Pflege der Kinder. Großmütter sind in ganz Europa, und wahrscheinlich zunehmend auch die Großväter, für Familie unverzichtbar.

Wir haben im Kontext der Kindererziehung über Netzwerke gesprochen, die einbezogen werden. Das müssen nicht nur Netzwerke sein, die sich auf die biologische Familie beziehen, sondern wir müssen über soziale Netzwerke nachdenken, in denen jenseits der engeren Familienzusammenhänge z.B. in Nachbarschaften Menschen sich für andere engagieren. Soziale Netzwerke können unabhängiger von der Enge eines biologischen Familienbegriffs sein. Ein interessantes Faktum aus der Altersforschung: Es ist nachgewiesen, dass Frauen, die eine eigene Familie hatten und ihr Leben lang Familienfrau waren, wenn ihr Partner im Alter stirbt, einsamer sind als diejenigen, die schon früh, sei es als Singles oder als Erwerbstätige, andere soziale Netze aufgebaut haben, auf die sie dann im Alter zurückgreifen können. Ein zu enger Familienbezug kann auch zurückfallen auf die Frauen.

Prof. Dr. László Márki

In den europäischen Papieren wird gesagt, dass Familien eine sehr wichtige Rolle in der Versorgung von älteren Personen haben können. In vielen Fällen brauchen sie dazu eine Unterstützung. Das ist sehr oft nicht der Fall. In Ungarn wird diskutiert, dass man die Unterstützung für Kindererziehung auf solche Personen erweitert, die neben ihren Kindern auch ältere Personen oder andere pflegebedürftige Personen zu Hause haben oder zu sich nehmen und sich um sie kümmern. Eine andere Sache, in der Familienorganisationen eine wichtige Rolle spielen können: man kann sehr gut Jugendliche, Kinder und ältere Personen zusammenbringen. Wir haben in Ungarn seit drei bis vier Jahren eine Bewegung, die einen Preis für Programme ausschreibt, die von älteren Personen und Kindern zusammen verwirklicht werden. Im ersten Jahr dachte die Veranstalterin, eine Seniorenorganisation, wir arbeiten am Besten mit Kindergärten zusammen. Das hat nicht funktioniert. Seit die Organisation mit unserem Verein kooperiert, ist die Aktion sehr erfolgreich. Das können Bürgerorganisationen, Familienorganisationen auch in anderen Ländern initiieren.

Brigitte Winkler

Ich möchte auf die Frage einer Europäischen Familienpolitik zurückkommen. Unabhängig davon, jemandem vorschreiben zu wollen, was er oder sie oder in ihrem Land für Rahmenrichtlinien setzt, die für die Familien dort gut sind, haben wir aber auch - nicht nur an diesen beiden Tagen, sondern sicherlich kennen wir das aus den verschiedensten Zusammenhängen - die Frage, dass es offensichtlich mit einer Haltung zu tun hat:

- Wie steht die Bevölkerung, wie steht die Politik zu Familie?
- Welche Bedeutung wird Familie zugemessen?
- Welche Rahmenbedingungen wollen wir für Familie haben?

Ich glaube, es eint die Länder, sich diese Fragen individuell für ihr Land zu beantworten. Wir reden von Visionen, und Visionen bedeuten nicht, dass sie übermorgen schon verwirklicht sind, sondern Visionen bedeuten, einen Weg zu überlegen, wie man zu einem Ziel kommt. Ich frage deswegen alle in der Runde: Wir haben EU-Wettbewerbskommissare und Kommissarinnen und Kommissare für Wirtschaftsfragen etc. Können wir uns vorstellen, vielleicht so etwas wie einen EU-Kommissar oder eine EU-Kommissarin für Familien zu haben, die dafür sorgt, dass dieses Thema ständig auf der Diskussionsplattform steht?

Ich finde unsere Tagung hier gut. Ich finde es gut, dass es am zweiten Dezember auf nationaler, deutscher Ebene eine weitere Tagung gibt. Ich finde es wunderbar, wenn es in anderen solitären Zusammenhängen solche Tagungen gibt. Trotzdem: Können wir uns vorstellen, dass vielleicht durch eine stärkere Präsenz, durch eine Person in der EU-Kommission dieses Thema, was uns alle sehr bewegt, stärker und permanenter in der Öffentlichkeit ist?

Dr. Vojtěch Belling

Erst noch eine kurze Bemerkung zur Altersversorgung. Die Seniorenpolitik in der Tschechischen Republik ist als selbstständiger Bereich unterschieden von der seniorenpolitischen Diskussion der Familienpolitik. Im Rahmen der Familienpolitik werden Probleme der Seniorenbetreuung in der Familie, der familiären Verhältnisse der Senioren zu der mittleren Generation und zu den Enkeln, und die häusliche, die familiäre Betreuung der älteren Menschen betrachtet. Das letzte Thema wird auch in unserem Gesundheitssystem diskutiert. Wir haben eine neue Konzeption der staatlichen Gesundheitspolitik, in der die häusliche Betreuung der älteren Menschen anstelle der Betreuung in staatlichen Institutionen bevorzugt wird. Wir haben ein aufgebautes Netz von Dienstleistungen für ältere Menschen, die ihrer Integration in die Familie helfen und Unterstützung zum Beispiel in Form der Sozialassistenten, die in Familien mit älteren Menschen gehen und diese unterstützen. Wir bauen ein System der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Bezug auf die Betreuung der älteren Menschen auf. Es gibt ein Betreuungsgeld für die Betreuung älterer Menschen in der Familie, das man auch bei Erwerbstätigkeit erhält, wenn die individuelle Betreuung der Senioren gewährleistet ist. Die Seniorenpolitik ist ein selbstständiger Bereich, der sich zum Beispiel mit der Bildung der Senioren, der Integration in die Gesellschaft und dem Kampf gegen soziale Ausgrenzung beschäftigt. Das sind sehr spezifische Probleme. Das war die Bemerkung zum vorhergehenden Thema.

Zur Frage EU-Kommissarin/ EU-Kommissar, muss ich sagen, dass ich mir das zwar vorstellen kann, aber abhängig davon, welche Befugnisse die Kommissar/innen hätten. Wenn die Aufgaben Konsultationen und Beobachtung sind, so wie wir davon gesprochen haben, im Zusammenhang mit dem Family-Mainstreaming, kann ich mir das durchaus vorstellen.

Noch eine kleine Bemerkung zu der Stimmung der Bevölkerung: Es gab vor ein oder zwei Jahren einen europäischen Fragebogen über die Prioritäten der Bevölkerung in der Frage der Familienpolitik. Die Ergebnisse waren interessant. In Westeuropa ist die Priorität Nummer eins: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Frage der Kinderbetreuung. In Ost-Europa dagegen, im ehemals kommunistischen Block, ist die Priorität die finanzielle Unterstützung der betreuenden Familien. Da besteht ein Unterschied, den wir schon gesehen haben. In Schweden z. B. hat der Erfolg in der Arbeit Priorität in der Werteskala, Familie ist an dritter oder vierter Stelle. In den ost- und mitteleuropäischen Ländern steht die Familie an höchster Stelle, für 95% der Bevölkerung ist die Familie der Wert Nummer eins. Das gilt für Ungarn und für Tschechien. Diese Werteunterschiede muss man beim Aufbau der Familienpolitik reflektieren.

Prof. Dr. Ute Gerhard

Das erste Problem ist, dass es keine Kompetenz für Familie auf der EU-Ebene gibt und aus gutem Grund. Über die Argumente dafür haben Sie gesprochen. Es sollte möglicherweise einen Ombudsmann, eine Ombudsfrau geben, die die Auswirkungen auf Familien prüfen sollte, mit besonderer Aufmerksamkeit für die Betreuungs- und Bildungsfrage. Es wäre gut, wenn die Länder, die in der Beziehung für uns vorbildlich sind, an der Stelle in der EU gehört werden.

Die Wertefrage ist eine Pendelbewegung. Unser jüngster Jugendbericht sagt, dass die Jugendlichen in der Bundesrepublik als höchste Werte die Gründung einer Familie und die Beziehun-

gen in Familien angeben. Familie ist hier sehr gewünscht, und ein Ideal, in der Familie zu leben, gibt es auch. Der Punkt ist, dass die Menschen diese Wünsche verwirklichen können, weil wir gleichzeitig marktabhängig sind und auf die Ökonomie schauen müssen. Das Ideal ist vorhanden und ich kann gut nachvollziehen, dass im Westen die Priorität bei der Vereinbarkeit besteht. Das heißt nicht, dass der Wert Familie nicht ebenso hoch eingeschätzt wird.

Das Problem ist der Begriff Familie: Was meinen wir genau damit? Welche Form der Familie? In diese Diskussion können wir nicht mehr einsteigen, aber Fragen dazu stellen, inwiefern gelten in der Familie auch die Normen und Werte, die wir für eine Zivilgesellschaft oder eine demokratische Gesellschaft erwarten. Inwiefern sind dort die Rechte der Kinder in einer Weise verankert, dass sie Maßstab sind? Der Maßstab muss sich danach richten muss, dass die Schwächsten keinen Schaden nehmen. Das würde eine Umkehr in der Prioritätensetzung der Politik bedeuten.

Dr. Albin Nees

Ich wollte auf die Frage eingehen, die Frau Winkler angesprochen hat, die Frage der Kommissarin oder des Kommissars. Ich möchte mich Frau Prof. Gerhard anschließen, zu überlegen, einen Ombudsmann oder eine Ombudsfrau bzw. eine Beauftragte oder einen Beauftragten zu dieser Frage einzusetzen. Kommissariat bedeutet, dass ein nachgeordnetes, größeres Ministerium, ein größerer Verband, mit sehr viel Geld erforderlich ist. Es kommt darauf an, dass eine Familienverträglichkeitsprüfung umgesetzt wird.

Ich erinnere daran, dass Johannes Rau in seiner Ansprache Weihnachten 2002 genau das gefordert hat. Er erinnerte daran, dass es eine Reihe von Bundesländern in Deutschland gibt, die in ihren Kabinettsvorlagen einen solchen Punkt haben. Da heißt es beispielsweise, gleichstellungspolitische Relevanz muss geprüft werden, die Familienverträglichkeitsprüfung muss erfolgen sowie die Auswirkungen auf die Umwelt.

Herr Márki hat die Rothenfelser-Denkschrift von 1955 erwähnt. Die vier Professoren, die damals von der Bundesregierung beauftragt worden waren, ein Konzept der sozialen Sicherung zu entwerfen, haben festgestellt: Bei der Gestaltung der Maßnahmen der sozialen Sicherung müssen wir berücksichtigen, wie sie auf den Sorgeverband Familie wirken, denn die Art und Weise, wie sie wirken, kann der Familie Schaden zufügen oder der Familie nutzen.

Ich komme auf das Thema davor zu sprechen. Nach dem Trümmerfrauen- Urteil von 1992 wurde bei uns im Land das Pflegeversicherungsgesetz eingeführt. Im Trümmerfrauen- Urteil steht, dass jede weitere Maßnahme der sozialen Sicherung in der Gesetzgebung dazu genutzt werden muss, dass sie familienfreundlicher wird. Das Gegenteil wurde beim Pflegeversicherungsgesetz gemacht. In Euro und Cent ausgedrückt: eine pflegebedürftige Person bekommt, wenn sie zu Hause im Sorgeverband Familie gepflegt wird, im Monat bei Pflegestufe eins 205 Euro. Wenn sie nicht in diesem Sorgeverband gepflegt wird, sondern aus der Familie in eine Einrichtung geht, erhält sie einen viel höheren Satz, ein absoluter Fehlanreiz. Die Rürup-Kommission hat das erkannt und entsprechende Änderungsvorschläge unterbreitet, aber niemand wagt sich daran. Es wäre gut, einen solchen Fehlanreiz zu beseitigen und in der Öffentlichkeit den 70 bis 75% Betroffenen zu zeigen, dass ihre Arbeit als wertvoll eingeschätzt und nicht mit Almosen bedacht wird. Das ist eine Aufgabe, die eine Ombudsfrau, die Beauftragte für Familienfragen, bei der EU-Kommission haben könnte.

Dr. Martina von Bassewitz

Ich finde die Vision, die Sie gerade entwickelt haben, hat sehr viel Charme. Ich sehe diese Punkte, die bereits von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurden. Ein Minister, ein Kommissar bzw. eine Ministerin, eine Kommissarin, weil sie Kompetenzen hat? Aus dem BMFSFJ kann ich anmerken: Wir sind das kleinste Ministerium mit den wenigsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den wenigsten Gesetzgebungszuständigkeiten. Wenn ich die Senioren, die Frauen und die Jugend beiseite lasse und nur die Familienabteilung betrachte, kann ich an einer Hand die Gesetzgebungszuständigkeiten abzählen, die wir haben. Auf EU-Ebenen wäre es viel geringer.

Wenn wir sehen, wie Renate Schmidt für Familiethemen aktiv ist, hat das auch mit Persönlichkeit zu tun und wie man ein Thema angepackt. Sie spricht auch innerhalb des Kabinetts bestimmte Dinge an. Ich kann mir einen Ombudsmannes/ eine Ombudsfrau gut vorstellen, wenn die Möglichkeit besteht, querschnittartig in die jeweiligen Zuständigkeiten rein zugehen. Die alternative Möglichkeit wäre, dass man die Zuständigkeit für Familie angliedert an den Kommissar für Beschäftigung und Soziales. Das würde einige Dinge beschneiden, aber man wäre bei den zentralen Zuständigkeiten und könnte das Family-Mainstreaming an exponierter Stelle prüfen. Das sind die beiden Möglichkeiten, die ich mir vorstellen könnte.

Prof. Dr. László Márki

Als das Wort Familie 1998 das erste Mal im Namen eines Ministeriums in Ungarn auftauchte, waren wir alle sehr froh. Ich wäre daher auch sehr froh, wenn in der Europäischen Union etwas „Familie“ hieße. Ich glaube, dass eine Beauftragte oder ein Ombudsmann für die Familienfrage vielleicht besser wäre als ein eigenes Kommissariat, da zu viel administrativer Aufwand nicht unbedingt effektiv ist.

Bezüglich Ihrer Frage ist mir noch etwas eingefallen, das ziemlich weit führen kann. In unserem Land ist ein Gedanke sehr verbreitet und ich habe die Erfahrung, dass viele Leute in anderen Ländern ähnlich denken. Viele Menschen meinen, wenn wir unsere heutige Lage mit den kommunistischen Zeiten vergleichen, waren wir ideologisch damals sehr stark manipuliert. Jeder wusste das und viele Menschen und Familien versuchten, Widerstand zu leisten. Heute werden wir vielleicht noch stärker manipuliert, von der Konsumbetrachtung und den sehr starken materiellen Interessen, die dahinter stehen, die zum Beispiel auch dazu führen, dass Politiker oder namhafte Schriftsteller für Drogenkonsum einstehen. Diese Art der Manipulation geschieht nicht so offen wie die frühere ideologische Indoktrinierung. Vielen Menschen ist sie nicht bewusst. Wir werden mit dieser Manipulation übergossen, durch sämtliche Medien, durch Politiker, und wir wissen nicht, wie wir uns dagegen wehren können.

Frage aus dem Publikum

Ich wollte eine Ergänzung machen. Neben der Möglichkeit eines Kommissars und der Möglichkeit eines Ombudsmanns gibt es auf europäischer Ebene das interessante Instrument der offenen Methode der Koordinierung als ein weiteres Instrument, um jenseits von Kompetenzverlagerung miteinander ins Gespräch zu kommen. Die offene Methode möchte Informationsaustausch und das Vereinbaren von Zielen fördern. Es gibt verschiedene offene Koordinierungsprozesse in der EU, unter anderem zu den Themen Jugend, Bildung, Armut und soziale Ausgrenzung. Es könnte sinnvoll sein, die bestehenden Prozesse stärker aus familienpolitischer Sicht für sich zu nutzen. Es liegt ein ganzes Tableau an Informationen vor, die man familienpolitisch in den Mitgliedsstaaten nutzen kann.

Dr. Martina von Bassewitz

Ich würde gerne zu Ihnen etwas sagen, zur Methode der offenen Koordinierung. Sie hat viel für sich, wir sehen aber in der Umsetzung, dass es viel Papierkram gibt. Unserer Ministerium ist oft nur Zulieferer, wir sind für die wenigsten Berichte federführend zuständig, und man muss den In- und den Output vorsichtig betrachten. Ich halte ich es für den richtigen Gedanken, die Familienrelevanz peu a peu in alle Bereiche zu integrieren, nicht contra legem, aber als einen wichtigen sozialpolitischen Aspekt, der, und sei es durch die EU-Verfassung, schon immanent ist.

Bezüglich Familie als Bildungsinstitution, ich denke, da müssen wir nicht lange reden, wie wichtig sie ist, sehe allerdings mit Sorge, dass wir im Moment aufgrund der leeren Kassen an Familienbildungsstätten und Beratungsstätten stark kürzen. Parallel gibt es die Entwicklung auch auf wissenschaftlicher und internationalen Ebene, die unter dem Schlagwort „Parenting“ bekannt ist. Man kann das anders nennen, aber im Grunde ist viel in unserer Familienbildung enthalten. Im Europarat gibt es einen neuen Ausschuss zur Frage des „Parenting“. Ich bin für unser Ministerium abgeordnet und sehr gespannt auf die Ergebnisse. Ich gehe davon aus, dass im Grunde bestätigt wird, dass Familie eine entscheidende Bildungseinheit darstellt. Die Frage ist, wie man sie fördern und in Problemsituationen unterstützen kann. Ich kann Ihnen nächstes Jahr mehr davon berichten, aber das werden wir nicht kontrovers diskutieren.

Stephan Lüke

Ich sage herzlichen Dank, Ihnen auf dem Podium, Ihnen im Publikum, die Sie für eine lebendige Diskussion gesorgt haben. Und ich möchte mich bei der Veranstalterin für die Organisation und alles weitere herzlich bedanken und sagen: Hoffentlich wird eine solche Tagung häufiger veranstaltet und Öffentlichkeit geschaffen. Dankeschön!

Brigitte Winkler

Ich möchte mich zum Abschluss ebenfalls bedanken, bei allen Beteiligten, bei den Referentinnen und Referenten und natürlich bei Ihnen als Teilnehmer/innen. Insbesondere, wenn Sie mir das erlauben, gilt mein Dank unseren beiden Gästen, die die weiteste Anreise hatten, aus Budapest und Prag. Für die Informationen und Bereicherungen, die ich in den beiden Tagen erhalten habe, möchte ich mich persönlich bei Ihnen sehr herzlich bedanken! Einen besonderen Dank spreche ich meinen Vorsitzenden, Herrn Dr. Albin Nees, aus. Ich weiß, Sie haben einen vollen Terminkalender. Vielen Dank. Gleichfalls noch einmal einen besonderen Dank an Frau Prof. Dr. Ute Gerhard für ihren aktiven Einsatz in benannter kurzer Zeit. Auch sehr herzlich bedanken möchte ich mich bei meinen beiden Mitarbeiterinnen, den guten Geistern im Hintergrund, bei Frau Nagel und Frau Weinmann, ohne die ich die Tagung nicht so gut hätte organisieren können.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nach-Hause-Weg und bis zum nächsten Mal.

Teilnehmer/innen und Referent/innen

Frau Dr. Martina von Bassewitz

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frau Marieluise Beck

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Herr PhDr. Vojtěch Belling

Ministerium für Arbeit und Soziales

Herr Dr. Benjamin Benz

Zukunftsforum Familie e.V.

Frau Beate Blechinger

Ministerium der Justiz im Land Brandenburg

Frau Regina Bruder

Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative e.V. / BAGE e.V.

Herr Helmut Eidenmüller

Behörde für Soziales und Familie / Freie und Hansestadt Hamburg

Frau Iris Emmelmann

Deutscher Familienverband e.V.

Herr Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis

Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung

Frau Prof. Dr. Ute Gerhard

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V.

Frau Eugenia Gilge

Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Brandenburg

Frau Claudia Hagen

Familienbund der Katholiken

Herr Norbert Hocke

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / Hauptvorstand

Herr Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil

Deutsches Nationalkomitee

Frau Ruth Kempel

Deutscher Familienverband - Landesverband Hessen e.V.

Frau Bettina Konrath

Landesvereinigung für Kinderbetreuung in Tagespflege NRW c/o Familiäre Tagesbetreuung

Frau Dr. Martina Köppen

Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin

Herr Michael Korden

Familienbund der Katholiken

Herr Martin Leinweber

Deutscher Familienverband - Landesverband Berlin e.V.

Frau Peggi Liebisch

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. - Bundesverband -

Herr Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Herr Stephan Lüke

AGENTUR für Bildung

Frau Dana Manthey

Diplompädagogin, Schönwalde b. Berlin

Herr Dr. László Márki

National Association of Large Families / NOE

Frau Prof. Dr. Uta Meier

Universität Gießen

Frau Tania Miguez

Deutscher Familienverband - Landesverband Thüringen e.V.

Frau Sabine Mundolf

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V.

Frau Simone Nagel

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Herr Dr. Albin Nees

Deutscher Familienverband e.V.

Frau Gabi Ohler

PDS-Fraktion im Thüringer Landtag; Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Frauen, Gleichstellung und Familie

Frau Irene Ossa-Moyzes

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Herr Dr. Marcus Ostermann

Deutscher Familienverband e.V.

Frau Adelheid Payer-Pechan

Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien

Frau Maria Rocholl

Paritätisches Bildungswerk - Bundesverband

Herr Heribert Rollik

Deutsches Rotes Kreuz / Generalsekretariat

Frau Ingrid Ruhnke

ÜPZ - Kita Museum / pädal e.V.

Frau Annelies Schobries

Deutscher Frauenring e.V.

Frau Dr. Insa Schöningh

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V.

Frau Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Deutsches Institut für Urbanistik

Herr Karl-Heinz Schulz

EAF Landesarbeitskreis Hessen Nassau c/o evangelischer Regionalverband

Frau MinR'in Brunhild Schumann

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Referat 23 Familienpolitik

Herr Thomas Socha

Deutscher Familienverband - Landesverband Sachsen e.V.

Herr Uwe Solinger

Hessisches Sozialministerium

Frau Dr. Heidemarie Waninger

ÜPZ - Kita Museum / pädal e.V.

Frau Ariann Weinmann

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Frau MinD'in Elfie Wiedemann

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Referat 23 Familienpolitik

Frau Heike Wigglinghaus

Deutscher Familienverband - Landesverband Berlin e.V.

Herr Dieter Willholz

Deutscher Familienverband - Landesverband Brandenburg

Frau Brigitte Winkler

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Frau Anja Wolfert

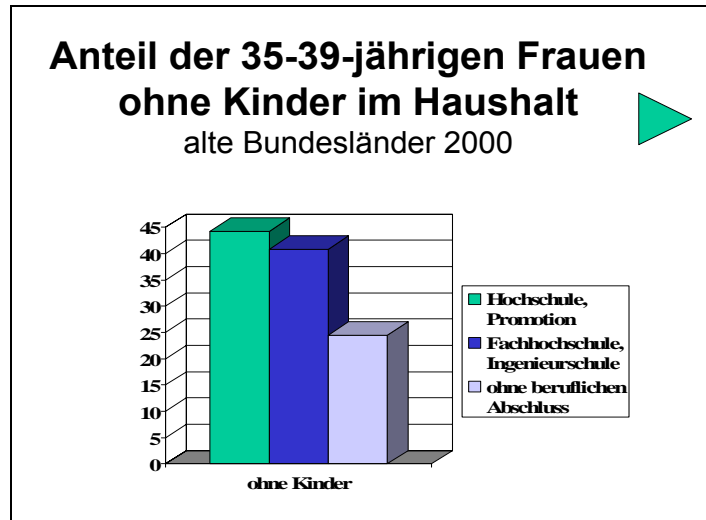
ÜPZ - Kita Museum / pädal e.V.

Frau Leonija Wuss

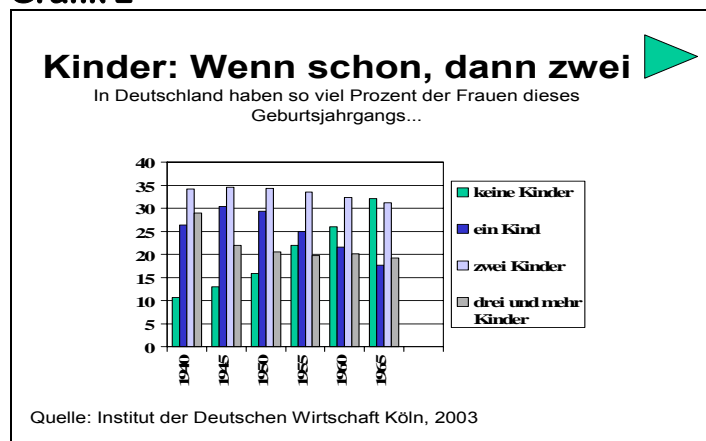
Sichtwechsel e.V. für gewaltfreie Medien

Anhang zum Vortrag von Professor Dr. Uta Meier
Risiko Familie? – Die soziale Wirklichkeit von Familie

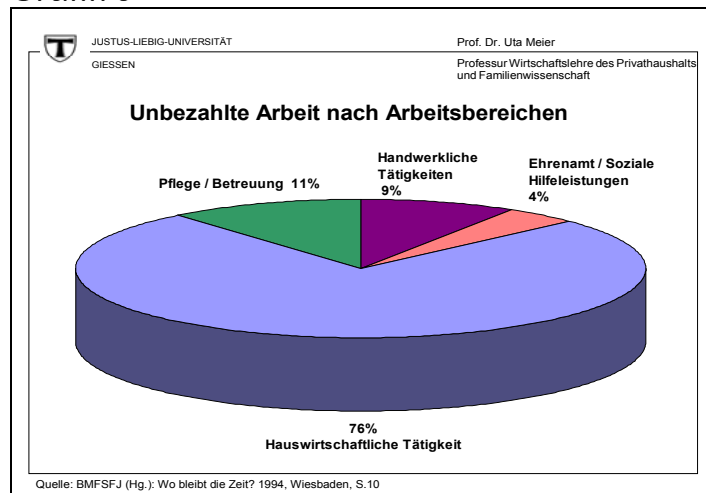
Grafik 1



Grafik 2

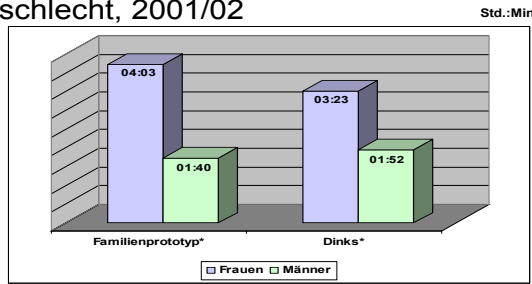


Grafik 3



Grafik 4

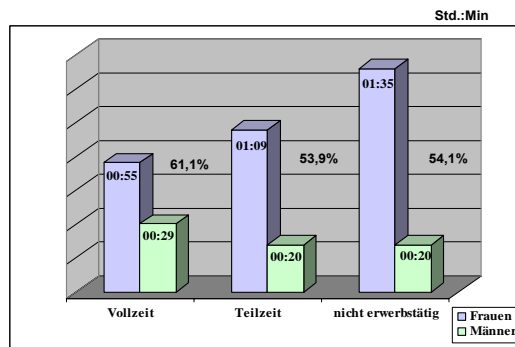
Durchschnittliche Zeitverwendung von Erwachsenen je Tag für hauswirtschaftliche Tätigkeiten nach Haushaltstyp und Geschlecht, 2001/02



* Familienprototyp: Ehepaare mit 2 Kindern, jüngstes von 6 bis unter 18 Jahren, doppelte Erwerbstätigkeit; * Dinks: Ehepaare ohne Kinder, doppelte Erwerbstätigkeit

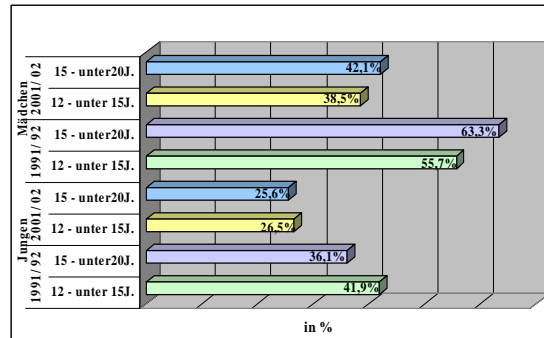
Grafik 5

Durchschnittliche Zeitverwendung von Müttern mit unterschiedlichem Erwerbsstatus und den dazugehörigen Vätern je Tag für die Beköstigung, 2001/02

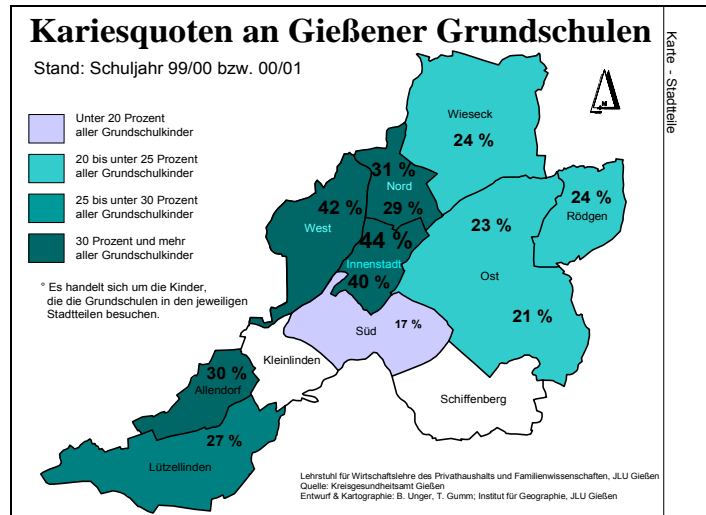


Grafik 6

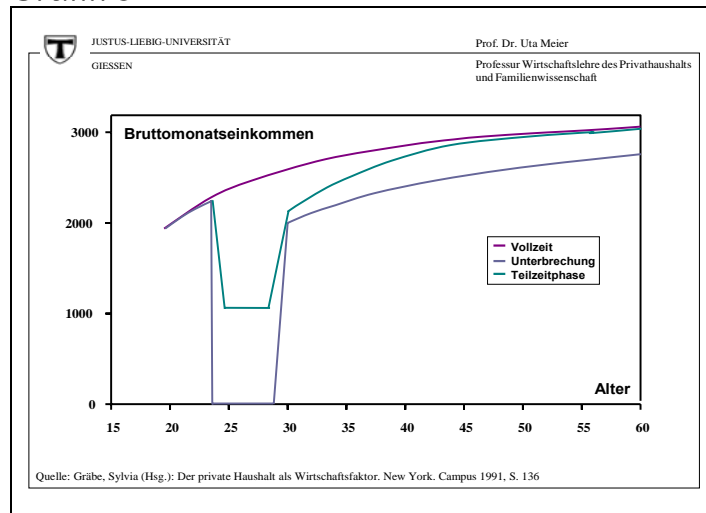
Durchschnittlicher Beteiligungsgrad von Kindern und Jugendlichen je Tag für die Beköstigung nach Alter und Geschlecht, 1991/92 und 2001/02



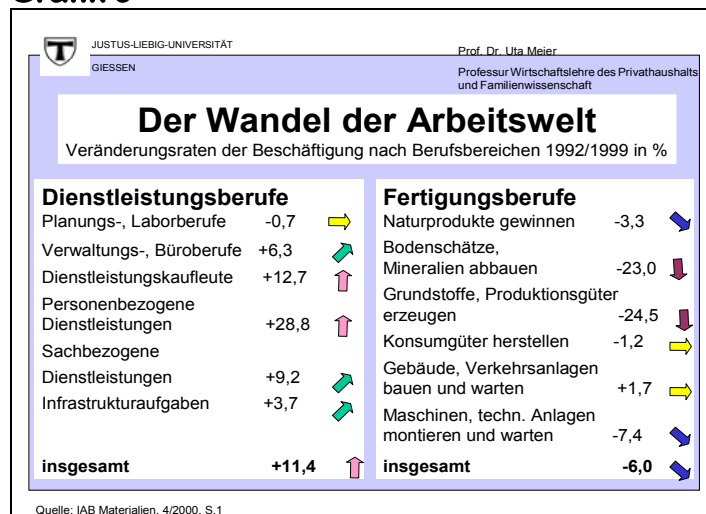
Grafik 7



Grafik 8



Grafik 9



Anhang zum Vortrag von Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis
**Bildungspolitische Qualität außerfamiliärer Kinderbetreuung -
Konzepte und Forschungsergebnisse im internationalen Vergleich**

Folie 1

**Nationale Qualitätsinitiative im System der
Tageseinrichtungen für Kinder - NQI**

- **PädQUIS: Qualität in der Arbeit mit Kindern von 0 bis 6 Jahren**
- **SPI: Qualität für Schulkinder in Tageseinrichtungen (QUAST)**
- **INA: Qualität im Situationsansatz (QuaSi)**
- **IFP: Trägerqualität (TQ)**



Folie 2

**Internationaler Trend
Rahmencurricula**

Neuseeland (1996) Bildungsministerium (0 – 5)

Norwegen (1996) Min. für Kinder- und Familienangelegenheiten (1 – 6)

Finnland (1996) Sozialministerium (6-Jährige)

Australien / Queensland (1997) Bildungsministerium (4 – 5)

Folie 3

**Internationaler Trend
Rahmencurricula**

Frankreich (2002 aktualisiert) Bildungsministerium (2 – 6)

Finnland (2003-2004) Sozialministerium (0 – 6)

Dänemark (2003-2004) Sozialministerium (0 – 6)

Deutschland (2003-2004) Jugendbehörden → Bildungspläne /
-empfehlungen in den Bundesländern (0-6, 3-6, 5-6), Rahmen für die
frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen von Jugendministerkonferenz beschlossen
(Mai 2004)

Folie 4



Folie 5



Folie 6

1.
Basiskompetenzen, die bei den
Kindern zu fördern sind:

a) Individuumsbezogene
Kompetenzen und Ressourcen

b) Kompetenzen zum Handeln
im sozialen Kontext

Folie 7

2. Lernmethodische Kompetenz:

Lernen, wie man lernt - Förderung
der Lern- und Entwicklungsprozesse
der Kinder

Folie 8

4. Förderung und Begleitung der Bewältigung von Übergängen

z. B. Übergang von der Familie in
den Kindergarten bzw. vom
Kindergarten in die Grundschule

Folie 9

Kindliche Basiskompetenzen

II.1 Basis-Kompetenzen, die bei Kindern im Vorschulalter zu fördern sind

II.1.1 Individuumsbezogene Kompetenzen und Ressourcen

II.1.1.1 *Personale Kompetenzen und Ressourcen* Selbstwertgefühl und positive Selbstkonzepte Kompetenzerleben Autonomieerleben

II.1.1.2 *Motivation betreffende Kompetenzen und Ressourcen* Selbstwirksamkeit Selbstregulation, Durchhaltevermögen, Aufgabenorientierung Neugier, Interessen

Folie 10

Kindliche Basiskompetenzen

II.1 Basis-Kompetenzen, die bei Kindern im Vorschulalter zu fördern sind

II.1.1 Individuumsbezogene Kompetenzen und Ressourcen

II.1.1.3 Kognitive Kompetenzen und Ressourcen

- Problemlösen
- Kreativität

II.1.1.4 Körperbezogene Kompetenzen und Ressourcen

- Übernahme von Verantwortung für Gesundheit und Wohlbefinden
- Fähigkeit zur Regulation von Anstrengung und Entspannung, Stressbewältigung

Folie 11

Kindliche Basiskompetenzen

II.1.2 Kompetenzen zum Handeln im sozialen Kontext

II.1.2.1 Soziale Kompetenz

- Empathie, Perspektivenübernahme
- Kommunikationsfähigkeit
- Kooperationsfähigkeit
- Konfliktmanagement

II.1.2.2 Entwicklung von Werten und Orientierungskompetenz

- Unvoreingenommenheit
- Sensibilität für und Achtung vor Andersartigkeit und Anderssein
- Solidarität
- sozial und ökologisch verantwortlicher Umgang mit der eigenen Handlungsfreiheit
- Gefühl der Zugehörigkeit zur eigenen Kultur und der Teilhabe

Folie 12

Kindliche Basiskompetenzen

II.1.2.3 Fähigkeit und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme

- eigenes Handeln
- andere Menschen
- Umwelt und Natur

II.1.2.4 Fähigkeit und Bereitschaft zur demokratischen Teilhabe

- Akzeptieren und Einhalten von Gesprächs- und Abstimmungsregeln
- Einbringen und Überdenken des eigenen Standpunkts
- Zuhören und Aushandeln

Folie 13

Förderung lernmethodischer Kompetenzen im Kindergarten



Metakognitiv orientierte Lernarrangements

Bewusstsein dafür

- **dass** sie lernen
- **was** sie lernen
- **wie** sie lernen

Folie 14

Personale Ressourcen des Kindes



Folie 15

Soziale Ressourcen des Kindes



Folie 16

Das Vaterschaftskonzept

1. Soziale Funktion

- Darauf achten, dass das Kind sich anderen gegenüber behaupten kann.
- Offen sein für Probleme und Anliegen des Kindes

2. Brotverdienerfunktion

- Den Lebensunterhalt für die Familie verdienen.
- Sich um einen gesicherten Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen bemühen.

3. Instrumentelle Funktion

- Dem Kind Wissen und Allgemeinbildung vermitteln.
- Sich über die Entwicklung und Erziehung der Kinder informieren.

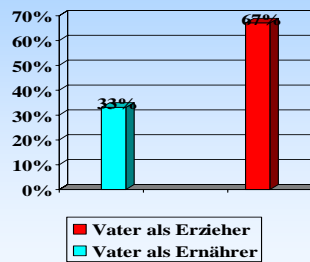
4. Karriereverzicht

- Den Beruf in der Zeit nach der Geburt des Kindes zurückstellen.
- Die eigene Berufskarriere zugunsten des Kindes zurückstellen.

Folie 17

Das Vaterschaftskonzept

- In Deutschland wird derzeit die soziale Funktion des Vaters für die wichtigste gehalten. Nur unwesentlich weniger wichtig
- ist die Ernährerfunktion. Die instrumentelle Funktion tritt an dritter Stelle, am unwichtigsten ist der Karriereverzicht.



Folie 18

Der Bildungs- und Erziehungsplan Teil II

Ziele der Zusammenarbeit mit Eltern

1. Erleichterung von Übergängen
2. Information und Austausch
3. Stärkung der elterlichen Kompetenz
4. Beratung und Vermittlung
5. Mitarbeit
6. Mitbestimmung
7. Ausbau der Tageseinrichtung zu einem Familienzentrum

Folie 19

Angebote für Kinder		
Tageseinrichtung: integriertes Bildungs- und Betreuungsangebot; 108 Plätze für Kinder im Alter von 0,5 bis 5 Jahren, davon 21 Plätze für Kinder mit besonderen Bedürfnissen und 5 Plätze für obdachlose Familien; Öffnungszeiten: 8.00 - 17.30 Uhr	Kinderbetreuungsplätze für Kinder von Eltern und Fachkräften, die Kurse besuchen	Baby-Massage (1 x wöchentlich) Kurse in der Muttersprache (1 x wöchentlich; z.B. in Bengali)
Drop-in-Kinderbetreuung: jeden Vormittag (5 Tage pro Woche)	Spielothek Bibliothek	Kinder-Computerklub (1 x wöchentlich)
Ferienbetreuung für 5 bis 11jährige, 5 % der Plätze reserviert für Kinder mit besonderen Bedürfnissen	Logopädischer Dienst (1 x wöchentlich)	Club für Schulkinder im Alter zwischen 5 und 11 Jahren (4 Abende pro Woche)
Projekt „Teen-Eltern“: Projekt soll jungen Eltern die Aufnahme bzw. den Abschluss ihrer Ausbildung ermöglichen; Betreuungsplätze für 15 Kinder	Projekt „Entwicklungsgemäße Technologienutzung“ für Kinder und Fachkräfte	Projekt „Kindern zuhören“ (wie Eltern die Sichtweisen ihrer Kinder besser verstehen können)

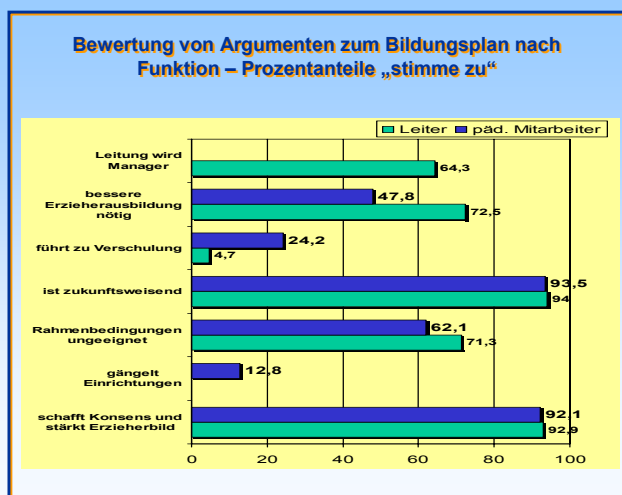
Folie 20

Angebote für Eltern		
Breites Spektrum von Gruppen und Kursen: z. B. Handarbeit, Computer, Englisch als Fremdsprache, internationale Elternschaft, Väter-Gruppe, Eltern-Gesprächskreise	Drop-in-Kinderbetreuung: jeden Vormittag (5 Tage pro Woche)	Gruppe „Eltern in der Gemeinde“ (2 x wöchentlich mit der Grundschule)
Curriculum-Workshops: Treffen von Fachkräften und Eltern, um Lernprozesse und Entwicklung der Kinder zu diskutieren und Aktivitäten zu planen (1 x wöchentlich)	Sozialberatung (1 x wöchentlich) Kinderpsychologischer Dienst (1 x wöchentlich)	Gruppe „Neue Eltern in der Grundschule“ (1 x wöchentlich)
Eltern-Foren: Treffen von Eltern und Fachkräften, um die Weiterentwicklung des Zentrums zu diskutieren (6 x jährlich)	Kurs „Ernährung und Hygiene“ Erste-Hilfe-Kurs	Stützgruppen für Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen (1 x wöchentlich)
Gruppenraum-Treffen: Eltern und Schlüsselfachkräfte (key workers) treffen sich, um raumbezogene Fragen zu besprechen (1 x wöchentlich)	Ausbildungskurs „Einführung in die Kinderbetreuung“ Webster Stratton Programme (1 x wöchentlich)	Projekt „Familien stärken - communities stärken“ - (regionales Projekt)
		Outreach-Programm: Hausbesuche von Fachkräften; Fokus vor allem auf solchen Familien, die das Zentrum nicht nutzen

Folie 21

Angebote für Fachkräfte und Institutionen	
Beratungsdienste	Ausbildungsprogramm
Offener Vormittag 1 x im Monat - Informationen für Besucher aus dem In- und Ausland	Kurse für unterschiedlich ausgebildete Fachkräfte und für Tagesmütter
Telefonische Beratungsdienste, landesweit	Kurse für regionales Fortbildungsprogramm (7 Tage im Jahr)
8 Tage Konsultationsarbeit im Jahr (mit Honorar) - Beratung für Lokalbehörden und regionale Partnerschaften, landesweit	Praktikumsplätze im Zentrum – interdisziplinär

Folie 22



Folie 23

Antworten der Elternbeiratsvorsitzenden auf die Frage „Welche Veränderungen haben Sie während dieses Kindergartenjahres festgestellt?“
(Antworten in Prozent, N=83
3. Erhebungswelle)

	ja	nein	Keine Antwort
Das pädagogische Angebot ist vielfältiger geworden.	64 %	25 %	11 %
Das pädagogische Angebot ist anspruchsvoller geworden.	60 %	29 %	11 %

Folie 24

Antworthäufigkeiten auf die Frage „Wie haben die Kinder das Angebot angenommen?“
(Antworten in %, 689 päd. Fachkräfte,
3. Erhebungswelle)

	Fachkräfte
Sehr gut	38 %
gut	48 %
Weniger gut	1 %
Keine Antwort	13 %